

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, November 1985

Einzelheft 4,- DM

XXV. Jahrgang

D 3476 E

11/85

Wenn der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, am 19. November in Genf mit dem US-Präsidenten zusammentrifft, so kommt er nicht mit leeren Händen, sondern mit konkreten Vorschlägen, die es selbst gewieften Schauspielern – zu denen Ronald Reagan schließlich gehört – schwer machen, diese in Bausch und Bogen abzulehnen. Immerhin gibt es unter seinen Verbündeten noch real denkende Politiker, die für eine weltweite Koalition der Vernunft eintreten.

Das, was der sowjetische Generalsekretär in Genf an hochinteressanten Vorschlägen zur Diskussion stellt, stimmt mit den Vorstellungen vieler Menschen in der Bundesrepublik, darunter auch Millionen Gewerkschaftern, überein: So u. a. eine 50prozentige Reduzierung der Kernwaffen, die das „Territorium des anderen erreichen können“, ein für beide Seiten geltendes vollständiges Verbot von Weltraumangriffswaffen, atomwaffenfreie Zonen, ein Modernisierungsverbot für konventionelle Waffen sowie ihr Einfrieren auf den Stand vom 1. Januar 1986, wodurch natürlich finanzielle Mittel eingespart würden. Wer könnte gegen solche Maßnahmen etwas einzuwenden haben oder dem Vorschlag Gorbatschows ablehnend gegenüberstehen, „die chemischen Waffen vollständig zu verbieten und ihre Vorräte zu vernichten“? Gewiß nicht die Gewerkschafter aus Rheinland-Pfalz und

Hessen, die gegen die in ihren Ländern lagernden tödlichen Giftgasbestände der US-Army mit einer Verfassungsbeschwerde angehen. Wiederum erweisen sich jedoch Kohl & Co. als die besten Vasallen Reagans. Das wurde erneut in der Bundestagsdebatte am 18. Oktober sichtbar. Die Wende-Bundestagsmehrheit bejahte in einer Entschließung grundsätzlich die Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm und schmetterte einen SPD-Antrag zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltall ab. Angesichts dieser Tatsache beantwortet sich die Frage von selbst, ob die von der Bundestagsmehrheit vorgeschobenen

Eine Koalition der Vernunft ist notwendig

bündnis- und wirtschaftspolitischen Erwägungen für eine Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm mehr sind als ein Feigenblatt, auch wenn man sich auf dem ABM-Vertrag von 1972 beruft und betont, „daß alles unternommen werden muß, um die Rüstungsentwicklung im Weltraum unter Kontrolle zu halten“. Diese durch viele Worte verbrämte Zustimmung zur Beteiligung am Krieg-der-Sterne-Projekt ist eine Herausforderung für die Gewerkschafts- und Friedensbewegung unseres Landes, alles zu tun, damit der Himmel nicht zum Vorhof der Hölle wird. Und da gibt es Ansätze. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Erklärung des DGB-Bundesvorstandes vom 2. Juli mit einer klaren Absage an SDI. Dafür sollte die Bundesregierung keine finanziellen Mittel aufwenden, betont der DGB.

Um das zu erreichen, muß allerdings noch ein Zahn zugelegt werden. Hinreichend Gelegenheit bieten die Friedensaktionen im November und auch die von zahlreichen Gewerkschaftern unterstützte Unterschriftenkampagne der Naturwissenschaftler. Durch verstärktes Engagement können die Gewerkschaften zur Verwirklichung dessen beitragen, was der nordrhein-westfälische DGB-Landesbezirksvorsitzende, Dieter Mahlberg, auf der der 130000-Kundgebung am 19. Oktober in Dortmund folgendermaßen formulierte: „Keine Milliarden für den Krieg der Sterne, wir brauchen Geld für Arbeitsplätze auf dieser Erde.“

gima

Aus dem Inhalt:

Mit einmal drücken läßt sich die Wende noch nicht wenden	2
In der Krankenpflege unter Beschuß: Vergütungen und Tarifrecht	5
Absage der IG Bau-Steine-Erden an Politik der Sozialpartnerschaft	8
Kampfbereit der Politik für wenige weiterhin wirksam begegnen / Interview mit Werner Dick, Vorsitzender der Gewerkschaft Leder	9
Von Arbeitsrecht bis Umweltschutz: Breite Themenpalette bei der GHK	10
Mediengewerkschaft braucht jetzt ein überzeugendes Aktionsprogramm Interview mit Eckart Spoo, Bundesvorsitzender der DJU	11

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

Beschlüsse der Gewerkschaftstage von IG Bau-Steine-Erden und Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	13–24
Geißlers und Haussmanns Briefe wurden prompt zurückgeschickt	26
CDA-Sozialausschüsse wollen Image der Regierung aufpolieren	29
Der DKP-Arbeiterkongreß... und die erschrecklichen Erkenntnisse	30
Rentenversicherung im Jahr 2005: 314 bis 895 Mrd. DM Schulden	31
Beim Thomson-Konzern der erste multinationale Betriebsrat	33
BITTE FRAGEBOGEN BEACHTEN	

Mit einmal drücken läßt sich die Wende noch nicht wenden

Über 600 000 Gewerkschafter an einem einzigen Tag, dem 19. Oktober, auf den Straßen, um gegen reaktionäre Bonner Politik zu demonstrieren – das hat Eindruck gemacht. Das aufgeregte Geschnatter der Repräsentanten dieser Politik im Regierungs- und Unternehmerlager bestätigte es. Auf Tausenden örtlichen Veranstaltungen während der DGB-Aktionswoche artikulierten nochmals Hunderttausende Gewerkschafter ihre Forderungen nach Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und Beendigung des Sozialabbaus und des Abbaus von Gewerkschaftsrechten. Potenzen wurden sichtbar, die das Ende der Wende herbeiführen könnten.

Wenn diese Ausgabe der NACHRICHTEN erscheint, sind seit der Aktionswoche vier Wochen ins Land gegangen, und die Frage nach dem „Wie weiter?“ wird lauter. Was sich die Koalition von Kapital und Kabinett erhofft, formulierte am 21. Oktober die Stuttgarter Zeitung so: „Die Gewerkschaften haben nun das Recht wahrgenommen, ihren Unmut zu artikulieren. Das mag die Unruhe in den eigenen Reihen dämpfen. Darüber hinaus wird die Aktionswoche freilich kaum etwas bewirken.“

Wenn nichts weiter geschieht, könnte es so kommen. Während der Woche vom 14. bis 19. Oktober hat sich aber gezeigt, daß das aktive gewerkschaftliche Engagement gegen eine arbeitnehmerfeindliche Politik mehr bewirkt, als es zuvor die Tausenden von papierenen Stellungnahmen und warnenden Erklärungen je vermochten. Die Aktionswoche hat

– die Mobilisierbarkeit der Gewerkschafter für bessere gesellschaftliche und soziale Rahmenbedingungen für die Lohnabhängigen bewiesen;

– die demokratische Öffentlichkeit und konkret Millionen Menschen mit den Forderungen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Arbeitslosen bekannt gemacht und die Regierungskoalition als Handlanger von Kapitalinteressen charakterisiert;

– die Unzufriedenheit mit der Politik auch unter CDU-Wählern in der Arbeitnehmererschaft sichtbar werden lassen;

– durch die Beteiligung von Mitgliedern des im DGB vorhandenen gesamten Parteienspektrums, von Jugendorganisationen, Sozialverbänden, Arbeitslosengruppen und der Friedensbewegung die Breite und die Potenz eines auf Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt gerichteten demokratischen Bündnisses erkennen lassen;

– den Zusammenhang von Sozialabbau, Hochrüstung und Massenarbeitslosigkeit für viele Menschen einsichtiger gemacht;

– bei vielen Gelegenheiten die Systembedingtheit von Massenarbeitslosigkeit und arbeitnehmerfeindlicher Sozialpolitik bewußt gemacht;

– den Gewerkschaftern das Bewußtsein der eigenen Kraft gestärkt und den Wendepolitikern im Regierungs- und Unternehmerlager eine Vorstellung von dem vermittelt, was passiert, wenn der weitgehend noch gelähmte Riese Arbeiterbewegung sich rührt.

GLOSSE

Nicht jetzt, später

Unbemerkt von der Öffentlichkeit und sogar unbemerkt von den Arbeitslosen läuft die Konjunktur auf vollen Touren. In aller Stille, ganz heimlich und leise, hat die Wende-Koalition von Bonn nun auch die Wende auf dem Arbeitsmarkt vollbracht: Während frühere Konjunkturen Arbeitslosigkeit abbauten, bewegt die jetzige – außer Bankkonten der Unternehmer – gar nichts.

Welch ein Glücksfall, daß wenigstens die fünf Wirtschaftsinstitute am 20. Oktober mit ihrem Herbstgutachten frohe Botschaft verkünden konnten! Danach wird alles noch besser. Nicht gleich jetzt, aber 1986 und 1987. Die Forscher haben kühn in die Zukunft geblickt und einen ungebrochenen Aufschwung erspäht. Neben sprunghaft steigenden Unternehmergewinnen, die es schon jetzt gibt, haben sie in der Zukunft auch für Arbeitnehmer etwas ausgemacht: steigende Löhne und sogar neue Arbeitsplätze.

Der Kanzler wird glücklich sein, daß wenigstens die Wissenschaft, wenn schon niemand sonst, herannahende Erfolge auf dem Arbeitsmarkt ausgemacht hat. Um ganze 50 000 auf 2,25 Millionen soll 1986 die durchschnittliche Zahl der registrierten Arbeitslosen sinken. Wenn es in diesem Tempo weiterginge, könnte in 45 Jahren wieder Vollbeschäftigung sein.

Jedoch: In der planlosen „Marktwirtschaft“ kann auch alles ganz anders kommen. Das haben die Institute in der Vergangenheit schon gemerkt: Neun von zehn ihrer Prognosen waren falsch.

okulus

Natürlich hafteten der Aktionswoche auch einige Schwächen an. So etwa, daß auf den Großkundgebungen wohl die Regierung und einzelne ihrer Vertreter als verantwortlich für die Wendepolitik und das Entstehen einer „neuen Armut“ als deren Folge attackiert wurden, aber die Vertreter des Großkapitals als die eigentlichen Verantwortlichen blieben zumeist ungenannt. Die gewerkschaftliche Kritik richtete sich überwiegend gegen die Vollstrecker und weniger gegen die Initiatoren dieser Politik. Ausnahmen, so z. B. IG-Metall-Vorsitzender Hans Mayr in Dortmund, bestätigten die Regel: „In allen Grundsatzfragen stehen Kapital und Kabinett Seite an Seite gegen die Arbeitnehmer und gegen die Gewerkschaften.“

Eine andere Schwäche war, daß von der Konzeption her neben den drei Schwerpunkten: Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, des Sozialabbaus und der Demontage gewerkschaftlicher Rechte, die Probleme Rüstung und Frieden nicht vorgesehen waren. Hier aber griff die Praxis korrigierend ein, indem die Kollegen aus den Betrieben und den örtlichen Organen der Gewerkschaften Tausende von Transparenten mit Losungen mitbrachten, die den Zusammenhang von Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und Rüstungskosten deutlich machten. Auch mehrere Redner, wie der baden-württembergische DGB-Vorsitzende Pommerenke, sprachen das Thema an: „Wer, wie diese Bundesregierung, den Rüstungshaushalt zu Lasten der Sozialausgaben immer stärker aufbläht, schafft zwangsläufig Arbeitslosigkeit und Armut.“

Insgesamt vermittelte die Aktionswoche das Bild einer geschlossen handelnden Gewerkschaftsbewegung, die sehr wohl die Interessen ihrer Mitglieder aktiv wahrzunehmen vermag und in dieser Hinsicht noch große Reserven hat. Das hat auch die „andere Seite“ sofort gesehen, und noch mitten in der Aktionswoche, am 17. Oktober, machte Bundeskanzler Kohl dem DGB das Angebot eines neuen „Dreiergipfels“ im Dezember. Dem Kanzler und seinen Inspiratoren im Unternehmerlager ging es zweifelsohne darum, frühzeitig auf eine ihnen genehme Kanalisierung der sichtbar gewordenen Unzufriedenheit und Bereitschaft zur Aktion Einfluß zu nehmen, um eine „Ansteckung“ breiter Wählerschichten zu vermeiden.

Ernst Breit, der Vorsitzende des DGB, hat aber zu verstehen gegeben, daß für den DGB ein Gespräch um des Gespräches willen nicht in Frage kommt. „Wenn der Kanzler neue Vorschläge zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit hat, dann werden die Gewerkschaften die letzten sein, die sich an einem Dreiergespräch nicht beteiligen“, sagte er der „Welt der Arbeit“ in einem Interview (24. 10.). Auf der Kundgebung am 19. Oktober in Stuttgart meinte das geschäftsführende DGB-Vorstandsmitglied Zimmermann, er halte die Auffassung für richtig, wonach es keine neuen Gespräche geben sollte, wenn nicht die Pläne zur Änderung des § 116 AFG über die Neutralität der Bundesan-

Berufsverbote: SPD will Geister, die sie rief, wieder loswerden

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident und designierter SPD-Kanzlerkandidat für 1987, Johannes Rau, hat im Zusammenhang mit den Berufsverboten die Weichen gestellt. In einem am 16. Oktober im Kölner „Expres“ veröffentlichten Interview kündigte er an, im Falle eines Wahlsieges den sogenannten „Radikalen-Erlaß“ aufzuheben. Das ist sicherlich eine Absicht, die von jedem Demokraten und Gewerkschafter begrüßt wird, obwohl es unverständlich ist, daß Rau nicht jetzt die Konsequenzen zieht und dem Beispiel seines saarländischen Ministerpräsidentenkollegen Lafontaine folgt. Bekanntlich gehörte es zu den ersten Amtshandlungen des saarländischen Regierungschefs, den Berufsverbote-Erlaß für null und nichtig zu erklären. Übrigens wollen auch Björn Engholm (Schleswig-Holstein) und Gerhard Schröder (Niedersachsen) nach Wahlsiegen die Geister, die die SPD 1972 gerufen hatte und die sich gegen ihre Erzeuger selbst wenden, loswerden.

Ohne Zweifel ist es berechtigt, von einer größeren Sensibilität gegenüber demokratischen Rechten in der SPD und den Gewerkschaften zu sprechen. Das zeigte sich auch auf der 18. internationalen Aktionskonferenz der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ am 28. September in Frankfurt. Novum war, daß erstmals hochkarätige Gewerkschaftsfunktionäre als Gäste teilnahmen, so Günter Ratz, Rechtsschutzsekretär beim Hauptverband der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), und Joachim Albrecht, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Günter Ratz registrierte in seiner Rede ein stärkeres Engagement seiner Gewerkschaft im Kampf gegen die Berufsverbote. Viel hätten dazu auch die Beschlüsse des letzten DPG-Kongresses beigetragen. Dadurch sei Schwarz-Schillings Absicht, nach dem Hans-Meister-Urteil mit den anderen Betroffenen leichtes Spiel zu haben, vereitelt worden.

Der DPG-Rechtsschutzsekretär räumte der Behandlung der Berufsverbotepraxis in der ILO einen hohen Rang ein. Es wäre zu begrüßen, wenn die DGB-Gewerk-

stalt für Arbeit bei Streiks fallengelassen werden.

Vor allem aber ist richtig, was Franz Steinkühler in Nürnberg sagte: „Mit den Mitteln des politischen Gesprächs sind wir keinen Millimeter weitergekommen. Wir müssen über die Überzeugungskraft von Argumenten hinaus auf die Tatkraft gewerkschaftlicher Aktionen setzen.“ Das gibt zugleich über die Aktionswoche hinaus eine Perspektive an. Gerd Siebert

schaften einem Verfahren gegen Berufsverbote beitreten bzw. eigene Verfahren in Gang setzen würden. Nachdrücklich machte Ratz auch den Zusammenhang zwischen Berufsverboten und dem Griff der Wendepolitiker nach Gewerkschaftsrechten deutlich. Damit würde das gleiche Ziel verfolgt: die Einschüchterung der aktiven Kollegen. Diese Erkenntnis müsse in den Gewerkschaften zum Allgemeingut werden.

Ähnlich argumentierte auch der stellvertretende GEW-Vorsitzende Joachim Albrecht. Das Ziel der Berufsverbote sei klar, die Gewerkschaften in ihrem Kern zu treffen und einen Ständestaat zu schaffen.

Und hier ist Positives zu vermelden. In einigen SPD-regierten Ländern ist man dabei, die „Altfälle zu bereinigen“. Dafür nannte Horst Bethge von der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ Beispiele. Notwendig sei es jedoch, die Bewegung vor Ort zusammen mit Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Grünen zu aktivieren. G.M.

Skandal

Offenbar ist man bei gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, die den Gewerkschaften gehören oder ihnen zumindest nahestehen, vor keinen Überraschungen gefeit. Im sozialdemokratischen „Vorwärts“ vom 19. Oktober wurde auf S. 5 die „Partei-Großspender 1984“ veröffentlicht. Und was muß man da lesen? Die Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt, hat neben der SPD auch der CDU 30 500 DM gespendet, also einer Partei, die gegenwärtig dabei ist, die Gewerkschaften mit dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz und der geplanten Änderung des Paragraphen 116 AFG regelrecht zu strangulieren.

NACHRICHTEN wollten Genaueres wissen und riefen die Pressestelle der BfG an. Herr Dettweiler: „Wir sind ein Großunternehmen und unterstützen wie andere Kreditinstitute die demokratischen Parteien.“ „Was sind demokratische Parteien?“ „Alle Parteien, die im Parlament vertreten sind.“ „Also haben auch die Grünen von der BfG Geld bekommen?“ „Diese sind noch nicht auf uns zugekommen.“

Die Deutsche Bank ist konsequent, sie unterstützt die FDP und die CDU, nicht die SPD. Aber gerade die Bank, die den Gewerkschaften nahesteht, hat nichts Besseres zu tun, als die von Gewerkschaftern sauer erwirtschafteten Mittel einer Partei zu geben, die die Existenz der Gewerkschaften in Frage stellt. Das ist schlichtweg ein Skandal. H. Sch.

Üble Erpressung

Die Unternehmerverbände sind angesichts der Koalition zwischen SPD und Grünen in Hessen schier aus dem Häuschen geraten. Alles, was bei den Unternehmern Rang und Namen hat, meldete sich zu Wort, angefangen vom Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Langmann, der von einem drohenden Chaos sprach, bis hin zum Vorstandsvorsitzenden des Chemiekonzerns Hoechst, Hilger, der seiner Bestürzung über die Koalition Ausdruck gab und von möglichen Behinderungen durch einen von den Grünen gestellten Umweltminister faselte. Die Verlagerung von Investitionen in andere Bundesländer ist für Hilger eine „durchaus ernste Alternative“. Die Büdinger Batteriefabrik „Sonnen-schein“ des Postministers Schwarz-Schilling, die ob ihrer Umweltskandale bundesweite Berühmtheit erlangte, darf in diesem Chor nicht fehlen. Auch dort werde ernsthaft „überlegt“, nach Nordbayern zu ziehen.

Diese Äußerungen haben zwei Aspekte, einen umweltpolitischen und einen politischen. Ministerpräsident Börner verwies in seiner Regierungserklärung darauf, daß diejenigen, die jetzt so entschieden protestierten, erheblich zur Verschmutzung von Luft und Wasser in Hessen beigetragen hätten. Der Staatssekretär im hessischen Landwirtschaftsministerium, Jordan, stellte mit Blick auf den Hoechst-Konzern fest, daß dieser nur unter großem Druck zu Umweltschutzmaßnahmen zu bewegen sei. Auflagen des hessischen Umweltministeriums würden in der Regel nur nach gerichtlichen Auseinandersetzungen befolgt. Er meinte, daß in der Konzernführung ein „Raubsaurierbewußtsein“ herrsche, dessen Motto laute: „Immer mehr fressen, immer riesiger wachsen, immer weniger denken, immer mehr schaden“.

Bei den Verlautbarungen von Spitzenmanagern und dem Bundesverband der Deutschen Industrie handelt es sich aber nicht um schlichte Meinungsäußerungen, sondern angesichts der real verkörperten Wirtschaftsmacht um üble politische Erpressung. Die Drohung, durch den Abzug von Investitionen ein wirtschaftliches Chaos zu organisieren, erinnert an die Endphase der demokratischen Allende-Regierung in Chile.

Wenn die „FAZ“ heuchlerisch die Frage stellt: „Haben die Verbände der Wirtschaft, hat die Industrie ein ‚fragwürdiges Demokratieverständnis‘?“, so kann man jetzt feststellen, daß sie ein solches noch nie besessen haben. Wer die heutigen angeblich unpolitischen Erklärungen der Unternehmer mit denen ihrer Vorgänger in der Endphase der Weimarer Republik vergleicht, kann unschwer feststellen, daß sie sich inhaltlich wie ein Ei dem anderen gleichen, auch dort haben sie, wie Börner sagte, Wählerentscheidungen durch „Kapitaleinsatz aufgestockt“. Hinzufügen kann man hier: und Hitler an die Macht geschoben. H. Sch.

Seit 1979: Die Reallöhne sanken von Jahr zu Jahr

Die seit Anfang 1983 anhaltende konjunkturelle Belebung ist nicht nur am Arbeitsmarkt vorbeigegangen, sie war sogar mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Arbeitslosenziffern verbunden. Ähnlich ungünstig vom Standpunkt der Arbeiter und Angestellten aber waren die Auswirkungen auf die Löhne und Gehälter. Seit 1980 ist die Kaufkraft der Arbeitseinkommen, also der Reallohn, berechnet aus den Nettolöhnen und -gehältern je Beschäftigten, bereinigt um die Inflationsrate, zurückgegangen.

Monatliches Nettoeinkommen je Beschäftigten in DM

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985 ¹
Nominal	1677	1764	1843	1897	1940	1972	2010
Real ²	1677	1671	1649	1609	1601	1588	1580

1) Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

2) Gemessen am Preisniveau von 1979

(Berechnet nach: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1985, S. 717)

Zwar ist das durchschnittliche Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten zwischen 1979 und 1985 um etwa 330 DM angestiegen; dies ist aber durch den gleichzeitigen Anstieg der Lebenshaltungskosten mehr als aufgezehrt worden. Kaufkraftmäßig sind die 2010 DM im Monat 1985, gemessen an der Kaufkraft von 1979, nur noch 1580 DM wert. Das heißt: Zwischen 1979 und 1985 ist die Kaufkraft der Durchschnittseinkommen der Beschäftigten – von den Arbeitslosen ist hier nicht die Rede – um etwa 100 DM oder rund 6 Prozent zurückgegangen.

Im gleichen Zeitraum aber stieg die Arbeitsproduktivität, berechnet als Inlandsprodukt je Erwerbstätigen, um etwa 11 Prozent. Ein Beschäftigter erzeugt im Jahre 1985 mit seiner Arbeit eine um etwa 11 Prozent größere Menge an Gütern und Leistungen als 1979.

Dieser gewaltige Umverteilungsprozeß wird durch die Entwicklung der Lohnquote nur unzureichend ausgedrückt, da dabei von den Bruttoeinkommen, also vor Abzug der Steuern, ausgegangen wird. Trotzdem ist es bemerkenswert, daß der Anteil der „Einkommen aus unselbständiger Arbeit“ am Volkseinkommen 1985 voraussichtlich auf oder sogar knapp unter 70 Prozent sinken, der Anteil der Selbständigeneinkommen und Gewinne dagegen auf 30 Prozent ansteigen wird. Das Bundeswirtschaftsministerium weist selbst darauf hin, daß damit das Niveau der sechziger Jahre wieder erreicht ist – sozusagen als Teil ihrer „Erfolgsbilanz“.

Der Rückgang der Reallöhne seit 1979 hat – empirisch – drei Ursachen:

- Das Niveau der Tarifabschlüsse konnte in der Krise kräftig gedrückt werden; es hat sich auch in der Belebungphase der Konjunktur nicht erholen können.

- Das Steuersystem und die Sozialbeiträge haben sich wesentlich stärker erhöht als die Tarifabschlüsse: Der Anteil der Nettoeinkommen an den Bruttoeinkommen der Lohnabhängigen sank zwischen 1979 und 1985 nochmals um 4 Prozent, von 71,5 auf etwa 67,5 Prozent.

- Die Inflation hat sich zwar stark verlangsamt, trotzdem liegt sie immer noch über 2 Prozent jährlich.

Unternehmer-Provokation: Verhandlungen gescheitert

Wenige Tage vor Eröffnung des Gewerkschaftstages hat die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) am 24. Oktober die Manteltarifverhandlungen für das Tischlerhandwerk in Nordwestdeutschland und Nordrhein-Westfalen für gescheitert erklärt. Für die rund 100.000 Tischler dieses Gebietes – das sind etwa die Hälfte aller Tischler der Bundesrepublik – hatte die Gewerkschaft den Manteltarifvertrag zum 31. Dezember 1984 gekündigt. Hauptforderungen sind die stufenweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und die Begrenzung der Mehrarbeit.

Zehn Monate nach Kündigung des Tarifvertrages und am siebten Verhandlungstag waren die Unternehmer nicht bereit, über die Wochenarbeitszeitverkürzung zu verhandeln. Statt dessen sollte die Tarifkommission folgenden Verschlechterungen zustimmen:

- Kürzung der Montagezuschläge;

Für das kommende Jahr ist erstmals wieder seit 1979 mit einer gewissen Erhöhung der Reallöhne zu rechnen. Bei einer zwischen 2 und 2,5 Prozent schwankenden Inflationsrate gründet sich diese Erwartung vor allem auf die Auswirkungen der Steuerreform, deren erste Etappe 1986 wirksam wird. Diese stoppt den dauernden Belastungsanstieg für eine bestimmte Zeit, bringt allerdings nur in den oberen Einkommensgruppen merkliche Entlastungseffekte mit sich. Infolgedessen reichen im kommenden Jahr schon relativ niedrige Tarifabschlüsse aus, um die Kaufkraft der Löhne und Gehälter aufzubessern. Regierung und Unternehmer werden es auch kaum versäumen, mit dem Hinweis auf diesen Tatbestand für niedrigere Abschlüsse zu plädieren.

Für die gewerkschaftliche Argumentation erscheint es daher wichtig, auf die Entwicklung der vergangenen Jahre zu verweisen. Die Situation – in einer auslaufenden Phase der Konjunkturbelebung – ist günstig für eine erfolgreiche Tarifbewegung. Es bietet sich die Chance, wenigstens einen kleinen Teil der Verluste der letzten Jahre wieder auszugleichen. Die außergewöhnlich günstige Gewinnlage der Unternehmen gestattet die Entwicklung auch betrieblicher Argumentationen. Es kann bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen also nicht darum gehen, den seit sechs Jahren anhaltenden Reallohnrückgang bloß zu stoppen. Die „Rahmenbedingungen“ sind günstig für eine gewisse Verbesserung sogar der Verteilungsposition der Arbeiter und Angestellten.

Jörg Goldberg

- Kürzung des zusätzlichen Urlaubsgeldes;
- Verschlechterung der Bestimmungen über Mehrarbeit;
- Verschlechterung der Bestimmungen über bezahlte Freistellungen.

Außerdem streben die Unternehmer befristete Arbeitszeitverträge mit der Möglichkeit einer täglichen Kündigung an. Der Gipfel ist jedoch, daß sie in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen den Beschäftigten des Tischlerhandwerks eine achtmonatige Lohnpause verordnen wollen.

Angesichts dieser Provokation blieb der Gewerkschaft GHK kein anderer Ausweg, als das Scheitern der Verhandlungen zu erklären. Sie hat die Schlichtungsstelle angerufen. „Die GHK ist entschlossen“, so wird in einer Pressemitteilung erklärt, „die berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel durchzusetzen.“

In der Krankenpflege unter Beschuß: Vergütungen und Tarifrecht

Auch die vierte Verhandlungsrunde Anfang Oktober brachte keine Lösung oder auch nur eine Annäherung der Standpunkte zwischen der Gewerkschaft ÖTV und den Arbeitgebern von Bund, Ländern und Gemeinden in der Auseinandersetzung um die Ausbildungsvergütungen in der Krankenpflege. Trotz vielfältigem Protest wollen die Arbeitgeber auch weiterhin auf drastischen Kürzungen der Vergütungen von zum Teil bis zu 40 Prozent bestehen für alle diejenigen, die ab 1. September als Krankenpfleger oder Lernschwester ausgebildet werden. In Mark und Pfennig heißt das bereits im ersten Lehrjahr 288,66 DM weniger als bisher tarifvertraglich vereinbart, im zweiten und dritten Jahr beträgt die Kürzung 326,32 DM bzw. 433,42 DM.

Es liegt auf der Hand, daß von dem, was einem da übrigbleibt, nicht mehr der Lebensunterhalt bestritten werden kann. Auf einen selbständigen Haushalt sind aber gerade in diesem Bereich viele Azubis angewiesen, weil die Ausbildung oft weit entfernt vom Heimatort stattfindet. Die Gewerkschaft ÖTV wehrt sich nun dagegen, daß hier rücksichtslos die hohe Arbeitslosigkeit und der Lehrstellenmangel ausgenutzt werden, um das Niveau der Ausbildungsvergütung zu senken.

Das Vorgehen der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst hat aber noch weiterreichende Auswirkungen auf die Tarifpolitik insgesamt. Die ÖTV verweist darauf, daß während der Tarifbewegung '84 auch die Ausbildungsvergütungen für Lernschwestern und Lernpfleger vereinbart wurden. Diese Tarifverträge wirken nach dem Tarifvertragsgesetz nach, auch wenn die Unternehmenseite – wie im vorliegenden Fall geschehen – zum 31. August gekündigt hat. Diese Nachwirkung gilt auch für Neueinstellungen. Es ist daher mit dem Tarifrecht und auch mit der bisherigen Praxis nicht in Einklang zu bringen, wenn während der laufenden Verhandlungen die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst per Richtlinien die beabsichtigten Kürzungen durchdrücken wollen. Die ÖTV wehrt sich daher nicht nur gegen einen drastischen Sozialabbau, sondern auch gegen folgen-schwere Eingriffe in die Tarifautonomie.

Seit mehreren Wochen laufen nun bereits die Aktionen der Gewerkschafter im Gesundheitswesen. Personalversammlungen, Demonstrationen, Informationsstände und Unterschriftensammlungen haben für eine breite Aufklärung gesorgt. Sie haben auch insofern bereits Erfolge erzielen können, als sich die SPD-regierten Länder gegen die Kürzungen ausgesprochen haben. Dies gilt auch für Westberlin, einem der bisherigen Aktionsschwerpunkte. Darüber hinaus erklärten einzelne Kommunen wie Duisburg oder Bielefeld ihre Bereitschaft, den Abschluß eines Tarifvertrages abzuwarten. Auch der Kreisausschuß Lahn/Dill will solange die bisherigen Vergütungssätze weiterzahlen. Insofern ist das Vorgehen der Unternehmenseite in den Verhandlungen und die strikte Weige-

rung, die Richtlinien zurückzuziehen, offenbar im eigenen Lager nicht unumstritten.

Die Arbeitgeber berufen sich bei ihren Kürzungsabsichten auf das neue Krankenpflegegesetz, das am 1. September 1985 in Kraft trat. Bislang weigerten sie sich, die seit 1982 unterbrochenen Manteltarifverhandlungen für Auszubildende in der Krankenpflege und Geburtshilfe zu führen – gerade mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Neuregelungen des Krankenpflegerechts. Nun, da es da ist, nehmen sie zwar die Verhandlungen wieder auf – aber offensichtlich mit der Absicht, auf der ganzen Linie Verschlechterungen durchzudrücken. Zum Beispiel: Die durch Gesetz schon von drei auf sechs Monate ausgedehnte Probezeit soll verlängert und Auszubildende gezwungen werden kön-

nen, in einem Heim des Krankenhausträgers zu wohnen und zu essen. Und das will man jungen Menschen zumuten, die in der Regel bereits im zweiten Ausbildungsjahr volljährig sind.

Mit dem Hinweis, daß nur mit gutqualifiziertem Personal das Gesundheitswesen zu humanisieren ist, fordert die ÖTV: „Den Auszubildenden ist während der Ausbildungszeit Gelegenheit zu geben, die Ausbildungsinhalte vorzubereiten. Die Auszubildenden dürfen nicht zu Überstunden, Bereitschaftsdiensten und Rufbereitschaften herangezogen werden. Sie sind fünf Tage vor der Abschlußprüfung von der Arbeit freizustellen. Für die praktische Ausbildung ist arbeits- und berufspädagogisch qualifiziertes Krankenpflegepersonal einzusetzen. Auszubildende müssen während der Nachtwache von einer examinierten Pflegekraft begleitet werden. Urlaub muß auch während der Sommermonate genommen werden können. Freistellungen nach Tarifverträgen, Personalvertretungsgesetzen und für Bildungsurlaub müssen auf die Dauer der Ausbildung angerechnet werden.“

Angesichts der Tatsache, daß ein erheblicher Anteil in der Krankenversorgung von den Auszubildenden übernommen ist, sind solche Anforderungen an die Qualität der Ausbildung sicherlich nicht übertrieben. Wie zu hören ist, waren die Arbeitgeber auch in einigen Punkten bereit, sich zu bewegen. Der nächste Verhandlungstermin ist am 6. November (nach Redaktionsschluß). Die ÖTV sieht sich aber außerstande, weiter über Ausbildungsbedingungen zu verhandeln, wenn nicht die Richtlinien über die Kürzung der Ausbildungsvergütungen zurückgenommen werden.

Renate Bastian

Streik bei Progamma

Bei Redaktionsschluß der NACHRICHTEN streikten in Gerstetten bei Heidenheim alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten des Autoradioherstellers Progamma schon seit dem 18. September, also seit nunmehr sieben Wochen. Der Unternehmer gehört dem Unternehmerverband nicht an. Die Progamma-Beschäftigten fordern den Abschluß eines Anerkennungstarifvertrages zwischen der Firma Progamma und der IG Metall. Der Geschäftsführer, Manfred Röhlich, lehnt Verhandlungen mit der IG Metall ab. Anfang Juli wurden über die Leihfirma DIS neun Engländer als Leiharbeiter in der Firma beschäftigt. Nachdem sich die Firmenleitung weiter querlegte, erklärte die IG Metall das Scheitern der Verhandlungen. In einer Urabstimmung sprachen sich alle 34 organisierten Metaller für Kampfmaßnahmen aus, das sind rund 50 Prozent der Belegschaft.

Am 18. September begann dann der Streik. Die Firma stellte weitere Leiharbeiter der Firma Facon ein. Die Geschäftslei-

tung spitzte die Situation zu, indem sie Polizei anforderte, den Betriebsratsmitgliedern und den zwei Ersatzmitgliedern ohne Zustimmung des Arbeitsgerichts fristlos kündigte, ein Hausverbot gegen den 1. Bevollmächtigten der IG Metall, Karl Maier, und den Gewerkschaftssekretär, Martin Lesch, erließ. Die Polizei und die Justiz bezogen eindeutig Partei zugunsten der Progamma-Geschäftsleitung.

Der Bezirksleiter der IG Metall, Ernst Eisenmann, erklärte, daß die Streikenden nicht nur für einen Anerkennungstarifvertrag kämpfen. „Ihr Streik richtet sich ebenfalls gegen den Versuch eines Arbeitgebers, die IG Metall dazu zu zwingen, einer Bezahlung unter Tarif zuzustimmen. In Gerstetten soll der Tarifvertrag in Frage gestellt und unterlaufen werden. Wenn wir dies zulassen, dann werden morgen die Unternehmer aus ihren Mauselöchern kriechen und den Eckpfeiler unserer sozialen Sicherheit, den gemeinsam erkämpften Tarifvertrag, einreißen.“

H. Sch.

Mineralölindustrie: 3,6 bis 3,8 Prozent

Mit einem Tarifabschluß bei der Esso AG Mitte Oktober hat die IG Chemie-Papier-Keramik die diesjährige Tarifrunde für die rund 15000 Beschäftigten der Mineralölindustrie beendet. Bei Esso wurde dabei neben der Einkommensverbesserung von 3,6 Prozent auch eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich von 40 auf 38 Wochenstunden für alle im vollkontinuierlichen Schichtdienst Beschäftigten vereinbart. Zuvor waren bereits für die anderen Mineralölkonzerne neue Lohn- und Gehaltstarifverträge mit Erhöhungen zwischen 3,7 und 3,8 Prozent abgeschlossen worden. Alle neuen Tarifverträge haben eine Laufzeit von 12 Monaten. Bei Shell, Mobil Oil und Texaco wurden außerdem verbindliche tarifliche Abkommen über den Abbau von Überstunden durch ihre Abgeltung in Freizeit getroffen.

Gärtnerprotest gegen Lohndiktat

Zwischen 4.00 und 6.00 Uhr morgens demonstrierten am 10. Oktober über 100 Gärtner vor sämtlichen Eingängen des Hamburger Blumengroßmarktes. Der Anlaß ist folgender: Seit dem 31. März 1985 gibt es keinen Lohntarifabschluß für Erwerbsgärtner. Zwei Tarifverhandlungen brachten kein Ergebnis. Die zuständigen Unternehmensverbände haben auf Bundesebene abgesprochen, nicht mehr als 2,5 Prozent Lohnerhöhung zu vereinbaren. Eine von der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) vorgeschlagene Schlichtung wurde ebenfalls abgelehnt. Statt dessen forderten die Unternehmensverbände ihre Mitgliedsfirmen auf, ohne Tarifverträge die Löhne um 2,5 Prozent heraufzusetzen. „Dieses Verhalten ist ein Lohndiktat“, so die GGLF.

Bierbrauer führten Warnstreiks durch

8000 Beschäftigte in 60 nordrhein-westfälischen Brauereien traten am 24. Oktober in Warnstreiks. Mit diesen Kampfmaßnahmen protestierten sie gegen das in dritter Verhandlungsrunde gemachte provokatorische Unternehmerangebot, die Löhne um nur 2,9 Prozent zu erhöhen. Die zuständige Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hatte 5,8 und für die Beschäftigten der unteren Lohngruppen bis zu 9 Prozent Lohnerhöhung gefordert. Zehn Tage zuvor war es in mehreren hessischen Brauereien, darunter in Frankfurt und Kassel, ebenfalls zu Warnstreiks der Bierbrauer gekommen. Wie in NRW boten die Unternehmer 2,9 Prozent. Verlangt hatte die NGG eine Erhöhung, die die In-

flationsrate ausgleicht, sowie einen Anteil an der Produktivitätssteigerung der letzten Jahre. Die Gewerkschaft weist in diesem Zusammenhang auch auf Abschlüsse in Höhe von 3,34 Prozent in Hamburg und Schleswig-Holstein hin. „Zunehmend wird deutlich, daß Tarifforderungen zu Machtforderungen werden“, erklärte der NGG-Vorsitzende des Landesbezirks Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Werner Jordan, auf der Kundgebung am 19. Oktober in Frankfurt. Jedoch hätten die Unternehmer „die Rechnung ohne die traditionsbewußten Gewerkschafter in den Brauereien gemacht“.

Gewerkschaft HBV stellt Forderungen

Für die rund 60000 Beschäftigten des Hamburger Groß- und Außenhandels hat die zuständige Große Tarifkommission der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) Anfang Oktober Forderungen gestellt. Zu dem Forderungskatalog gehört auch die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche. Darüber hinaus werden mehr Urlaub und Urlaubsgeld, ein 13. Monatseinkommen sowie die Einschränkung der Überstunden verlangt.

DPG tritt Gang nach Karlsruhe an

Wie die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) am 14. Oktober erklärte, wird sie gegen das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 10. September, das den Einsatz von Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen für Rechters erklärt hatte, Verfassungsbeschwerden einlegen. Das Urteil könne weder rechtlich noch politisch akzeptiert werden, weil im Streikfall grundgesetzlich geschütztes Koalitionsrecht verletzt würde. Außerdem habe das BAG verfassungsrechtlich relevante Fragen, u. a. die Neutralitätspflicht des Staates im Arbeitskampf, die Grundsätze der Kampfparität sowie die Solidaritätsverpflichtung von Arbeitern, Angestellten und Beamten innerhalb der Einheitsgewerkschaft, nicht berücksichtigt.

Bangemann für „Junior-Löhne“

Ende Oktober regte Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) in Hamburg an, sich Gedanken darüber zu machen, ob nicht bei Übernahme von Auszubildenden nach ihrer Lehrzeit „Junior“- oder „Einstiegstarife“ eingeführt werden könnten. Auch bei Ausbildungsvergütungen müßte bei gefragten Lehrstellen mehr Zurückhaltung geübt werden.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen. Die Fakten wurden nach den laufenden DGB-Tarifberichten zusammengestellt.

31. Dezember – rd. 2,93 Mio.

Öffentlicher Dienst, Bund, Länder, Gemeinden (2076000); Bundespost (227000); Bundesbahn (142000); Holz- und kunststoffverarbeitende Industrie Nordwestdeutschland, Rheinland-Pfalz (85600); Fleischerhandwerk Bayern, Nordrhein-Westfalen (75500); Bundesanstalt für Arbeit, Ortskrankenkassen, Innungskrankenkassen (73900); Hotel- und Gaststättengewerbe Baden-Württemberg (63900); Tischlerhandwerk Bayern (31500); alle Landesversicherungsanstalten ohne Westberlin (29600); Lederwaren- und Kofferindustrie (16000); Tankstellen- und Garagengewerbe Bayern – Arbeiter – (15000); Forstwirtschaft der Länder und Gemeinden Rheinland-Pfalz und Saarland – Arbeiter – (15000); Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (12800).

31. Januar 1986 – rd. 0,17 Mio.

Papier- und pappeverarbeitende Industrie (92900); Schlosser- und Schmiedehandwerk Bayern – Arbeiter – (31000); Kfz-Gewerbe Schleswig-Holstein (14000); Metallhandwerk – ohne Elektro-, Klempner-, Mechaniker- und Kfz-Gewerbe – Bayern – Angestellte (13000).

28. Februar – rd. 1,1 Mio.

Bankgewerbe einschl. Bausparkassen (330000); Groß- und Außenhandel und genossenschaftlicher Großhandel Nordrhein-Westfalen – Arbeiter – (286500); Groß- und Außenhandel Bayern (160000); Elektrohandwerk Nordrhein-Westfalen, Bayern (108900); Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern (98000); Sägeindustrie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Bremen, Bayern (jeweils Arbeiter), Baden-Württemberg (42000); Kunststoffverarbeitende Industrie Kreis Lippe (26800); Metallhandwerk, ohne Kfz- und Klempnerhandwerk Westberlin – Arbeiter – (11000); Zuckerindustrie (11000).

31. März – rd. 5,42 Mio.

Metallindustrie einschl. Gießereien, ohne VW-Werke (3417100); Baugewerbe (1027300); Privates Versicherungsgewerbe (205000); Druckindustrie (163500); Groß- und Außenhandel sowie genossenschaftlicher Großhandel Baden-Württemberg (140000); Speditions- und Transportgewerbe Bayern (61200); Bäckerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen (59700); Kfz-Gewerbe Bayern, Pfalz (59000).

Bauwirtschaft

Die Bedeutung der Bauwirtschaft für die Gesamtwirtschaft wird oft unterschätzt. Und doch ist das Baugewerbe immer noch der größte produzierende Wirtschaftszweig der Bundesrepublik, beschäftigt mehr als doppelt soviel Erwerbstätige als z. B. die Automobilindustrie. Allerdings erlebt die Bauwirtschaft seit den siebziger Jahren einen raschen Positionsverlust.

Am deutlichsten spiegelt sich dies im Wohnungsbau wider. Im Jahre 1973 wurden – ein Höhepunkt – mehr als 714000 Wohnungen fertiggestellt. Bis 1986 wird diese Ziffer auf 300000 gesunken sein. Verschärft hat sich diese Strukturkrise der Bauwirtschaft nochmals in den achtziger Jahren. Zwischen 1980 und 1985 sind dort etwa 320000 Arbeitsplätze verlorengegangen, etwa ein Drittel des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsplatzverlustes in diesem Zeitraum. Davon ist nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) der Verlust von etwa 110000 auf den Rückgang des öffentlichen Baus zurückzuführen. Berücksichtigt man, daß auch der Wohnungsbau in erheblichem Maße wirtschaftspolitisch reguliert ist, dann erweist sich die Strukturkrise der Bauwirtschaft auch als Ausdruck einer „Krise“ der Wirtschaftspolitik.

Es ist natürlich darauf zu verweisen, daß z. B. der Rückgang beim Wohnungsbau und auch beim öffentlichen Bau quasi „natürliche“ Gründe hat. Man kann und soll nicht jedes Jahr 600000 neue Wohnungen bauen, und man kann und soll nicht die Zahl der Straßen jedes Jahr im gleichen Ausmaß vergrößern. Ohne Zweifel gibt es auf diesen Gebieten eine Art quantitativer „Sättigung“.

Mit dem Hinweis auf diesen Tatbestand versucht die Bundesregierung, Baukrise und Beschäftigungsrückgang als zuzusagen naturgegeben hinzustellen. Gewerkschaftliche Forderungen nach Beschäftigungsprogrammen werden mit dieser Begründung zurückgewiesen. Bundesbauminister Schneider skizzierte die Politik der Bundesregierung auf diesem Gebiet als Versuch, „den notwendigen Anpassungsprozeß in erträglicher Weise zu erleichtern“.

Dementgegen gibt es aber für den gesamten Baubereich keineswegs einen Zustand der „Sättigung“. Denn während sich auf bestimmten traditionellen Gebieten des Bauwesens gewisse quantitative Sättigungserscheinungen bemerkbar machen, tun sich neue Bedarfsfelder auf, die ebenfalls z. T. hoch bauintensiv sind. Städtebau, Wohnumwelt, Infrastruktur, öffentlicher Nahverkehr, Umweltschutz – an Aufgaben für die Bauwirtschaft mangelt es nicht.

Es geht vielmehr darum, daß die Bauwirtschaft eine hoch am Binnenmarkt und am Konsum orientierte Branche ist, die vor al-

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	August 1985	Veränderung in v. H. gegenüber Juli 1985	August 1984
Produktion	88,9	- 9,7	+ 2,1
Auftragseingänge ¹	113,1	- 11,4	+ 4,6

1) nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1980 = 100	August 1985	Veränderung in v. H. gegenüber Juli 1985	August 1984
Lebenshaltung ¹	120,8	+ 0,1	+ 2,2
Industriepreise	121,9	- 0,2	+ 2,2
Landw. Erzeugerpreise	102,7	- 1,0	- 3,8
Importpreise	122,4	- 1,7	- 0,6
Exportpreise	119,6	- 0,3	+ 2,7

1) September 1985, Veränderung gegenüber August '85 bzw. September '84
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	September 1985	Veränderung in 1000 gegenüber August 1985	September 1984
Arbeitslose	2152	- 65	+ 8
Kurzarbeiter	102	+ 28	- 160
Offene Stellen	117	0	+ 26

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Beschäftigung im Baubereich¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985 ²	1986 ²
Wohnungsbau	1112	1079	1028	1041	1042	936	915
Wirtschaftsbau	417	412	403	397	396	387	395
Öffentlicher Bau	530	513	478	431	424	417	420
Baugewerbe insges.	2059	2004	1909	1869	1862	1740	1730

1) Bauhauptgewerbe und Ausbau zusammen, in 1000 Beschäftigten

2) DIW-Schätzung

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 41/1985)

lem unter dem Abbau der privaten und öffentlichen Konsumtionskraft leidet. Es ist die einseitig auf Waren- und Kapalexport abgestellte wirtschaftspolitische Orientierung, die diese Branche unter permanentem Druck hält. Einige wenige große Bauunternehmen, die sich im Auslandsbau betätigen können, profitieren auch von dieser Weltmarktexpansion. Die Masse der kleinen und mittleren Bauunterneh-

men aber gehört zu den Benachteiligten.

Dem massenhaften Arbeitsplatzabbau dort stehen nur wenige Arbeitsplätze gegenüber, die im Export gewonnen werden können. Diese Arbeitsplätze sind zudem extrem unsicher. Denn die Schwankungen des Weltmarktes sind durch wirtschaftspolitische Maßnahmen kaum abzumildern.

J.G.

Absage der IG Bau-Steine-Erden an Politik der Sozialpartnerschaft

Waren auf dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden 1982, die bis dahin weitgehend sozialpartnerschaftlich orientiert war, neue Akzente nicht zu überhören, so haben sich diese Tendenzen auf dem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 7. bis 11. Oktober 1985 im Congress-Centrum Hamburg noch verstärkt. 345 gewählte Delegierte, von denen 344 anwesend waren, repräsentierten 517016 Mitglieder. Von diesen waren 264 ehrenamtlich und 80 hauptamtlich. Fünf Kolleginnen waren delegiert. Das Durchschnittsalter war mit 50,6 Jahren noch geringfügig höher als 1982, während der Durchschnittsbeitrag mit 46,08 DM etwas niedriger lag.

Wenn die Gewerkschaft 20000 Mitglieder weniger hat als vor drei Jahren und folglich auch 11 Delegierte weniger gewählt werden konnten, so darf nicht übersehen werden, daß die Zahl der Arbeitsplätze unverhältnismäßig schneller schrumpfte und es große Anstrengungen bedurfte, den Mitgliederschwund so relativ gering zu halten. Bemerkenswert ist, daß sich der Anteil junger Mitglieder unter 25 Jahren sprunghaft erhöhte. Betrug er 1977 noch 8,3 Prozent, so hat er sich heute auf 14,1 Prozent erhöht. Auch der Anteil der Frauen stieg vor allem im Bereich der Gebäudereinigerinnen.

Der Gewerkschaftstag ließ sich auch von der Klage des Delegierten Werner Röhm, der die Nichtigkeit wichtiger Beschlüsse des 82er Gewerkschaftstages festgestellt wissen wollte und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit umfangreicher Satzungsänderungen, nicht von den ureigensten Aufgaben ablenken. Die Delegierten folgten fast einmütig der vom Bundesvorsitzenden Konrad Carl vorgegebenen Linie: „Machen wir deutlich, daß diese Gewerkschaft sich nicht davon abbringen läßt, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.“ Theo Schoofs hielt es bei aller Kritik, daß auch der Bundesvorstand in einigen Fragen nicht die feine englische Art gewahrt habe, für unmöglich, „daß man Angelegenheiten der Gewerkschaft vor bürgerlichen Gerichten austragen läßt“.

In seinem Grundsatzreferat sagte Carl, daß sich an der zentralen Aufgabe der Gewerkschaften, die Interessen der Arbeitnehmer aufzugreifen, ihre Rechte auszubauen und gegen alle Angriffe zu verteidigen, bis zum heutigen Tag nichts geändert habe. Gerade in Krisenzeiten werde aber versucht, den Gewerkschaften die Berechtigung hierzu abzuspüren. „Dann wird auf ein Gemeinwohl abgestellt, das sich bei näherer Betrachtung als egoistisches Meinwohl herausstellt.“ Der freie Markt werde zum Götzen erhoben. Im Kern bedeute jedoch die Forderung nach mehr Markt und weniger Staat die Hinwendung zu mehr Unternehmertum mit reduzierten sozial-staatlichen Funktionen. Diese Regierung nehme die Beschäftigungskrise in Kauf, um eine rein marktwirtschaftliche Orientierung durchzusetzen.

zen. Carl verwies darauf: „Arbeitnehmerinteressen bleiben – und dies ist eine historische Erfahrung – auf der Strecke, wenn sie unter Marktgesetze gezwungen werden sollen.“

Wahlergebnisse

Stimmberechtigte
Delegierte 344

	Ja-Stimmen
Bundesvorsitzender Konrad Carl, 55	322
stellvertretender Bundesvorsitzender Bruno Köbele, 51	309
weitere Bundesvorstandsmitglieder Kurt, Herforth, 58	272
Jürgen, Jöns, 58	288
Karl-Heinz Pradel, 55	275
Georg Voss, 55	271
Lothar Lewandowsky, 51	285

Die IG Bau-Steine-Erden verneint die technologische Entwicklung nicht. Neue Techniken könnten menschenunwürdige Arbeitsplätze überflüssig machen und zur Hebung der Lebensqualität beitragen. Aber, so Carl, „nicht die Technik an sich ist unser Problem, sondern die konkreten Machtverhältnisse, unter denen diese Technik zur Anwendung gelangt. Deshalb müssen neue Technologien vor ihrer Einführung auf ihre Sozialverträglichkeit überprüft werden.“

Bei der Analyse über die Ursache hoher Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft gab es eine Diskussion darüber, ob die Auftragsvergabe an Unternehmen aus der DDR und anderen sozialistischen Ländern ebenfalls schuld an der Arbeitslosigkeit sei. Theo Schoofs gab dem Bundesvorstand den Rat, doch einmal in die DDR zu fahren, da die IG BSE sowieso die letzte Gewerkschaft sei, die dies bisher noch nicht getan habe. „Verhandelt drüben einmal über dieses Problem“, rief er unter dem Beifall der Delegierten aus, „bei den letzten Verhandlungen westdeutscher Politiker mit der DDR hat sich doch gezeigt,

daß man mit denen reden und zu guten Ergebnissen kommen kann.“ In der Pressekonzferenz darauf angesprochen, meinte Konrad Carl: „Wir werden nachdenken müssen. Über die Beschäftigung von Bauarbeitern aus der DDR kann es durchaus sinnvoll sein, mit Lothar Lindner von der Gewerkschaft Bau-Holz zu sprechen. Ein Thema könnte beispielsweise auch der Arbeitsschutz sein.“

Die IG Bau-Steine-Erden erteilt der sogenannten Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA eine eindeutige Absage. Carl erklärte: „Wir brauchen kein Programm zum Krieg der Sterne, wir brauchen ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Abschaffung von Hunger und Elend auf der Welt und ein Programm zur Erhaltung des Friedens.“ Werde das SDI-Konzept verwirklicht, so führe dies unweigerlich zu einer gigantischen Aufrüstungsrunde. Die Aufrüstung des Weltraumes bringe Forschung und Wissenschaft von der Lösung der dringenden Probleme der Menschheit ab. Die gleichen Aufwendungen in die Erforschung und Sicherung der Umwelt gesteckt, würde von vielen Problemen befreit und auch einen Beitrag leisten zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit.

Die Delegierten beschlossen ein umfangreiches tarifpolitisches Programm, angefangen von der zentralen Bedeutung der Wochenarbeitszeitverkürzung, über den Vorruhestand, die Zusatzversorgung, die Arbeit mit den neuen Medien, den Erhalt der Sozialkassen, den Jahresurlaub, das 13. Monatseinkommen bis hin zur qualitativen Tarifpolitik, d.h. mehr Freizeit statt Erschwerniszuschlägen. Allerdings setzte der Gewerkschaftstag keine Prioritäten. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, ein Konzept für die Tarifpolitik zu entwickeln und ein Schwerpunktprogramm zu erstellen, das mittelfristige Zielvorgaben für die Arbeit der nächsten drei Jahre enthält, insbesondere auch für die Tarifpolitik.

Der Gewerkschaftstag stellte fest, daß die Haltung der Unternehmer zeige, „daß das Gerede von der ‚Sozialpartnerschaft‘ nur als Opium für die hart arbeitenden Bauarbeiter zu verstehen ist“. Peter Sakrzewski, einer der jüngeren Delegierten, die sich in der Diskussion profilierten, stellte fest: „Bis jetzt ist diese IG Bau-Steine-Erden immer davon ausgegangen, daß die Arbeitgeber durch Überzeugung dazu gebracht werden können, uns das zu geben, was uns zusteht. In den letzten Jahren müssen wir jedoch feststellen, daß wir mit dieser Sozialpartnerschaftsduselei nicht mehr weiterkommen, und wir sehen die Ergebnisse.“ Die Gewerkschaft müsse deshalb „weg von dieser Sozialpartnerschaftsideologie“.

Hier, aber auch bei den Ausführungen anderer jüngerer Delegierter, so auch bei denen von Ulrike Laux-Nickel, war nicht zu überhören, daß die bisherige Prioritätensetzung zugunsten der Interessenvertretung älterer Mitglieder nicht ohne Widerspruch hingenommen wird. Die Gewerkschaft ist sicherlich gut beraten, für das

Kampfbereit der Politik für wenige weiterhin wirksam begegnen

Interview mit Werner Dick,
Vorsitzender der Gewerkschaft LEDER

Meist im Schatten der großen, ohne viel Publicity, agieren die kleinen Gewerkschaften im DGB. Mit knapp 50000 Mitgliedern zählt zu ihnen die Gewerkschaft LEDER, die einen Organisationsgrad von 50,2 Prozent der Beschäftigten in der Ledererzeugenden und -verarbeitenden Industrie aufweisen kann. Oft in strukturschwachen Gebieten angesiedelt, hat die traditionsreiche Gewerkschaft daher besonders stark mit den Folgen von Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Unser Redakteur Bernhard Keßler fragte den Vorsitzenden der Gewerkschaft LEDER, Werner Dick, nach den derzeitigen Schwerpunktaufgaben seiner Organisation.

NACHRICHTEN: Mit welchen Problemen sind die Beschäftigten in der Lederwirtschaft derzeit konfrontiert, und – daraus resultierend – wie sehen die vordringlichen gewerkschaftlichen Aufgaben aus?

Werner Dick: Die Gewerkschaft LEDER steht nach ihrem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag vor einer vielseitigen Aufgabenstellung. Die Beschäftigten der deutschen Lederwirtschaft sind nach wie vor mit den Folgen der Strukturkrise konfrontiert. Im Bereich der Schuhindustrie ist die Importquote auf mittlerweile 82 Prozent angestiegen. Erfreulicherweise sind jedoch demgegenüber die Exportchancen angestiegen, und die Exporte liegen z.Zt. bei ca. 40 Prozent. Im Bereich der Lederwarenindustrie ist eine ähnliche Entwicklung, jedoch mit einer niedrigeren Importquote, festzustellen. Eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaft LEDER ist es, ihren Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze zu leisten. So fordern wir u. a. ein Weltschuhabkommen und die konsequente Beseitigung von wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen. Unter diesen schwierigen ökonomischen Bedingungen ist es auch eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaft LEDER, die bisher erreichten Tarifleistungen zu sichern.

NACHRICHTEN: Ihre Gewerkschaft führt gegenwärtig die „Aktion 4000 neue Mitglieder 1985“ durch. Können sie uns einen ersten Zwischenbericht geben?

Begehren der jungen Mitglieder ein offenes Ohr zu haben.

Umstritten war der Satzungsantrag der 12. Bundeskonferenz Junger Gewerkschafter, auch Arbeitslose in die Gewerkschaft aufzunehmen. Die jungen Gewerkschafter konnten sich nicht durchsetzen, obwohl eine beachtliche Minderheit für ihr Begehren stimmte, aber sie beeindruckten mit ausgewogenen politischen Argumenten. Ihr Auftreten dürfte Spuren hinterlassen. Heinz Schäfer

Werner Dick: Die Gewerkschaft LEDER führt z. Zt. eine Aktion „4000 neue Mitglieder 1985“ durch. Es ist unser Ziel, bis zum Ende d. J. 4000 neue Mitglieder der Organisation als Neuzugänge zuzuführen. Die



Aktion findet in der gesamten Organisation ein positives Echo. Das Werbeziel selbst ist erreichbar, da wir mittlerweile über 2500 neue Mitglieder in diesem Jahr bei der Gewerkschaft LEDER zu verzeichnen haben.

NACHRICHTEN: Auch die Gewerkschaft LEDER steht nun vor ihrer nächsten Tarifrunde. Worauf werden die Schwergewichte liegen?

Werner Dick: Die wichtigsten Einkommenstarifverträge in unserem Organisationsbereich sind zum Ende des Jahres 1985 kündbar. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft LEDER hat mittlerweile beschlossen, daß insbesondere diese Tarifverträge fristgerecht gekündigt werden. Die Großen Tarifkommissionen unserer Organisation werden Anfang November d. J. die Forderungen für die kommende Tarifrunde beschließen. Schwerpunkt bei den kommenden Verhandlungen wird die Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter sein. Aber auch in einigen Tarifbereichen liegt die Forderung nach Verwirklichung

von sechs Wochen Jahresurlaub für alle Arbeitnehmer auf dem Tisch.

NACHRICHTEN: Bis zum Auslaufen der Vorruhestands-Tarifverträge 1988 will die Gewerkschaft LEDER ihre Tarifpolitik in der Arbeitszeitfrage neu überdenken – so der Tenor Ihres Gewerkschaftstages im Mai dieses Jahres. Welche Überlegungen gibt es dahingehend in Ihrer Organisation?

Werner Dick: Der Gewerkschaftstag hat sich einmütig dafür ausgesprochen, rechtzeitig vor dem Jahre 1988 nach Auslaufen der entsprechenden Tarifverträge die Position der Gewerkschaft LEDER zur Frage der Arbeitszeitverkürzung neu zu bestimmen. Konkretes läßt sich daher zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht ausführen. Die Forderung nach der Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit findet jedoch auch in unserer Organisation mittlerweile mehr Zuspruch als beispielsweise noch im Jahr 1984.

NACHRICHTEN: Alle DGB-Gewerkschaften haben sich zu einer gemeinsamen Aktionswoche gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und gegen die Beschneidung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten zusammengefunden. Wie geht es Ihrer Meinung nach weiter?

Werner Dick: Die Gewerkschaft LEDER unterstützt vorbehaltlos die Aktionswoche des Deutschen Gewerkschaftsbundes und hat ihre Mitglieder und Funktionäre aufgerufen, sich an den Maßnahmen und Veranstaltungen zu beteiligen. Am 5. Oktober hatten wir in Offenbach am Main eine zentrale Funktionärskonferenz der Gewerkschaft LEDER mit ca. 250 Teilnehmern. Ich habe als Vorsitzender die Grundzüge unserer Politik, dargelegt und die konkreten Vorschläge der Gewerkschaft LEDER und des DGB erläutert. Die Gewerkschaftsbewegung muß nach meiner Einschätzung weiterhin kampfbereit sein, um der derzeitigen Politik für wenige wirksam zu begegnen.

Bußgelder gegen GEW-Vorsitzende

Der 1. und die 2. Vorsitzende der GEW Berlin, Reiner-Maria Fahibusch und Sybille Volkholz, sind von der Disziplinarkammer des Westberliner Verwaltungsgerichts jeweils zu einem Bußgeld in Höhe eines halben Monatsgehalts verurteilt worden, weil sie 1983 zu einer halbstündigen Arbeitsniederlegung gegen die Stationierung der Pershing-II-Raketen aufgerufen haben. Dieser Aufruf, meinte die Kammer, müsse als rechtswidrig gewertet werden, weil Beamte in einem „besonderen Treueverhältnis“ zum Staat stünden. Die von den Senatsvertretern geforderte 10prozentige Gehaltskürzung für drei Jahre wies das Gericht allerdings als überzogen zurück. Ebenso lehnte es eine inhaltliche Reglementierung der Lehrer in der Friedensfrage ab. H.P.

Von Arbeitsrecht bis Umweltschutz: Breite Themenpalette bei der GHK

Unter dem Motto „In Solidarität die Zukunft gestalten“, fand vom 27. Oktober bis 1. November im Leverkusener Forum der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) statt. Die rund 147 000 Mitglieder wurden von 156 stimmberechtigten Delegierten vertreten. Ihnen lagen 146 Anträge und sieben Initiativanträge zur Beschlußfassung vor. 110 Delegierte waren Arbeiter und 46 Angestellte, darunter nur sieben „Hauptamtliche“. Die Zahl der Kolleginnen betrug 15 bzw. 9,62 Prozent. Hinzu kamen weitere Teilnehmer mit Rederecht.

Um es vorwegzunehmen: Der 12. GHK-Gewerkschaftstag zeichnete sich durch Einmütigkeit in den Grundfragen – Erhaltung des Friedens, Verteidigung von Gewerkschaftsrechten, Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau – aus. Von Resignation war in Leverkusen nichts zu spüren. Davon zeugen Diskussionen und Beschlüsse, die über den Rahmen der GHK hinausgehen und sicherlich auf andere Gewerkschaften ausstrahlen werden.

Einige Problemkreise, die im Verlauf des Gewerkschaftstages zu den Diskussionsthemen gehörten, hatte GHK-Vorsitzender Horst Morich bereits in seiner Eröffnungsrede vor zahlreichen Gästen angesprochen. So prangerte er u.a. im Zusammenhang mit Hunger und Armut in den Ländern der Dritten Welt die Entwicklung von Weltraumwaffen an und bezeichnete es als „Hohn, angesichts der großen Not und der wirtschaftlichen und sozialen Probleme... diese Rüstungseskalation auch noch als einen Beitrag zum Frieden zu bezeichnen“. Als erstrebenswerte Ziele und mit Blick auf das bevorstehende Genfer Gipfeltreffen nannte Morich den Abschluß eines Gewaltverzichtsabkommens und die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa.

Auf eine „bisher nicht dagewesene Tafelfahrt der Holzwirtschaft“ und besonders der Möbelindustrie wies der GHK-Vorsitzende tags darauf in seinem mündlichen Geschäftsbericht hin. Seit 1981 haben in diesen Bereichen 55 000 Beschäftigte ihre Arbeitsplätze verloren. Die Zahl der Betriebe ab 20 Beschäftigte hat sich von 1981 bis 1984 um 573, das sind 11,5 Prozent, verringert. Doch während die Beschäftigtenzahlen um nahezu 20 Prozent zurückgegangen seien, habe sich die Umsatzleistung um 10,3 Prozent in der Holzbearbeitung und 16,6 Prozent in der Holzverarbeitung gesteigert.

Daß dieser Aderlaß an Arbeitsplätzen nicht ohne Auswirkung auf die Mitgliederzahl der GHK geblieben ist, mag nicht weiter verwundern. Der Mitgliederverlust betrug in der Berichtsperiode 9053 Mitglieder oder in Prozenten ausgedrückt 5,73. In der Antragsdebatte wurden beschluß-

mäßig jedoch die Weichen für eine positive Mitgliederbilanz gestellt.

Als Schlußfolgerung aus der Massenarbeitslosigkeit forderte der stellvertretende GHK-Vorsitzende Peter Riemer in seinem

Wahlergebnisse

Abgegebene Stimmen 156	Ja-Stimmen	In v. H.
Horst Morich, 51 Vorsitzender	147	94
Peter Riemer, 57 stellv. Vorsitzender	138	89
Willi Schulze, 45 stellv. Vorsitzender	136	87
Anton Nindl, 45 Hauptkassierer	126	81

mündlichen Geschäftsbericht dazu auf, aus der Geschichte zu lernen, denn „schon in der Weimarer Republik gab es vielfältige Versuche, die Krise mit untauglichen Mitteln zu beheben“, wobei auch damals die Gewerkschaften oftmals von der Regierung Arm in Arm mit dem Kapital bekämpft worden wären.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand jedoch die Tarifpolitik. Und hier hat die GHK durchaus Erfolge aufzuweisen. Für rund die Hälfte der Mitglieder ist die 38,5-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt, betonte der für Tarifpolitik zuständige stellvertretende Vorsitzende Willi Schulze. Dabei wies er ausdrücklich auf die Arbeitskämpfe der Drucker und Metallurgen im Frühjahr des vergangenen Jahres hin. „Ohne diese Arbeitskämpfe“, so sein Kommentar, „gäbe es heute keine 38,5-Stunden-Woche in der Bundesrepublik.“

Welch großer Stellenwert die Tarifpolitik in der GHK hat, zeigten die 23 Diskussionsbeiträge zum tarifpolitischen Geschäftsbericht. Das sei Rekord in der GHK-Geschichte. Tenor mehrerer Diskussionsbeiträge war, daß die Gewerkschaften wieder mutiger werden und mehr Bereitschaft zum Arbeitskampf entwickeln müßten. Im

anderen Zusammenhang wurde auf die Bedeutung der DGB-Aktionswoche und insbesondere der Großkundengebungen am 19. Oktober verwiesen. Sie machten Mut. Darüber dürfe nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Und in Anspielung auf die diffamierende Äußerung von Graf Lambsdorff, der die DGB-Aktionswoche mit dem Oktoberfest verglichen hatte, meinte ein Delegierter, daß der DGB der Regierung noch „einige Oktoberfeste“ bereiten müßte. Bei allem Positiven wurde aber kritisch vermerkt, daß die DGB-Aktionswoche sehr spät durchgeführt worden sei.

Aber auch die Schwierigkeiten wurden nicht unter den Teppich gekehrt. Mehrere Diskussionsredner wiesen auf Praktiken der Unternehmer hin, mit der Angst vor Verlust von Arbeitsplätzen ganze Belegschaften zu erpressen und sie zu Lohnverzicht zu bewegen, besonders in strukturschwachen Gebieten. Im zunehmenden Maße stiegen auch Unternehmer aus der Tarifbindung aus.

Den Aussprachen zu den Geschäftsberichten schloß sich die Antragsberatung an. Einstimmig und mit Beifall wurde der Antrag 1 des Hauptvorstandes „Position der GHK zu Frieden, soziale Sicherheit, Arbeit und Umwelt“ verabschiedet, das ohne Zweifel mit einem Grundsatzprogramm verglichen werden kann, wobei an erster Stelle der Punkt „Frieden und Abrüstung“ steht. Den Punkt auf das i setzte ein Initiativantrag, der bei zwei Stimmenthaltungen die Unterstützung der Unterschriftenaktion der Naturwissenschaftler „Keine Waffen im Weltraum“ beschloß.

In einem weiteren Initiativantrag wird zu den Angriffen der Bundesregierung auf das Streikrecht, insbesondere durch die geplante Änderung des § 116 AFG, Stellung genommen und einstimmig betont: „Jeder Angriff auf das Streikrecht und damit auf die Gewerkschaftsfreiheit schlechthin, muß im solidarischen Zusammenwirken aller DGB-Gewerkschaften und mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln abgewehrt werden.“

Eindeutig wurde die GHK-Linie zu den Dreiergesprächen von Regierung/Unternehmern einerseits und Gewerkschaften andererseits in einem weiteren Initiativantrag festgelegt und mit großer Mehrheit der Hauptvorstand aufgefordert, beim DGB darauf hinzuwirken, die Gespräche solange auszusetzen, bis die Veränderungspläne des § 116 AFG ersatzlos zurückgenommen, die Verschlechterungsabsichten des BetrVG aufgegeben und Gesprächsbereitschaft über die konkreten Forderungen des DGB zur überfälligen Novellierung des BetrVG bestünde. Die DGB-Aktionswoche sei die richtige Antwort gewesen. Die Aktionen sollen bis zu „zentralen Großdemonstrationen und Kundengebungen“ fortgesetzt werden; denn „nur durch gemeinsames Handeln aller 17 Einzelgewerkschaften kann der Marsch in eine andere Republik verhindert werden“. Gisela Mayer

Mediengewerkschaft braucht jetzt ein überzeugendes Aktionsprogramm

Interview mit Eckart Spoo, Bundesvorsitzender der DJU in der IG Druck und Papier

Am 3. Dezember wird in Düsseldorf die „IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst“ nach einer langwierigen und schweren Geburt feierlich aus der Taufe gehoben. Zu denen, die sich anderthalb Jahrzehnte eifrig um diesen Zusammenschluß bemüht haben, zählt die Deutsche Journalisten Union (DJU) in der IG Druck und Papier. In einem Gespräch mit dem DJU-Bundesvorsitzenden Eckart Spoo, das wir vor der Bundeskonferenz der Berufsgruppe vom 13. bis 15. November in Springen mit ihm geführt haben, wollten wir wissen, welche Aufgaben und Schwerpunkte sich für die Interessenvertretung der Journalisten im Rahmen der Mediengewerkschaft stellen.

Eckart Spoo: Natürlich sind wir zuerst einmal froh darüber, daß es nach der komplizierten Abstimmungsprozedur endlich gelungen ist, die vielfältigen Kulturverbände der Gewerkschaft Kunst und die IG Druck und Papier mit ihren Berufsgruppen der Schriftsteller und Journalisten, der Druckformhersteller sowie der Papier- und Pappeverarbeiter unter einer auf drei Jahre konzipierten Übergangssatzung zu vereinigen und damit den entscheidenden Schritt zur Mediengewerkschaft zu tun...

Aber mit der Übergangssatzung, die unsere formale Zusammenarbeit regelt, ist es nicht getan. Entscheidende Bedeutung für unsere konkrete politische Zusammenarbeit gewinnt jetzt das Zustandekommen eines überzeugenden Aktionsprogramms, das uns allen eine starke Motivation für den gemeinsamen Kampf gibt.

Wichtige Stichworte für ein solches Programm wurden bereits bei der Diskussion und Beschlußfassung über die Satzung geliefert: Frieden und Abrüstung als Grundvoraussetzung jeglichen sozialen Fortschritts; mehr Mitbestimmung; Recht auf Arbeit; weitere Arbeitszeitverkürzung; Verteidigung und Ausbau sozialstaatlicher Prinzipien; Abwehr des Angriffs privater Verleger auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk; aktive und solidarische Tarifpolitik; Ausbau kultureller Leistungen; mehr Bildungschancen für die arbeitende Bevölkerung; Zurückweisung jeder Art von Zensur und ängstlicher Selbstzensur in den Medien.

Auf einen Nenner gebracht: Kampf um mehr Demokratie! Nicht die Privatschattelle von Flick und das große Geld von Konzernen und superreichen Verlegern dürfen weiterhin die Entscheidungen in Bonn bestimmen, sondern die berechtigten Interessen der Mehrheit der arbeitenden Menschen müssen sich durchsetzen.

NACHRICHTEN: Unter dieser Devise sind bei der DGB-Aktionswoche bereits Hunderttausende auf die Straße gegangen. Es sieht allerdings nicht danach aus, als ob dieser eindrucksvolle Protest die Unternehmervverbände und die Regierung zu ei-

nem einsichtsvolleren Handeln gebracht hätte. Erkennbar ist dagegen eine Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze...

Eckart Spoo: Das ist sicher richtig. Gerade deswegen greifen die Inhaber gesell-



schaftlicher Macht so rigoros nach den Medien als Instrumente der Machtsicherung. Um so notwendiger ist eine Gegenmacht wie die einheitliche Mediengewerkschaft im DGB, die fest in den Print- und Funkmedien, in den Betrieben verankert und zum solidarischen Handeln entschlossen ist.

Bei den laufenden Auseinandersetzungen um einen neuen Manteltarifvertrag für Redakteure an Tageszeitungen haben uns die Verleger nun schon fast ein Jahr lang vor Augen geführt, zu welchem Zynismus sie derzeit fähig sind. In der vierten Verhandlungsrunde provozierten sie uns mit der Feststellung, sie seien doch sehr „überrascht“, daß wir noch immer an unseren Forderungen festhalten würden. Man mutete uns tatsächlich eine freiwillige Verzichtspolitik zu, während es in den eigenen Kassen munter klingelt.

Von 1982 bis 1984 stiegen die Nettogewinne der Unternehmer in der Bundesrepublik um 31,5 Prozent, woran die Verleger maßgeblich beteiligt waren. Dennoch stellten sie sich bei allen Forderungen taub, ob es sich um Zuschläge für Nacht- und Samstagsarbeit von Redakteuren handelte, um höheres Urlaubsgeld und Jahreslei-

stung, um eine Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden, sei's auch in Form von freien Tagen und bezahlter Bildungszeit. Urheberrechtsforderungen und eine tarifvertragliche Regelung der Ausbildung für Volontäre wurden und werden unter ein Tabu gestellt.

Dabei wissen die Verleger genau, daß dies mehrheitlich keineswegs Forderungen sind, mit denen wir den sozialpolitischen Vorreiter spielen. Zuschläge für Nacht- und Samstagsarbeit, Arbeitszeitverkürzung sind in der Druckindustrie längst verwirklicht. Wir Journalisten selbst haben durch unser solidarisches Verhalten 1984 beim Streik in der Druckindustrie mit dazu beitragen können, daß die 40-Stunden-Woche geknackt und nachweislich Arbeitsplätze gerettet wurden. Genau das wollen wir nun auch in den Redaktionen durchsetzen. Wir setzen darauf, daß es mit einer Mediengewerkschaft Zug um Zug besser möglich sein wird, die Verleger zu Konzessionen zu zwingen.

NACHRICHTEN: Ein Dauerärgernis für die DJU war in den vergangenen Jahren auch das Verlegerverhalten im Deutschen Presserat. Vor vier Jahren sind die Journalisten dort unter Protest ausgezogen, weil sich die Verleger nicht darauf verpflichten lassen wollten, Rügen des Presserates in ihren Zeitungen abzudrucken. Wird dieses angebliche Selbstkontrollorgan der Presse noch einmal auf die Beine kommen?

Eckart Spoo: Alle Bemühungen, die Verleger zur Einsicht zu bringen, haben nicht gefruchtet. Nach wie vor sträuben sich einflußreiche Verlage gegen eine unmißverständliche Verpflichtung, Rügen des Presserates ohne Wenn und Aber abzudrucken. Unter diesen Bedingungen ist die Forderung unserer Mitgliedschaft zum endgültigen Bruch mit der verlegerischen Alibiinstitution immer lauter geworden. Statt dessen wird die Gründung eines Journalistenrates gewünscht, der mit angesehenen Persönlichkeiten eine echte Selbstkontrolle verwirklichen könnte. Ich freue mich, daß auch führende Kollegen der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) sich ebenfalls für das Projekt interessieren und vorgeschlagen haben, daß ein solcher Journalistenrat nicht nur für die Printmedien, sondern auch für die Funkmedien zuständig sein sollte.

NACHRICHTEN: Wo ist bei all den vielen Aufgaben nach Meinung der DJU der wichtigste Ansatzpunkt zu sehen?

Eckart Spoo: Der wichtigste Ansatzpunkt für jedwede gewerkschaftliche Arbeit ist und bleibt der Betrieb. Ohne starke Vertrauensleutekörper und Betriebsräte, denen ein hohes Maß an gewerkschaftlicher Schulung und Bildung zur Verfügung gestellt werden muß, kann keine unserer Aufgaben zufriedenstellend gelöst werden. Als wir Journalisten vor mehr als vier Jahren bei der Durchsetzung der 40-Stunden-Woche erstmals tatkräftig in den Betrieben agiert haben, hat das Wirkung gezeigt. An diesem Beispiel müssen wir uns orientieren.

Es geht um Macht und Einfluß im zentralen Bereich der Gesellschaft

„Betriebsverfassung ist immer auch Gesellschaftsverfassung. Es geht um nichts weniger als um Macht und Einfluß im zentralen Bereich unserer Gesellschaft.“ Mit dieser Feststellung am Beginn einer Fachtagung, zu der die „Hans-Böckler-Gesellschaft“ am 3./4. Oktober rund 200 Experten des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrechts in die Bonner Beethoven-Halle eingeladen hatte, stieß der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr unmittelbar zur Kernfrage der gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Ab- oder Ausbau der Mitbestimmung vor. Auf der Tagung wurden erstmals die soeben fertiggestellten Entwürfe des DGB zur Novellierung des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrechts einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt.

Führende Gewerkschafter – unter ihnen der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr, der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft Kurt van Haaren und Erwin Ferlemann, Vorsitzender der IG Druck und Papier – sowie zahlreiche Betriebsräte, Arbeitsrichter, Rechtsanwälte, Wissenschaftler, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Parteivertreter der SPD und der Grünen waren der Einladung in die Beethoven-Halle zu einem offenen Gespräch gefolgt, in das der CDU-Bundestagsabgeordnete Heimo George bei seinem letzten dramatischen Auftritt (er ver-

der politischen Demokratie nicht anwendbar“ seien.

George bestätigte damit unverhohlen die Feststellung von Hans Mayr: „Herr im Haus sind die Arbeitgeber geblieben“, daran hätten auch partielle Erfolge der Gewerkschaften in der Mitbestimmungsfrage, die die Regierung jetzt wieder rückgängig machen wolle, nichts geändert. Nur wer sich nicht mit Schlagworten von einer angeblich „postmodernen“, „postindustriellen“ Leistungs- oder Dienstleistungsgesellschaft die wahren Zusammenhänge vernebeln lasse, erklärte der IG-Metall-Vorsitzende, behalte die Fähigkeit, das „elementare Manko unserer Gesellschaft zu erkennen und beim Namen zu nennen: daß nämlich nach wie vor die Demokratie am Fabrikator endet“.

Über die spezielle Rolle der FDP bei der Erhaltung dieses für 21 Millionen abhängig Beschäftigter unerträglichen Zustandes bemerkte Hans Mayr: „Wenn es eine Partei gibt, die im sozialpolitischen Bereich hoffnungslos und endgültig diskreditiert ist, dann ist es die FDP. Wir haben diese einseitige Wirtschaftspartei viel zu lange geschont.“

Nicht nur in der Industrie, sondern auch in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen mit ihren 4,5 Millionen Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden, bei Bundesbahn und Bundespost, müsse endlich der Anspruch auf eine demokratische Binnenstruktur erfüllt werden, forderte Kurt van Haaren.

Prof. Fitting wies in seinem Beitrag nach, wie sehr auch im Betriebsverfassungsrecht bis auf den Tag Elemente der Nazigesetzgebung nachwirken. Das Gebot der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ zwischen Unternehmer und Betriebsrat erinnere an den „Vertrauensrat“ entsprechend dem Gesetz zur „Ordnung der Nationalen Arbeit“ von 1934. Das Gebot der „Berücksichtigung des Gemeinwohls“ sei unter zeitgemäßer Veränderung aus dem Wortlaut der Regelung von Vorstandsaufgaben in Paragraph 70 des Aktiengesetzes von 1937 übernommen worden. Noch

einschneidender sei die Nachwirkung der NS-Gesetzgebung hinsichtlich der Trennung von Betriebsverfassungs- und Personalvertretung. Hier sei die Spaltung fortgeführt worden, die die Nazigesetzgebung bewußt gefördert habe, während es „in der Fortentwicklung der Strukturen des Betriebsrätegesetzes von 1920 nahegelegen“ hätte, eine einheitliche Betriebsverfassung für Privatwirtschaft und öffentlichen Dienst zu schaffen.

Der Referent, der in der Schaffung der Einheitsgewerkschaft eine wesentliche Errungenschaft der Nachkriegszeit sieht, hält heute unter allen „wünschbaren Verbesserungen“ drei für unverzichtbar: 1. die Verstärkung des Arbeitnehmerinflusses auf die betriebliche Personalpolitik; 2. eine bessere Beteiligung bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe, verbunden mit dem Schutz vor übertriebener Überwachung; 3. Möglichkeiten der Mitbestimmung bei Betriebsänderungen.

Diese Fragen wurden in fünf Arbeitsgruppen intensiv diskutiert, unter besonderer Berücksichtigung der Forderung nach einer erweiterten Mitbestimmung bei der Technikgestaltung. Nachhaltigen Anklang fanden die vorgelegten Gesetzentwürfe des DGB. Bundestagsabgeordneter Rudolf Dreßler (SPD) kündigte für das Frühjahr 1986 nicht nur neue aufeinander abgestimmte Gesetzentwürfe zum Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht an, sondern auch einen neuen Entwurf für ein Mitbestimmungsgesetz. Auch wenn bei solchen Ankündigungen unüberhörbar schon Wahlkampftöne mitschwingen, so bleibt festzustellen, daß sich der Druck der Gewerkschaften in der Mitbestimmungsdiskussion auswirkt. Kaum einer, der es unterließ, darauf hinzuweisen, daß über die Herbstaktionen des DGB hinaus noch mehr Druck von unten, aus den Betrieben, erforderlich ist, um die Bonner Wende wieder zu wenden.

Gerd Muhr, sonst eher ein Mann der stillen Töne, wurde im Schlußwort echt zornig, als er sich mit dem CDU-Argument vom „Schlankmachen des Sozialstaates“ auseinandersetzte. Dies Millionen armer Rentner und Sozialhilfeempfänger zuzumuten, sei ein Skandal in einer Gesellschaft, in der die Gewinne für Industriegräfinnen und -grafen, für Unternehmer und Banken nur allzu reichlich fließen würden.

Peter Baumöller

GdED-Forderungen zum Beamtentag

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hat zum vom 27. bis 28. November in Bonn stattfindenden DGB-Beamtentag mehrere Anträge eingereicht. Im Vordergrund steht das Verlangen nach einem besseren Dienstrecht. Vor allem wird in diesem Zusammenhang die Koalitionsfreiheit für Beamte gefordert. Entschieden abgelehnt wird der Einsatz von Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen.

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Aktionswoche beweist gewerkschaftliche Kraft

Mit Großkundgebungen in 13 Städten mit über 600 000 Teilnehmern, nicht mitgerechnet die fünf Kundgebungen an den vorausgegangenen Tagen, wurde am 19. Oktober die Aktionswoche des DGB gegen Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und für Arbeitnehmerrechte beendet. Sie waren zugleich Höhepunkt der DGB-Aktionswoche und Auftakt für weitere Aktionen, die folgen müssen, wenn die Gewerkschaften erfolgreich sein wollen. Wer beispielsweise in Stuttgart oder Dortmund mitdemonstrierte, war beeindruckt von der gewerkschaftlichen Kraft. Diesen Eindruck können auch die Kommentare von Unternehmern und Vertretern der Bundesregierung nicht verwischen, die bereits tags darauf von einem „Mißerfolg“ sprachen. Auf den Kundgebungen gab es viele Gemeinsamkeiten. Beispielsweise prangerten auf Transparenten die Kolleginnen und Kollegen nicht nur den Sozialabbau an, sondern zeigten die Ursachen auf: nämlich die immensen Kosten für die Aufrüstung. Kaum zu übersehen waren auch die vielen Transparente mit der Losung: „Statt Weltraumwaffen Arbeitsplätze schaffen“.

Stuttgart

Über 150 000 Gewerkschafter waren dem Aufruf zur Demonstration und Kundgebung gefolgt, von Wertheim bis Lörrach, von Mannheim bis Friedrichshafen mit zahlreichen Sonderzügen, Bussen und Pkws in die baden-württembergische Metropole gekommen und in mehreren Zügen zum Schloßplatz demonstriert. Eröffnet wurde die Kundgebung vom DGB-Landesbezirksvorsitzenden Siegfried Pommerenke. Er wertete die machtvolle Demonstration als Beweis „einer starken Einheitsgewerkschaft“. Auf den Vorwurf, die Gewerkschaften betrieben einen Vorwahlkampf für die SPD und eine Rufmordkampagne gegen die Bundesregierung, konterte der DGB-Landesbezirksvorsitzende: „Wir waren niemals Wasserträger der Politik. Wir waren niemals Steigbügelhalter einer Partei“. Wer sich drei Jahre zurück erinnert, kann dem nur zustimmen. Es war der DGB Baden-Württemberg, der noch zu Zeiten der sozialliberalen Koalition gegen den Sozialabbau demonstrierte und damit eine Protestwelle auslöste. Das damalige Zitat über Sozialleistungen fahrende Mähdrescher wurden noch lange benutzt.

Inhaltsverzeichnis

Christian Götz: Gegen den Unternehmerstaat – Soziale Verteidigung aus gewerkschaftlicher Sicht	14
13. Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden Beschlüsse	19
APPELL Statt Weltraumwaffen – Arbeitsplätze schaffen!	23

Siegfried Pommerenke ließ es nicht dabei bewenden, den Sozialabbau, die Massenarbeitslosigkeit und den Abbau von schwer erkämpften Arbeitnehmerrechten anzuprangern, sondern zeigte die Ursachen auf und forderte statt Atomraketen und Weltraumrüstung „Arbeits- und Ausbildungsplätze, soziale Sicherheit für alle und Frieden auf der Welt“. Auch GdED-Vorsitzender Ernst Haar und Lothar Zimmermann vom geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, die nach Pommerenke sprachen, lehnten das Krieg-der-Sterne-Konzept ab.

Lothar Zimmermann appellierte an die Gewerkschafter, der Solidarität eine Chance zu geben und gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau anzutreten und den Angriffen auf die Gewerkschaften zu begegnen, denn „noch können wir die Politik aus der Sackgasse holen und sie auf einen vernünftigen Weg führen“. Für die Gewerkschaften sei es Zeit, Ziele zu setzen und deutlich zu machen, was wir nicht wollen: „Wir wollen keine Politik für wenige.“ Als Aufgabe stellte er: „Nicht wegducken, nicht spalten lassen, nicht in der falschen Hoffnung wiegen, es würde alles von selbst vorübergehen und besser werden, sondern kämpfen und millionenfach zusammenstehen.“

Dortmund

Maximal 100 000 Teilnehmer waren in Dortmund erwartet worden. Statt dessen kamen nach Polizeiangaben 130 000. Teils waren Busse und Sonderzüge überfüllt; mancherorts mußten noch auf die Schnelle Busse beschafft werden. Bereits um 10 Uhr, drei Stunden vor Kundgebungsbeginn, bot die Umgebung des Hansaplatzes ein buntes Bild. Zahlreiche Organisationen waren mit Informationsständen präsent, z. B. die Arbeitsloseninitiativen, verständlich in einer Stadt mit einer 18prozentigen Arbeitslosenquote, ebenso wie die Friedensbewegung und die Einzelgewerkschaften.

Hauptredner der Kundgebung war der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr. Unter starkem Beifall forderte er: „Schluß mit einer Politik, die den paradoxen Gegensatz von sozialer Demontage und militärischer Aufrüstung immer weiter getrieben hat; Schluß mit einer Politik, welche verbal die Solidarität mit den Arbeitslosen beschwört und praktisch die Kumpanei mit dem Kapital betreibt“, denn in allen Grundsatzfragen stünden „Kapital und Kabinett Seite an Seite gegen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften“.

Der IG-Metall-Vorsitzende, der sich erneut für die Vergesellschaftung der Stahlindustrie aussprach, erteilte indirekt weiteren Gesprächen mit der Bundesregierung eine Absage und erklärte: „Mit den Mitteln des politischen Gesprächs allein sind wir keinen Millimeter weitergekommen. Damit steht auch fest: Wir müssen auf den Weg der gemeinsamen Gegenwehr setzen, auf die Überzeugungskraft der gewerkschaftlichen Argumente und auf die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Aktionen.“

Lange, bevor der DGB die Aktionswoche plante, hatte die Initiative „Sportler für den Frieden“ die Westfalenhalle für ein großes internationales Spiel- und Sportfest gemietet. Und so kam es zu einer Zusammenarbeit von Gewerkschafts- und Friedensbewegung. Das führte dazu, daß Cornelia Hanisch, Fechtweltmeisterin, auf der DGB-Kundgebung sprach und die Gemeinsamkeiten von Gewerkschafts- und Sportlerinitiativen betonte, wie andererseits am Abend auch DGB-Landesbezirksvorsitzender Dieter Mahlberg auf dem Sport- und Spielfest in der Westfalenhalle. Unter dem Beifall der 130 000 Kundgebungsteilnehmer erklärte die Spitzensportlerin: „Der DGB spricht sich gegen die Militarisierung des Weltraums aus. Führende Gewerkschafter genauso wie Spitzensportler unterstützen den Naturwissenschaftleraufruf gegen das SDI-Programm der US-Regierung mit dem Ziel, daß Millionen Bürger nein sagen.“ In der Vorbereitung zu beiden Großveranstaltungen hätte die Sportler-Friedensinitiative gemerkt, daß man mit dem DGB gut zusammenarbeiten könne. Und wenn man gemeinsame Ziele habe,

Merksatz:

„21 Millionen Menschen in der Bundesrepublik verdienen ihren Lebensunterhalt als abhängig Beschäftigte. Das heißt: So wichtig Politik und Kultur auch sind, so sehr die Bedeutung der Freizeit zugenommen hat, der Betrieb als Ort der abhängigen Erwerbsarbeit ist und bleibt der prägende Faktor im Leben der Arbeitnehmer.“

(Hans Mayr, Vorsitzender der IG Metall, auf der Bonner Tagung „Sozialer Fortschritt durch mehr Mitbestimmung“ am 3. und 4. Oktober)

starb einen Tag später mit 52 Jahren an einem Herzinfarkt) reichlich Sprengstoff trug. Nahtlos anknüpfend an seine schon 1983 geäußerten „persönlichen Denkanstöße“, durch Sozialabbau und Einschränkung von gesetzlichen Schutzvorschriften die „Arbeit billiger zu machen“, forderte der CDU-Politiker unter dem Protest seiner Zuhörer: „Wir müssen den Sozialstaat schlank machen und die Betriebe von Kosten entlasten.“ Auch im Sinne der FDP, die aus angeblicher „Zeitnot“ weder Frau Schwaetzer noch den Herrn Bangemann in die naheliegende Beethoven-Halle entsenden mochte, verkündete Heimo George das Bonner Regierungskredo: daß hinter den Betriebstoren die „Prinzipien

sollte man die auch nach außen zeigen. „Wir wünschen uns, daß die Gemeinsamkeit zwischen der Friedensbewegung im Sport und dem DGB weiter entwickelt wird.“

München

„Was tut den Bossen weh – ein starker DGB“ und „Eine Reise, die sich lohnt, schickt den Blüm auf den Mond“, mit solchen und ähnlichen Losungen und zahlreichen Transparenten, die die beiden Seiten der Medaille – Sozialabbau und Aufrüstung – anprangerten, demonstrierten in München 50000 Gewerkschafter zum Odeonsplatz. Wie schon ihr Kollege Mayr in Dortmund, erteilte in München die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies weiteren Gesprächen eine Absage. Die Politiker seien nicht durch Gespräche zu überzeugen. „Ihnen muß die notwendige Klarheit durch konsequentes Handeln vermittelt werden.“

Weitere Kundgebungen gab es am 19. Oktober in Bremen mit 6000 Teilnehmern, mit 20000 in Braunschweig, mit 40000 in Hamburg, 15000 in Hannover, 25000 in Saarbrücken, 27000 in Kassel, 45000 in Nürnberg, 26000 in Frankfurt und weiteren in Northeim/ Harz und dem ostfriesischen Leer. Sie hatten durchweg kämpferischen Charakter. Vielerorts hörte man am Rande der Kundgebungen ähnliche Worte wie die von Detlef Hensche, dem 2. Vorsitzenden der IG Druck und Papier, in Leer: „Die Proteste können und dürfen am 20. Oktober nicht zu Ende sein.“

Gisela Mayer

Christian Götz:

Gegen den Unternehmerstaat Soziale Verteidigung aus gewerkschaftlicher Sicht

Exklusiv für NACHRICHTEN schrieb Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), folgenden Aufsatz. Dieser beschränkt sich nicht nur auf eine Zustandsbeschreibung, sondern der Autor befaßt sich mit den Aufgaben, die vor den Gewerkschaften stehen. Dabei wird auf weitere Aktionen orientiert.

I. Der gewöhnliche Kapitalismus hat uns eingeholt

„Nicht mehr Vollbeschäftigung und Schlagworte wie Überflußgesellschaft und Wirtschaftswunder charakterisieren die soziale Wirklichkeit, sondern Krise, Sozialabbau, Pleiten und Arbeitslosigkeit. Jeder spürt, das uns jahrelang eingeredete Wirtschaftswunder ist vorbei. Wir müssen nüchtern erkennen: Der stinknormale, ganz gewöhnliche Kapitalismus hat uns eingeholt. Ich sage dies nicht, um Stimmung zu erzeugen. Ich sage dies, um Konjunkturkrise, die Finanzkrise öffentlicher Haushalte und weltweite Überproduktionskrisen als das zu bezeichnen, was sie sind, nämlich kapitalistische Krisen. Vollbeschäftigung gibt es nur solange, wie dies für die Verwertungsbedingungen des Kapitals förderlich ist. Und selbst dann, wenn mit Steuergeldern Arbeitsplätze gesichert werden müssen, lehnen die Unternehmer jedwede Auflagen, jedwede Kontrolle und Mitbestimmung über Subventionen und Steuergeschenke ab.“

Mit dieser wünschenswerten – leider nur von wenigen führenden Gewerkschaftern praktizierten – Deutlichkeit charakterisierte Kurt van Haaren, Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, (auf dem 14. DPG-Kongreß am 26. Oktober 1983 in Hannover) die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Diese kurzgefaßte – mit Zahlen und Fakten noch zu belegende – Zustandsbeschreibung sollten die Gewerkschaften stets präsent haben, wenn

sie sich anschicken, ihr Handeln in der Krise zu bestimmen. Fehlbeurteilungen der Lage, insbesondere der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, führen logischerweise auch zu einer falschen Politik. Dafür kennt die Geschichte der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung genügend Beispiele.

Vor dem Hintergrund geschichtlicher Erfahrungen muß es deshalb auch in diesem Beitrag zunächst darum gehen, das Maß des Abbaus bzw. der Gefährdung sozialer und demokratischer Rechte, die Entwicklung und den Umfang von Massenarbeitslosigkeit, den Grad von Hochrüstung und nicht zuletzt die für diese Gesamtentwicklung maßgebenden gesellschaftlichen Ursachen aufzuzeigen, bevor Konsequenzen für die aktuelle bis mittelfristige Politik und Praxis der Gewerkschaften gezogen werden.

II. BRD-Realität: Wachsende Armut

Wer die Lagebeurteilung des DPG-Vorsitzenden im Oktober 1983 noch für „übertrieben“ hielt, mußte sich zwischenzeitlich „eines Schlechteren“ belehren lassen: Heute ist es „in diesem, unserem Lande“ nämlich leider wieder notwendig, sich mit wachsender Armut auseinanderzusetzen. Von der sogenannten „neuen Armut“, bei der es sich im übrigen um nichts anderes als eine alte soziale Frage in neuem Gewand handelt, sind in der Bundesrepublik Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, mittlerweile mehrere Millionen Menschen betroffen. Sie verfügen über ein so geringes Familieneinkommen, daß nur noch ein Leben am Rande des Existenzminimums möglich ist.

In die Armut geraten vor allen Dingen Arbeitslose, die geringe oder keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, Rentner (insbesondere Frauen) mit Minimalrenten und Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Um es plastisch und damit leichter nachvollziehbar zu machen: Täglich 47 Gramm Fleisch, 40 Gramm Wurst und 21 Gramm Käse, alle zehn Tage eine Busfahrt und eine Flasche Bier, jährlich eine Glühlampe und einmal Schuhbesohlen –, erst wer diesen „Versorgungsgrad“ erreicht hat, gilt in der Bundesrepublik auch offiziell als „arm“.

Aber selbst diese skandalösen Kriterien treffen heute nicht etwa nur für eine „verschwindende Minderheit“ zu; sie gelten vielmehr praktisch und mit allen Konsequenzen für jene ca. 2,5 Millionen Bürger, die – als letzte Möglichkeit gesellschaftlicher Unterstützung – auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Der DGB fordert deshalb seit längerem, die Sozialhilfesätze um 25 bis 30 Prozent zu erhöhen, um ein „soziokulturelles Existenzminimum“ zu gewährleisten. Für uns ist das übrigens – und hier ist der letztere, oft mißbrauchte Begriff tatsächlich angebracht – eine Frage der „Menschenwürde“.

III. Weimar läßt grüßen...

Die „neue Armut“ ist die direkte Folge der allgemeinen Verschlechterung der Lage der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik durch die seit 1974 existierende und wachsende Massenarbeitslosigkeit sowie den (spätestens) 1982 von der sozialliberalen Koalition eingeleiteten, von der „Wende-Regierung“ spürbar verschärft fortgesetzten Abbau sozialer Leistungen und Rechte. Nach offiziellen Angaben wird – trotz bejubeltem „Aufschwung“! – auch für 1985 im Jahresdurchschnitt mit 2,3 bis 2,4 Millionen Arbeitslosen gerechnet – ein trauriger Rekord für den „Sozialstaat Bundesrepublik“. Zählt man die sogenannte „stille Reserve“ der offiziell nicht registrierten Arbeitslosen hinzu, ergibt sich tatsächlich eine Zahl von nahezu 4 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik. Hauptbetroffene sind Frauen, ältere Arbeitnehmer, schlecht ausgebildete Kolleginnen und Kollegen, Jugendliche und Ausländer.

Dabei nimmt die Zahl der Langzeitarbeitslosen ständig zu. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt inzwischen über ein Jahr. Ca. 500000 Jugendliche unter 25 Jahren sind ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Gleichzeitig wurde – durch laufende Verschlechterung der Anspruchsvoraussetzungen – in einem in der Bundesrepublik zuvor nie gekanntem Ausmaß Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung verwehrt. Im Mai 1985 erhielten nur noch 35 Prozent (!) der registrierten Arbeitslosen Arbeitslosengeld

und 27 Prozent die wesentlich geringere Arbeitslosenhilfe. Der „Rest“ muß sich ohne jede finanzielle Unterstützung durchschlagen, bzw. den in vielfacher Weise beschwerlichen Weg zum Sozialamt gehen. Diese Zahlen provozieren Erinnerungen an vergleichbare „Weimarer Verhältnisse“. Auch damals wurden, in den letzten und schwierigsten Jahren, immer mehr Arbeitslose aus der öffentlichen Unterstützung ausgegrenzt, – mit allen, inzwischen bekannten, verheerenden Folgen für die junge Republik.

Gerade vor diesem Hintergrund gewinnt folgende Zahl besonderes Gewicht: In den letzten 10 Jahren sind in der Bundesrepublik 12,5 Millionen Arbeitnehmer einmal oder mehrfach arbeitslos gewesen. Unverhältnismäßig mehr Arbeitnehmerhaushalte, als allein die jeweils aktuellen Arbeitslosenzahlen signalisieren, haben also zwischenzeitlich das „Schicksal Arbeitslosigkeit“ kennengelernt, – mit allen persönlichen Erfahrungen und politischen Folgen für unsere heutige Ordnung.

Eine weitere große Bevölkerungsgruppe, die besonders durch die „Haushaltsoperationen“ '82, '83 und '84 getroffen wurde, sind die Rentner. Durch geringere Rentenerhöhungen und die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages mußten sie seit 1980 einen Kaufkraftverlust von ca. 4,7 Prozent hinnehmen; und das auf einem ganz überwiegend bescheidenen Rentenniveau. Insbesondere Frauen, Witwen und ehemalige Arbeiter sind die Leidtragenden. Selbst die Sozialhilfe, die nach gewerkschaftlicher Einschätzung das Existenzminimum nicht sichert, wurde in den letzten Jahren beim Leistungsabbau nicht ausgenommen. Das führte – in Verbindung mit den Preissteigerungen – zwischen 1981 und 1983 für diesen besonders bedürftigen Personenkreis zu einem Kaufkraftverlust von ca. 13 Prozent. Das wirkt nach. Heute ggf. erfolgende geringfügige Verbesserungen gehen von diesem reduzierten Niveau aus.

Letzte, zahlenmäßig weitaus größte Gruppe in der langen Kette von Opfern des Sozialabbaus sind auch alle Arbeitnehmer, die (noch) einen Arbeitsplatz haben. Nach einer in dieser zentralen Aussage unbestrittenen Dokumentation der Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall wurden von 1982 bis 1985 die Masseneinkommen mit insgesamt 176 Milliarden DM (!) belastet. Das war das Ergebnis der Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben, bei gleichzeitig erfolgenden gravierenden Kürzungen im Bereich sozialer Leistungen. (Allein die Kürzungen erreichten in dem genannten Zeitraum ein Volumen von 75 Milliarden DM.) Als Ergebnis sank in der Zeit von 1980 bis 1984 das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer um 5,7 Prozent. Wenn es den Gewerkschaften „unter dem Strich“ nicht gelungen wäre, die Preissteigerungen tarifpolitisch auszugleichen, wäre das Durchschnittseinkommen aller Arbeitnehmer noch deutlich stärker gesunken.

Summa summarum läßt sich feststellen: Wenn Helmut Kohl und Hans Dietrich Genscher mit „Erfolg“ ihrer Politik die Verschlechterung der Lebensbedingungen und Chancen von Arbeitslosen, Rentnern, sozial Schwachen sowie von Arbeitnehmern insgesamt meinen, dann können sie sich zu Recht rühmen. Die angekündigte „Wende“ wurde während ihrer Regierungszeit in erheblichem Umfang realisiert. Nach allen bisherigen Erfahrungen werden solche „Erfolge“ als Ausgangsbasis dafür verstanden, den eingeschlagenen Kurs konsequent fortzusetzen, – wenn die „Opfer“ nicht massiv gegensteuern.

IV. Die Krise verschärft sich von Mal zu Mal

Parallel zur diametral gegen Arbeitnehmerinteressen gerichteten „Wende“-Politik tragen die Unternehmer die Hauptverantwortung für die Massenarbeitslosigkeit und ihre sozialen Folgen. Auch in der mit dem Beiwort „sozial“ ausgeschmückten „Marktwirtschaft“ bilden eben nicht Vollbeschäftigung, Schaffung humaner Lebensbedingungen oder gar die Lösung gesellschaftlicher Probleme den „Antrieb“ für wirtschaftliches Handeln von Unternehmern; im Mittelpunkt steht stets die Erzielung größtmöglicher Profite.

In Zeiten, in denen es allgemein wirtschaftlich aufwärts geht, läßt sich diese unternehmerische „Grundorientierung“ ziemlich weitgehend überdecken; nicht zuletzt auch in den Augen vieler Arbeitnehmer. In Krisenzeiten bröckelt dieses Konzept. Das haben die

Erfahrungen der letzten 10 bis 12 Jahre erneut bestätigt: Die Bundesrepublik erlebte von 1974 bis 1976 sowie von 1980 bis 1983 die bisher tiefgreifendsten konjunkturellen Krisen ihrer Geschichte.

Konjunkturelle Krisen haben ihre Ursache im gesamtgesellschaftlich nicht abgestimmten, allein profitorientierten wirtschaftlichen Handeln der Unternehmer. Der Wettlauf mit anderen Konkurrenten um gewinnbringende Absatzmöglichkeiten führt immer wieder zu Überkapazitäten; anders ausgedrückt: zu einem Mißverhältnis von vorhandenen Produktionskapazitäten und Absatzmöglichkeiten. Ergebnis: Die produzierten Waren bleiben „auf Halde“. Ist das nicht änderbar, reagieren die Unternehmer mit verschärfter Konkurrenz, ggf. Produktionseinschränkungen und Rationalisierung in den Betrieben. Die Folgen sind Konkurse, wachsende Unternehmenskonzentration und Arbeitsplatzvernichtung. So werden Überkapazitäten „konsequent“ abgebaut, bis sie den national und international vorhandenen Absatzmöglichkeiten wieder entsprechen. Vom veränderten Niveau ist zum gegebenen Zeitpunkt erneut ein konjunktureller Aufschwung möglich. Die letzten beiden Konjunkturkrisen verliefen gleichfalls nach diesem „Schema“. Außerdem bestätigte sich: Auch bezüglich solcher Krisen gilt, daß sie sich von Mal zu Mal verschärfen.

Im Vergleich zur Situation 1974 und in den folgenden Jahren sind heute die Bedingungen auf den internationalen Märkten schwieriger geworden. Der Ausdehnung des Exports sind damit engere Grenzen gesetzt. Parallel dazu sind aber auch national – durch reduzierte Massenkaukraft sowie durch Verringerung der staatlichen Investitionstätigkeit – die Wachstumsmöglichkeiten eingengt. Daß die Krise von Mal zu Mal an „negativem Drall“ gewinnt, spüren im Endergebnis vor allen Dingen die Arbeitnehmer: So führte die der Konjunkturkrise 1976 folgende Aufschwungphase – wenn auch nur in geringem Maße – noch zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Seit 1983 ist dagegen – trotz „Aufschwung“ – die Massenarbeitslosigkeit sogar weiter gestiegen.

V. Unternehmer – Die großen Krisengewinner

Seit Ende der 70er Jahre läuft in fast allen Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik eine umfassende Rationalisierungswelle, für die die Mikroelektronik die technische Basis bildet.

Entsprechend gezielter Einsatz der neuen Technologie ermöglicht eine erhebliche Steigerung der Arbeitsproduktivität. Mit dem gleichen Aufwand wie bisher können ggf. mehr Güter und Dienstleistungen hergestellt bzw. angeboten werden; vielfach mit höherer Qualität, bei unveränderten oder sogar sinkenden Preisen.

Diese Entwicklung kann im Prinzip durchaus auch positiv gewertet werden. Auf jeden Fall zeigt sich hier das „doppelte Gesicht“ der neuen Technologien. Sie könnten z. B. genutzt werden, um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern und die Arbeitszeit zu verkürzen. Das ist aber auch in diesem Fall nicht das Ziel unternehmerischer Politik. Sie sehen und nutzen die neuen Technologien ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der Kosteneinsparung bzw. Gewinnerhöhung. Arbeitsintensivierung, Personalabbau – und damit Stagnation oder Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit sind die Folge, selbst in konjunkturellen Aufschwungphasen. Eine weitere wesentliche Ursache für die anhaltende Massenarbeitslosigkeit besteht darin, daß die Kapitalseite, gemeint sind hier insbesondere Großunternehmen und Konzerne, allein über Investitionen, also die Verwendung der Gewinne, entscheidet.

Im Chor mit den Unternehmerverbänden behauptet die Bundesregierung schlicht und einfach: Gewinne schaffen Arbeitsplätze. Entsprechend ist ihre gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik ausgerichtet. Durch Steuerentlastungen, Abschreibungserleichterungen und vielfache Subventionen, die ohne beschäftigungspolitische Auflagen gezahlt werden, fördert die Bundesregierung die Erzielung hoher Gewinne. Das Ergebnis: Trotz vielbeklagter Wirtschaftskrise stiegen von 1982 bis 1984 die Nettogewinne der Unternehmer um 31,5 Prozent. In demselben Zeitraum wuchs die Arbeitslosigkeit allerdings um 23 Prozent.

Die Politik der Bundesregierung war und ist – selbst an ihren eige-

nen Ankündigungen und Versprechen gemessen – also nachweislich falsch. Die Unternehmer haben die erhöhten Gewinne zwar kassiert, gleichzeitig aber immer weniger davon in der Bundesrepublik investiert. Da dort vergleichsweise mehr zu holen war, wurde das Geld lieber zinsbringend im Inland und noch mehr im Ausland (vorrangig: USA) angelegt. In den letzten Jahren hat der Kapitalexport drastisch zugenommen. 1983 wurden 18 Milliarden DM privat ins Ausland gebracht; 1984 schon 27 Milliarden DM. Daraus können in der Bundesrepublik auch beim besten Willen keine Arbeitsplätze werden.

Die Bundesregierung hat durch ihre Politik also keinen Beitrag zur Lösung der tiefgreifenden Beschäftigungskrise geleistet. Vielmehr hat sie eine in der Geschichte der Bundesrepublik bisher nicht dagewesene, gigantische Umverteilung staatlicher Mittel zugunsten der Kapitalinteressen (insbesondere der Großkonzerne) eingeleitet. Das rechtskonservative Bündnis setzt damit im übrigen exakt Forderungen um, die die Unternehmerverbände seit langem in ihrem „Denkschriften“ erhoben haben. Wir kommen dem „Unternehmerstaat“ immer näher. Das ist der eigentliche Kern der „Wende“-Politik.

Für die Gewerkschaften ist das eine erneute Bestätigung der (u. a. in Antrag 17 des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses festgeschriebenen) Erkenntnis, „daß die Arbeitnehmerinteressen gefährdet sind, solange die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unternehmerischen Gewinninteressen untergeordnet werden“.

VI. Der Sozialstaat steht zur Disposition

Die Bundesregierung ist offensichtlich auch auf einem weiteren, für die arbeitende Bevölkerung besonders wichtigen Feld fest entschlossen, Unternehmerforderungen und Kapitalstrategien zügig umzusetzen. Gemeint ist der Abbau gesetzlicher und tariflicher Schutzrechte der Arbeitnehmer. Sie wurden zu einem erheblichen Teil in Jahrzehnten erworben und erkämpft und gehörten damit nach bisherigem allgemeinen Verständnis zum „Besitzstand“ des „Sozialstaats Bundesrepublik“. Gerade an diesem Beispiel wird erneut deutlich, wie eng in der Bundesrepublik die Verknüpfung zwischen bestimmten Politikbereichen und Großkapital ist. Diese Verknüpfung hat auch der Flick-Spendenskandal plastisch beleuchtet.

Der Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten aller Art wurde nämlich gleichzeitig in den bereits zitierten „Denkschriften“ der Unternehmerverbände und in „Papieren“, „Thesen“ und „Denkanstößen“ von Graf Lambsdorff (bereits 1982), Ernst Albrecht und Heimo George gefordert. Ziel aller Pamphlete ist, die rechtliche und faktische Verfügungsmacht der Unternehmer über die Arbeitnehmer zu erhöhen. Bezogen auf die Praxis geht es darum, in Verbindung mit der Einführung neuer Technologien einen kostengünstigen, reibungslosen, dem Betriebsablauf voll angepassten Arbeitskräfteeinsatz zu gewährleisten. So wurde das Jugendarbeitsschutzgesetz bereits verschlechtert. Im Visier sind u. a. der Kündigungs- und Schwerbehindertenschutz.

Insbesondere durch das seit 1. Mai 1985 gültige sogenannte „Beschäftigungsförderungsgesetz“ wurden Unternehmerforderungen nach möglichst totaler Flexibilisierung von Arbeitszeit und ihrer Gestaltung weitgehend erfüllt. Das Gesetz erleichtert alle Formen der Teilzeitarbeit, des Abschlusses von befristeten Arbeitsverträgen sowie des Einsatzes von Leiharbeitern. Gleichzeitig wurden bisher gültige Regelungen zur Verhinderung von Massenentlassungen bzw. Kündigungen „gelockert“.

In einer Anfang September 1985 von DGB-Bundesvorstand herausgegebenen Broschüre wird zu Recht festgestellt: „Das planen die Flexibilisierer bewußt ein: daß Millionen deutscher Arbeitnehmer zu Pendlern zwischen Jobs und Arbeitsamt werden. So schlecht bezahlt, daß sie das alles auch noch mitmachen. – Freiheit durch Flexibilität? Ausschließlich für die Unternehmer! Für die Arbeitnehmer stürzt das ganze Gebäude verlässlicher Arbeitsbeziehungen ein.“

Nach gewerkschaftlicher Einschätzung, die durch erste Erfahrungen bestätigt wird, haben wir es in Wirklichkeit mit einem „Entlassungsförderungsgesetz“ zu tun. Es verschärft die Arbeitslosigkeit, heizt soziale Konflikte an, spaltet die Arbeitnehmerschaft und

schaft eine Klasse rechtloser Arbeitnehmer. Wenn das gesamte Bündel an Abbau und Verschlechterungen zügig und umfassend durchgesetzt werden soll, müssen „logischerweise“ die Möglichkeiten zum Widerstand durch Arbeitnehmer und Gewerkschaften eingeschränkt werden. Mit dieser Stoßrichtung plant das Regierungslager, das Betriebsverfassungsgesetz (Tendenz: Spaltung der Arbeitnehmerschaft und gezielte Schwächung der DGB-Gewerkschaften) zu verschlechtern und den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes so zu verändern, daß bei Arbeitskämpfen nicht streikende, aber in anderen Betrieben infolge der Auseinandersetzung ausgeschlossene Arbeitnehmer kein Kurzarbeitergeld mehr erhalten.

Mit diesen Vorhaben werden zugleich der – sonst so oft beschworene – „soziale Frieden in Betrieb“, die Tarifautonomie, das Streikrecht und die Einheitsgewerkschaft zur Diskussion gestellt. Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und dadurch ausgelöste politische Verunsicherung werden also gezielt genutzt, um die Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretung nachhaltig zu disziplinieren. Die Arbeitnehmer sollen insgesamt schutz- und rechtloser werden.

Nicht nur aus gewerkschaftlicher, sondern auch aus gesamtgesellschaftlicher Sicht kann nur davor gewarnt werden, diese – Wirtschafts-, Sozial- und Rechtspolitik im Interesse des Kapitals fortzusetzen. Das würde zu einer „kaum reparablen Verschärfung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise führen“ (G. Fehrenbach, stellvertretender DGB-Vorsitzender, am 31. Mai 1985).

VII. Bundesregierung exekutiert USA-Hochrüstungskurs

Während in der Bundesrepublik der Sozialstaat in voller Breite zur Disposition steht, bleibt der Militär- und Rüstungssektor nicht nur völlig unangetastet, er wird ständig weiter ausgebaut. Das beweist die Entwicklung der Rüstungskosten: So weist der Bundeshaushalt 1985 als „Verteidigungshaushalt“ (Einzelplan 14) rd. 49 Milliarden DM aus. Rechnet man die – von außen nicht vollständig zu ermittelnden – militärisch relevanten Staatsausgaben in anderen Einzelhaushalten hinzu, belaufen sich die Gesamtaufwendungen aber auf über 60 Milliarden DM, also fast ein Viertel des gesamten Bundeshaushaltes. Dieser Gesamtaufwand wird auch offiziell bestätigt; es handelt sich um die sogenannten „Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien“.

Die gesamten Ausgaben für Militär und Rüstung übersteigen damit 1985 erstmalig in einem erheblichen Umfang den mit 56,8 Milliarden DM ausgestatteten Haushalt „Arbeit und Soziales“ (Einzelplan 11). Das ist u. a. darauf zurückzuführen, daß der Bundesarbeitsminister seinen Haushalt von 1979 bis 1985 nur um 22,1 Prozent aufstocken konnte, während der Verteidigungsminister in demselben Zeitraum 33,8 Prozent (!) zulegte. Übrigens wurden in diesen sechs Jahren die Etatpositionen für „Jugend, Familie und Gesundheit“ (Einzelplan 15) sowie für „Bildung und Wissenschaft“ (Einzelplan 31) um 11,5 bzw. 5 Prozent gekürzt.

Durch die „mittelfristige Finanzplanung“ des Bundes ist bereits jetzt festgelegt, daß auch in den nächsten Jahren der „Verteidigungshaushalt“ in Relation zum gesamten Bundeshaushalt überproportional wachsen soll. (Bezüglich des Bundeshaushalts 1986 wurde dieser Beschluß bereits praktisch umgesetzt. Die Finanzplaner des Verteidigungsministeriums sind deshalb auch – wie die „Frankfurter Rundschau“ am 31. August 1985 meldete – „stolz auf diesen Etatentwurf“.) Der gesamte Umfang der auf uns zukommenden Rüstungslasten wird allerdings erst dann deutlich, wenn man sich mit längerfristigen Planungen, die bereits vorliegen, beschäftigt.

Die Kosten für die im Rahmen des „NATO-Langzeitprogramms“ laufende Ausstattung der Bundeswehr mit der sogenannten „2. Waffengeneration“ (u. a. MRCA-Bomber, Leopard-II-Panzer und neue Lenkwaffensysteme) betragen bis 1990 ca. 80 Milliarden DM. Während dieses Programm noch läuft, wurde von Bundesminister Manfred Wörner im Mai 1984 bereits die Planung für die „3. Waffengeneration“ („Bundeswehr '85“) vorgelegt. Danach soll von 1985 bis 1997 eine weitere gigantische Aufrüstung der Bundeswehr (u. a. durch Großprojekte wie neue Raketenysteme, 200 Panzer-

abwehrhubschrauber, 2000 Leopard-III-Panzer, 200 neue Kampfflugzeuge „Jäger 90“, Fregatten und U-Boote) realisiert werden. Die notwendigen Finanzaufwendungen wurden auf mindestens 240 Milliarden DM (!) beziffert.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß die von amtlicher Seite abgegebenen Kosteneinschätzungen über „notwendige Rüstungsmaßnahmen“ immer auf der Basis der Preise von 1984 erfolgen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die tatsächliche Kostenentwicklung geplanter militärischer Beschaffungsprogramme regelmäßig die ursprünglichen Ansätze weit hinter sich gelassen hat. Wir müssen also mit einer noch unverhältnismäßig höheren Vergeudung öffentlicher Mittel für die Aufrüstung rechnen, als bereits die genannten Horrorzahlen signalisieren.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur erlaubt, sondern geradezu notwendig, gegenüber der Bundesregierung den Vorwurf zu erheben, daß sie in unserem Land einen Kurs der Hochrüstung zu Lasten dringender sozialer und gesellschaftlicher Aufgaben fährt. Das rechtskonservative Bündnis in Bonn übernimmt und exekutiert damit nahtlos die militante, immer größere Teile des amerikanischen Volkes in Armut stürzende, Hochrüstungspolitik der Reagan-Administration, die mit der Lüge einer „militärischen Unterlegenheit gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt“ bzw. mit der „Notwendigkeit der Abschreckung“ begründet wird. Die Bundesregierung erfüllt in „strammer Grundhaltung“ Forderungen, wie die des amerikanischen Oberbefehlshabers der NATO, General Rogers, an die westeuropäischen Regierungen, der amerikanischen Führung zu folgen und „die Ausgaben für soziale Programme zu kürzen, um die erforderlichen Sicherheitsarrangements zu stärken“.

Als Ergebnis dieser politischen Gesamtorientierung ist die Bundesrepublik heute, 40 Jahre nach Beendigung des II. Weltkrieges, – gemessen an ihrer Größe und Bevölkerungszahl – das am meisten mit militärischen Einrichtungen, Atomwaffen, chemischen Waffen usw. „ausgestattete“ Land der NATO bzw. der sogenannten „westlichen Welt“. Gerade von Militärpolitikern muß erwartet werden, daß sie bei allen ihren Planungen und Entscheidungen mögliche Reaktionen (dazu gehören auch berechnete Ängste) des „potenziellen Gegners“ einkalkulieren. Wer unter diesem Gesichtswinkel die Bundesrepublik – nach Weltmaßstäben – zum größten Pulverfaß macht, etabliert sie zugleich auch als „bevorzugtes Angriffsziel“. Das festzustellen, hat nichts mit „Panikmache“ zu tun, sondern mit Logik. Es handelt sich um eine einfache, zugleich schwerwiegende Wahrheit, die historisch vielfach belegt ist.

Auch im Vergleich zu mehreren anderen NATO-Ländern verhält sich die Bundesregierung heute gegenüber den USA nicht wie ein „Partner“, sondern wie ein „Vasall“. (Das hat z. B. die – auch im „Bündnis“ umstrittene, nicht von allen Mitgliedern vollzogene – Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise-Missiles bestätigt.) Angesichts der praktizierten militanten Außen- und Hochrüstungspolitik von Ronald Reagan ist das heute identisch mit einer groben Mißachtung und Vernachlässigung der – bei anderen Gelegenheiten so oft hochstilisierten – „nationalen Interessen“.

Nicht nur die Gewerkschaften wissen und mahnen immer wieder, daß (spätestens) unter den heutigen weltpolitischen Bedingungen mehr Waffen nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Bedrohung schaffen. Das gilt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland; ein Blick auf die Landkarte genügt. Deshalb ist aus gewerkschaftlicher Sicht eine grundsätzliche Kehrtwende weg von der Hochrüstungspolitik notwendig, entsprechend der Einschätzung und Forderung des DGB-Grundsatzprogramms: „Entspannung, Abrüstung und Frieden haben für die an der Nahtstelle zweier Bündnissysteme gelegene und exponierte Bundesrepublik ganz besonderes Gewicht.“

VIII. Schonungslos analysieren – Konsequenz handeln

Ohne die geforderte „grundsätzliche Kehrtwende“ werden sich die gesellschaftlichen Perspektiven für die große Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik laufend weiter verschlechtern. Der

unmittelbare Zusammenhang zwischen Hochrüstung einerseits sowie Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und ihren Folgen andererseits wird immer deutlicher und zwingender. Die Bundesrepublik stößt bereits heute – und dieser Trend wird sich drastisch verschärfen – an Grenzen der Finanzierbarkeit. In immer mehr Fällen muß von den politisch Verantwortlichen ganz konkret entschieden werden, wofür sie öffentliche Mittel aufwenden, für gesellschaftlich notwendige Aufgaben oder für die Rüstung. Um nur drei Beispiele zu nennen:

1. Die „Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien“ wurden 1985 um weitere 1,9 Milliarden DM aufgestockt. Genau um diesen Betrag wurden die Finanzen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gekürzt.

2. Die Gesamtausgaben des Bundes für militärische Forschung betragen 1985 rund 2,5 Milliarden DM. Sie wurden damit gegenüber 1984 um 562 Millionen DM gesteigert. Allein diese Steigerungsrate ist genauso hoch wie die Gesamtsumme der Bundesausgaben für Forschung zur Humanisierung der Arbeitswelt, Umweltforschung, Gesundheitsforschung, Forschung zur Erschließung neuer Energiequellen sowie Friedens- und Konfliktforschung. Die von der Bundesregierung angestrebte Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm würde die einseitige Ausrichtung der Forschung auf militärische Zwecke zwangsläufig ganz erheblich weiter verstärken. Soweit erste Kostenberechnungen vorliegen, müßten dafür bereits in den ersten 5 Jahren mindestens 9 Milliarden DM aufgewendet werden.

3. Der DGB-Bundesvorstand hat im März 1981 das „50-Milliarden-Programm“ für öffentliche Investitionen zur Beschäftigungsförderung beschlossen. Wäre als Finanzierungsquelle der „Verteidigungshaushalt“ (Einzelplan 14) ab 1981 und in den Folgejahren auch nur eingefroren worden, so hätte bis heute genau diese – angeblich nicht finanzierbare – Summe zur Verfügung gestanden.

Es führt kein Weg daran vorbei: Ohne Stopp, Einfrieren und Abbau der Rüstungsausgaben kommt der „Sozialstaat Bundesrepublik“ immer stärker ins Schleudern. Die Finanzierung der „Bundeswehrplanung 1985 – 1997“ müßte zwangsläufig mit Sozialabbau in einem Ausmaß einhergehen, das alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Es würden weiterhin öffentliche, von uns allen erarbeitete Mittel unproduktiv verpulvert werden, die unabweisbar für gesellschaftlich relevante Investitionen, z. B. im Umweltschutz, Energiebereich, Wohnungsbau und Bildungssektor gebraucht werden, auch und nicht zuletzt, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Die eindringliche Aufforderung, aus diesen Fakten endlich Schlußfolgerungen in Richtung „grundsätzliche Kehrtwende“ zu ziehen, richtet sich nicht nur an die rechtskonservative Bundesregierung, die seit ihrem Amtsantritt im Herbst 1982 einen strammen Hochrüstungskurs fährt. Unter dem Strich sind die Sozialdemokraten nicht weniger gefordert. Wie z. B. die Darstellung der überproportionalen Zuwachsraten des „Verteidigungshaushalts“ (Einzelplan 14) in den Jahren 1979 – 1985 beweist, trägt die SPD ein gerütteltes Maß an Mitverantwortung für diese negative Entwicklung.

Von einzelnen Repräsentanten bzw. punktueller Kritik abgesehen, ist die SPD immer noch nicht bereit, die heutigen Rüstungsausgaben und ihre gigantischen Zuwachsraten prinzipiell zur Disposition zu stellen und damit ein „Tabu“ zu durchbrechen, das nunmehr bereits seit Jahrzehnten von den Bundestagsparteien – die „Grünen“ ausgenommen – stillschweigend und strikt beachtet wird. Offensichtlich wirkt immer noch das „Trauma“ nach, erneut als „Unsicherheitskandidaten in der Außen- und Sicherheitspolitik“ angeprangert und diffamiert zu werden. Die Bundesregierung spielt bereits – zielbewußt und nicht ohne Erfolg – auf dieser Klaviatur.

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz schrieb in einem Kommentar zum Ausgang der letzten Bundestagswahlen am 6. März 1983: „Die SPD hat die Wahlen verloren. Sie muß aus ihrem Mißerfolg Konsequenzen ziehen. Da hat es keinen Zweck, lebenswichtig, einig und harmlos zu bleiben – es muß schonungslos analysiert und konsequent gehandelt werden.“ Schonungslos analysieren und konsequent handeln – es gibt auf absehbare Zeit keinen anderen gesellschaftlichen Bereich, in dem das notwendiger wäre, als im

Militär- und Rüstungssektor. Die SPD muß sich dazu durchringen. Für den DGB empfiehlt sich, diesem zentralen Fragenkomplex in den „Prüfstein“ zu den nächsten Bundestagswahlen einen hohen Stellenwert einzuräumen.

IX. Gleichberechtigte Ziele „Sozialer Verteidigung“: Frieden und soziale Sicherheit

Summiert man die in den bisherigen Kapiteln dargestellten Daten, Fakten und politischen Prozesse zu einem Gesamtbild, wird unübersehbar deutlich: Vor dem Hintergrund sowie in Nutzung der ökonomischen Krise haben die konservativen Kräfte in Wirtschaft, Politik, Medien und Rechtsprechung einen großangelegten Versuch gestartet, das politische Spektrum der Bundesrepublik spürbar nach rechts zu verlagern. Je mehr ihnen das gelingt – und beachtliche „Erfolge“ sind ja durchaus zu verzeichnen –, je stärker sind Lebensinteressen der großen Bevölkerungsmehrheit in der Bundesrepublik bedroht.

Fortsetzung der „Wende-Politik“ heißt konkret:

1. Massenarbeitslosigkeit, Armut, Sozialabbau und Eingriffe in Schutzrechte verschärfen sich.
2. Die Hochrüstung gewinnt an Drall; der Friede wird unsicherer.

Auf diese doppelte Herausforderung durch das konservative Lager müssen die Gewerkschaften mit ihrer Politik und Praxis eine adäquate Antwort geben, die gleichfalls beide Bedrohungskomplexe umfaßt.

Soziale Verteidigung aus Arbeitnehmer- und Gewerkschaftssicht muß deshalb – auf eine kurze Formel gebracht – heißen:

1. Kampf für die Bewahrung und den Ausbau des Sozialstaates und
2. Kampf für Abrüstung, Entspannung und friedliche Koexistenz.

Alle Überlegungen, das eine Engagemet alternativ zum anderen zu stellen, muß eine eindeutige Absage erteilt werden. Solche Überlegungen werden auch immer wieder im gewerkschaftlichen Lager thematisiert. Sie tauchten sowohl bei den Streiks um die Arbeitszeitverkürzung, als auch bei der Vorbereitung der DGB-Aktionswoche auf und wurden jeweils mit der „Notwendigkeit der Konzentration der Kräfte“ begründet.

Geschichtliche und aktuelle Erfahrungen bestätigen dagegen: Wenn Hochrüstung und Sozialabbau bzw. soziale Sicherheit und Frieden nicht zum gemeinsamen Thema „sozialer Verteidigung“ gemacht werden, ist das letztlich immer identisch mit einer Aufsplitterung der Kräfte. Gerade unter den heutigen Bedingungen werden ggf. aktive Gewerkschaftsmitglieder verwirrt und desorientiert sowie mögliche Bündnispartner verprellt. Nutzen ziehen nur die gemeinsamen Interessengegner.

Für die Politik und Praxis der Gewerkschaften bedeutet das u. a.:

1. Wir müssen noch deutlich mehr Bewußtsein dafür schaffen, daß Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau nur dann aufgehalten und schrittweise „umgedreht“ werden können, wenn der Hochrüstungskurs gestoppt wird.
2. Es darf also keine gewerkschaftliche Veranstaltung für die Bewahrung sozialer Ansprüche und Rechte der Arbeitnehmer geben, ohne daß der unmittelbare Zusammenhang zur Rüstung thematisiert wird.
3. Gewerkschaftliche Friedenspolitik muß stärker als bisher Teil der betrieblichen und örtlichen Gewerkschaftsarbeit werden, z.B. durch mehr betriebliche Friedensinitiativen und entsprechende örtliche Arbeitskreise.

Letztlich gehört in diesen Zusammenhang ein erneuter Appell an die Friedensbewegung, die „soziale Frage“ wesentlich deutlicher als bisher in den Mittelpunkt von Programmatik und Aktionen zu

stellen. Das ist keine Überforderung mit „gruppenegoistischen Zielen“, die von der vielschichtigen, auf Konsens bedachten Friedensbewegung zu Recht abgelehnt wird. Das Aufgreifen von „Lebensinteressen der großen Bevölkerungsmehrheit“ würde vielmehr die Breite sowie Überzeugungs- und Durchschlagskraft erheblich vergrößern. Das liegt auch im Eigeninteresse der Friedensbewegung.

X. Die „Wende zur sozialen Demokratie“ ist möglich

Wie sehen die inhaltlichen Konzepte der Gewerkschaften zur sozialen Verteidigung im umfassenden Sinne heute aus? Auch gegenüber mancher Kritik von „links“ – aus den eigenen Reihen sowie von außerhalb – möchte ich zunächst generell feststellen: Gewiß, man kann den Gewerkschaften in ihrer Programmatik nach wie vor unschwer „weiße Felder“ nachweisen. Aber sie stehen in dieser Hinsicht in keiner Weise mit leeren Händen da. So sind unsere Vorstellungen und Forderungen zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Krise sozial und ökonomisch vernünftig – und letztlich alternativlos. Auch in der Friedenspolitik hat der DGB sich in den letzten Jahren spürbar in die richtige Richtung bewegt. Diese Erfolge – und dahinter stehende politische Prozesse – sollten schon allein deshalb nicht unterschätzt werden, weil sie nicht zuletzt das Ergebnis geduldiger Aufklärungsarbeit und Argumentation konsequenter Gewerkschafter und verbündeter fortschrittlicher Kräfte aus anderen Lagern sind.

Die Kernforderungen des DGB zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und ihrer sozialen Folgen lauten:

1. **Beschäftigungsprogramme** mit öffentlichen Investitionen in gesellschaftlich relevanten Bereichen. Das kürzlich vom DGB-Bundesvorstand vorgelegte Programm „Umweltschutz und qualitatives Wachstum“ nennt – wie früher vergleichbare Investitionsprogramme – viele gute Beispiele und zeigt gleichzeitig machbare Finanzierungsmöglichkeiten auf.
2. **Arbeitszeitverkürzung** mit dem Vorrang 35-Stunden-Woche. Ihre volle Realisierung kann rd. 1,4 Millionen Arbeitsplätze sichern und schaffen. Durch einen mit zumutbaren finanziellen Konditionen ausgestatteten Vorruhestand würde sich diese „Rate“ sogar auf rd. 1,9 Millionen Arbeitsplätze erhöhen.
3. **Stärkung der Massenkaukraft** durch Erhöhung der Realeinkommen.
4. **Soziale Kontrolle der Produktivitätsentwicklung.** Beim Einsatz neuer Technik müssen die Gewerkschaften voll mitbestimmen. Nur dadurch sowie durch tarifliche und betriebliche Rationalisierungsschutzabkommen lassen sich ggf. Arbeitsplätze erhalten bzw. neue Arbeitsabläufe human gestalten.

Es gilt, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, daß nicht unternehmerische Gewinninteressen, sondern „menschenswürdige Arbeits- und Lebensbedingungen der Maßstab aller wirtschaftlichen Betätigung“ sind (DGB-Grundsatzprogramm). Anders ausgedrückt: Unternehmermacht muß eingeschränkt werden.

So gesehen, gewinnen die gewerkschaftlichen Forderungen nach

- „Unantastbarkeit der Koalitionsfreiheit, des Streikrechts und der Tarifautonomie,
- erweiterter betrieblicher Mitbestimmung, gleichberechtigter Mitbestimmung im Unternehmen und gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung,
- volkswirtschaftlicher Rahmenplanung und Investitionlenkung,
- Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum“ (Antrag 85 des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses)

erheblich an Bedeutung und Aktualität. Sie sollten in den weiteren Auseinandersetzungen mehr in den Vordergrund geschoben und stärker als bisher vertreten werden.

Kernforderung des DGB Friedenssicherung

1. Stopp der Stationierung und Abbau atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa,
2. Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa,
3. Beseitigung aller chemischen Waffen auf deutschem Boden,
4. Ablehnung jeder Beteiligung der Bundesrepublik am SDI-Programm zur Militarisierung des Weltraums,
5. schrittweise Realisierung einer Politik der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West,
6. Einfrieren und schrittweiser Abbau der gigantischen Rüstungsausgaben,
7. eigene Initiativen der Bundesrepublik zum Umsetzung dieses Forderungspaketes.

Gute Konzepte allein reichen allerdings nicht, um „soziale Verteidigung“ erfolgreich zu praktizieren. Durch noch so gute Argumente und Reden lassen sich die konservativen Kräfte offensichtlich nicht zu den dringend notwendigen Kurskorrekturen ihrer Politik zwingen. Diese Erkenntnis hat in den letzten Jahren nicht nur in den Vorständen, sondern – was noch mehr zählt – auch in der breiten Mitgliedschaft der Gewerkschaften deutlich an Boden gewonnen. Bereits 1981 protestierten in Stuttgart 70000 DGB-Gewerkschafter gegen die unsozialen Sparbeschlüsse der sozialliberalen Koalition. Im Herbst 1982 nahmen Hunderttausende Arbeitnehmer in neun Städten an Großdemonstrationen des DGB teil. „Wehret den Anfängen. Verteidigt den Sozialstaat“ lauteten die Parolen in Richtung auf die neue rechtskonservative Bundesregierung und die von ihr angekündigte verschärfte Sparpolitik. Weitere positive Beispiele sind die „Mahnminuten für den Frieden“, mehr und besser vorbereitete Veranstaltungen zum Antikriegstag, Streiks und vielfache Aktivitäten zur Arbeitszeitverkürzung und zuletzt die „DGB-Aktionswoche“.

Der Einwand, das alles habe nichts gebracht, in Bonn werde der unsoziale, friedensgefährdende Kurs ja doch fortgesetzt, ist bei genauerer Betrachtung vordergründig und zu kurzgefaßt. Das Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten dafür, daß in der Bundeshauptstadt eine grundsätzlich „falsche Politik“ betrieben wird, war vergleichsweise selten so groß wie zur Zeit. Diese Stimmungslage kann von den „Volksparteien“ nicht länger ignoriert werden. Das bestätigen sowohl die seit dem Machtverlust in wichtigen Punkten veränderte Politik der SPD und ihre Programmdiskussion als auch die empfindlichen Wahlniederlagen der CDU. Es gibt also gute Gründe dafür, die interessenorientierte, auf Mobilisierung und Aktion gerichtete gewerkschaftliche Politik nicht nur fortzusetzen, sondern noch zu verstärken.

Die Front zur „sozialen Verteidigung“ könnte letztlich noch wesentlich breiter werden, wenn die Gewerkschaften die Frage ihrer Bündnispolitik offener und offensiver angehen würden. Bündnispartner gegen die „Wende-Politik“ sind heute in vielen Bereichen anzutreffen, in den Kirchen, Rentner- und Hinterbliebenenverbänden, Mietervereinen, Jugendorganisationen, Arbeitsloseninitiativen, in der Friedensbewegung, im Wirtschaftssektor und in Parteien. Ohne auf eigene Ziele, Autonomie und Verantwortung zu verzichten, sollten alle von der „Wende“ betroffenen Organisationen darauf hinarbeiten, daß dem konzentrierten Angriff der Konservativen eine „gebündelte Opposition“ entgegengestellt wird. Die Gewerkschaften könnten in diesem Prozeß eine wichtige Orientierungs- und Leitfunktion übernehmen.

Ich kann abschließend nur erneut meiner Grundüberzeugung Ausdruck geben. Die ökonomische Krise muß nicht zwangsläufig die Stunde von Unternehmern und Konservativen sein. Die „Wende zur sozialen Demokratie“ ist möglich, wenn wir Tendenzen von Angst und Resignation überwinden, geschichtliche Erfahrungen nutzen, uns stärker auf die eigene Kraft besinnen – also mutig und geschlossen handeln.

13. Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden

BESCHLÜSSE

Dem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden, der vom 7. bis 11. Oktober 1985 in Hamburg stattfand, lagen 373 Anträge (A), 11 Entschliebungen (E), vier Initiativanträge (IA) und eine Initiativentschließung zur Beschlußfassung vor. Wir dokumentieren einige davon:

Erstellung eines Schwerpunktprogramms (A 89)

Der Bundesvorstand der IG Bau-Steine-Erden wird beauftragt, in Anlehnung an die Beschlüsse des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages ein Schwerpunktprogramm zu erstellen, das mittelfristige Zielvorgaben für die Arbeit unserer Gewerkschaft in den nächsten drei Jahren gibt. Hierbei sind insbesondere die Bereiche der Wirtschafts-, Sozial- und Tarifpolitik herauszustellen.

Friedenspolitik

Friedensarbeit (A 78)

Alle Gliederungen und Organe der IG Bau-Steine-Erden werden aufgefordert, die gewaltfreien Aktionen der Friedensbewegung nachhaltig und verstärkt zu unterstützen. Insbesondere sind alle Mitglieder der Gewerkschaft zur Teilnahme an den jährlich stattfindenden Ostermärschen aufzurufen.

Rüstungswettlauf und Raketenstopp (A79)

Die Delegierten beschließen, den Landes- und Bundesvorstand aufzufordern, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, damit der Rüstungswahnsinn beendet wird und freiwerdende Gelder in die Sozialpolitik fließen.

Begründung:

Europa ist ein mit allen Rüstungspotentialen vollgestopft Gebiet. Die Menschen werden damit unter Umständen zum Spielball von den beiden Großmächten gemacht. Wir können uns zu unserem Schutz und dem Wohlergehen für zukünftige Generationen nicht mehr erlauben, den Rüstungswahnsinn zu zahlen. Insbesondere die Stationierung von Mittelstreckenraketen gefährdet unser aller Leben. Der Raketenunfall von Heilbronn ist ein schlagkräftiger Beweis. Darum kurzfristig die Forderung: „Schluß mit der Raketenstationierung.“

Keine Beteiligung am SDI-Programm durch die BRD (IA 4)

Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages fordern den Bundesvorstand auf, sich sofort mit der Bundesregierung in Verbindung zu setzen, sich gegen die Beteiligungspläne der Bundesregierung am SDI-Programm auszusprechen und einen sofortigen Abbruch der Verhandlungen und Rücknahme der in der Woche vom 30. 9. bis 4. 10. 1985 gefällten Entscheidungen zu fordern.

Keine Verlängerung des Wehr- und Zivildienstes (IA 2)

Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages fordern den Bundesvorstand auf, sich massiv gegen das neue Gesetz der Bundesregierung auszusprechen und die Rücknahme der Verlängerung des Wehr- und Zivildienstes zu fordern.

Situation im Baugewerbe und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Arbeitsmarktsituation im Baugewerbe (E7)

Die Landesvorstände sowie der Bundesvorstand werden aufgefordert, sich mit dem DGB zusammen bei der Bundesregierung und den Landesregierungen dafür einzusetzen, daß ein Arbeitsbeschaffungs- und Investitionsprogramm verabschiedet wird. Die Arbeitsmarktsituation in der Bauwirtschaft hat ihren Tiefpunkt erreicht. Steigende Arbeitslosenzahlen sowie eine ansteigende Anzahl von Insolvenzen dokumentieren dies sehr deutlich.

Von daher ist es dringend geboten, daß in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen durch Investitionsprogramme Arbeitsplätze geschaffen werden.

1. Nach wie vor ist es feststellbar, daß Hunderttausende von Wohnungen kein menschenwürdiges Wohnen nach den heutigen Gesichtspunkten ermöglichen. Von daher müßte die Wohnraumqualität dringend durch Altbausanierungsmaßnahmen verbessert werden.

2. Bund und Länder bleiben aufgefordert, sich nicht aus der Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau zu stellen. Bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit sind heute mehr Menschen denn je in der Bundesrepublik Deutschland auf billigen Wohnraum angewiesen. Von daher muß der soziale Wohnungsbau ausgedehnt und nicht, wie von der Bundesregierung geplant, eingeschränkt werden.

3. Durch ein Investitionsprogramm Bauen und Umwelt könnten in einem volkswirtschaftlich sinnvollen Bereich langfristig Hunderttausende von Arbeitsplätze gesichert werden.

Die steigenden Umweltbelastungen von Luft, Wasser und Boden sowie die zunehmende Lärmbelastung erfordern dringend Gegenmaßnahmen:

a) Um die Luftverschmutzung abzumildern, ist es dringend geboten, daß die Industrie die entsprechenden Entschwefelungs- und Filterungsanlagen baut. Auch muß zügig die Einführung des Katalysators an Autos vorangetrieben werden.

b) Die Wasserverschmutzung hat immense Ausmaße angenommen. Die entsprechenden Kläranlagen könnten hierbei relativ schnell Abhilfe leisten. Durch ein breites Netz von Kläranlagen könnte gewährleistet werden, daß weder industrielle Abwässer noch Abwässer von Gemeinden zukünftig ungereinigt in die Flüsse und Bäche abgelassen werden. Die Abwässerverordnung hat hierbei bereits positive Auswirkungen aufgezeigt. Es ist aber erforderlich, daß die Abgabenhöhe sich am Maße der Verunreinigung der Abwässer orientiert, damit es uninteressant wird, sich aus der Verantwortung freizukaufen.

c) Durch Lärmbelastung kommt es heute zu einer Reihe von Zivilisationskrankheiten, die im Gesundheitsbereich nicht absehbare Folgekosten mit sich ziehen. Um die Lärmbelastung weiter herabzumildern, müssen lärmverringende Maßnahmen ergriffen werden. Durch technische Fortentwicklung an den lärmzeugenden Objekten muß versucht werden, dort direkt eine Herabsetzung zu erreichen. Darüber hinaus muß der Bau von Schallschutzwänden, das Einsetzen von Schutz- und Isolierverglasung, sowie der Bau von Umgehungsstraßen weiter vorangetrieben werden, damit die Lärmbelastung, die heute durch den Kfz-Verkehr in Wohngebieten entsteht, abgemindert wird und auch die Wohnqualität verbessert wird.

d) Fernwärmeheizsysteme sowie die Kraft-Wärme-Kopplung müssen ausgebaut werden, damit unsere knapp vorhandenen Energiereserven auch für die nachfolgenden Generationen vorhanden sind.

e) Durch Wärmedämmungsmaßnahmen könnte die bisher aufgewendete Energie sparsamer eingesetzt werden.

f) Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs muß weiter vorangetrieben werden, um gegenüber dem Individualverkehr ökologisch und ökonomisch eine sinnvolle Alternative zu sein.

Bau von Luftschutzbunkern (E 4)

Der Gewerkschaftstag ist besorgt über die Absicht der Bundesregierung, zukünftig mit Hilfe von sogenanntem Schutzraumbau (Luftschutzbunker) die Baukonjunktur zu beleben. Wir halten diesen Weg für gefährlich und falsch.

1. Im Kriegsfall gibt es keinen Schutz der Zivilbevölkerung. Auf Ziele der Bundesrepublik gerichtete Mittelstreckenraketen haben eine Flugzeit von weniger als 5 Minuten. Mögliche Vorwarnzeiten sind so kurz, daß nur wenige Menschen überhaupt Schutzräume aufsuchen können. Mögliche Überlebende nach einem Angriff mit den modernen Vernichtungssystemen treffen eine auf Jahre hinaus verseuchte Umwelt an. Die Überlebenden werden die Toten beneiden. Schutzraumbau ist Verharmlosung der wirklichen Gefahren.

2. Schutzraumbau verteuert die Baukosten und fördert nicht, sondern erschwert die Bautätigkeit. Private Investoren werden – wenn sie den Schutzraum selbst finanzieren müssen – geradezu daran gehindert, Baumaßnahmen zu treffen.

3. Schutzraumbau aus öffentlichen Mitteln finanziert, vermindert oder verhindert öffentliche Investitionen im Bereich des Umweltschutzes. Jede Mark, die im Schutzraumbau eingesetzt wird, fehlt beim Umweltschutz.

4. Die IG Bau-Steine-Erden ist rechtlich und organisatorisch nicht in der Lage, zur Verweigerung von Schutzraumbau aufzurufen. Sie fühlt sich aber verpflichtet, alle Beteiligten davor zu warnen, im Schutzraumbau eine Möglichkeit zu sehen, zur Sicherheit der Bürger beizutragen. Bei kriegerischen Auseinandersetzungen ist die Gefahr besonders für die Zivilbevölkerung der Bundesrepublik so groß, daß jede Verharmlosung dieser Gefahr schlimme Folgen haben kann. Wir wollen bauen für eine bessere, für eine saubere, für eine lebenswertere Umwelt, wir wollen nicht bauen für einen möglichen Krieg.

Handlungskonzept „Neue Technologien“ (A 64)

Der Bundesvorstand der IG Bau-Steine-Erden wird aufgefordert, unter Einbeziehung von betroffenen Betriebsräten und engagierten Gewerkschaftern aus den Betrieben unverzüglich ein Handlungskonzept „Neue Technologien“ für die nächsten Jahre zu entwickeln.

1. Das Konzept soll von folgenden Tatsachen ausgehen:

– Die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien ist kein naturwüchsiger Prozeß, sondern das Ergebnis von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entscheidungen.

– Der heutige Einsatz der Mikroelektronik ist allein durch das Interesse der Unternehmer bestimmt und berücksichtigt in keiner Weise die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeitnehmer.

– Nicht alles, was technisch möglich ist, ist auch gesellschaftlich sinnvoll.

2. Das Konzept muß informieren über:

– die Gefährlichkeit der neuen Technologien für alle Beschäftigten, ihre Gewerkschaft und die gesamte Gesellschaft;

– die sozialen und politischen Folgen am Arbeitsplatz und im Privatbereich.

3. Das Konzept muß die Position der Gewerkschaft darstellen und einen konkreten Maßnahmenkatalog enthalten, der die Handlungsperspektiven und -möglichkeiten im politischen Bereich, in der Tarifpolitik und in der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit aufzeigt.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (A 33 und A 34)

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich mit Nachdruck beim Gesetzgeber dafür einzusetzen, daß Maßnahmen gegen die zuneh-

mende Zahl von Arbeitslosen sowie die negativen Auswirkungen des technologischen Wandels zu Lasten der Arbeitnehmer ergriffen werden.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verhinderung der Vernichtung von Arbeitsplätzen sind u. a. folgende Maßnahmen geeignet:

1. Verkürzung der Arbeitszeit (Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit).

2. Einrichtung von Investitionsmeldestellen mit dem Ziel, daß die Auswirkungen der Rationalisierung und des technischen Wandels nicht länger zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

3. Abschaffung von Steuerbegünstigungen und Subventionen, die geeignet sind, Arbeitsplätze wegzurationalisieren.

Der Bundesvorstand fordert die Bundesregierung auf, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und dazu u. a. folgende Maßnahmen zu ergreifen:

– eine wirksame Einkommensverteilung von oben nach unten vorzunehmen sowie mit einer gerechten Lohn- und Einkommenssteuer die Massenkaukraft zu stärken;

– den Steueranteil der Länder und Kommunen zu erhöhen;

– Schaffung einer Ausbildungsplatzabgabe für alle Unternehmen, um damit die Ausbildungsplätze bei den ausbildenden Betrieben zu finanzieren, aber auch überbetriebliche Ausbildungsstätten zu betreiben;

– durch Änderung der Arbeitszeitordnung von 1938 die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden herabzusetzen;

– weitere Verkürzungen der Arbeitszeit im Rahmen der Lebens-, Jahres- oder Wochenarbeitszeit zu empfehlen;

– den Verteidigungshaushalt einzuschränken, um die so eingesparten Gelder für arbeitsbeschaffende Maßnahmen im Umweltschutz für Entschwefelungsanlagen, Kläranlagen und für umweltfreundliche Energie (Wind und Wasser), Aufforstung der Wälder usw. einzusetzen.

Tarifpolitik

Tarifrunde 1985 (E 1)

Mit großer Empörung nehmen die Arbeitnehmer des Baugewerbes das Verhalten der Bau-Arbeitgeber und den Schiedsspruch zur diesjährigen Tarifrunde zur Kenntnis. Seitens des Bundesvorstandes sind sofort alle Möglichkeiten unserer Organisation zur Mobilisierung der Mitglieder zu ergreifen. Zielvorstellungen und Strategien sind zu erarbeiten und in den Gliederungen der IG Bau-Steine-Erden als zwingende Vorgaben umzusetzen. Alle Gewerkschafter müssen sich auf ihre Kraft besinnen und eine gemeinsame Strategie entwickeln, die uns in Geschlossenheit aus dem Sog der Ohnmacht herausführt.

Die Haltung der Arbeitgeber zeigt allen Arbeitnehmern, daß

– das Gerede von der „SOZIALPARTNERSCHAFT“ nur als Opium für die hart arbeitenden Bauarbeiter zu verstehen ist,

– der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ der Arbeitgeberverbände ungebrochen fortbesteht,

– der Arbeitgeber jede Gelegenheit nutzt, um die Solidarität der Arbeitnehmer auszuhöhlen,

– die Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeitnehmer kampfunfähig gemacht werden sollen.

Dieses Verhalten der Bau-Arbeitgeber wird von der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien begünstigt. Gegen diese unheilvolle Allianz müssen wir uns wehren.

....Noch nie sind seit der Wiedergründung freier Gewerkschaften in der Bundesrepublik diese so stark gefordert worden wie gerade in der jetzigen Zeit. Daher müssen sie sich auf ihre eigene Kraft und ihre ureigensten Werte besinnen....

....Voraussetzung für den erfolgreichen Ablauf einer Tarifrunde aus der organisatorischen Sicht ist eine Gesamtstrategie. Grundsätzlich beginnt die Vorbereitung der nächsten Tarifrunde bereits nach dem Abschluß eines Tarifvertrages. Eine richtig angelegte Tarifrunde ist die wesentliche Voraussetzung für die Stärkung unserer Organisation....

(Konrad Carl in seinem Grundsatzreferat vor dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag)

Das Ergebnis der Tarifrunde 1985 unterstreicht dramatisch die Richtigkeit dieser Feststellungen.

Konzept zur Tarifpolitik (A 217)

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, ein Konzept für eine Tarifpolitik zu entwickeln, die die Mitglieder verstärkt einbezieht. Das Konzept hat zwei Bereiche der Tarifpolitik wesentlich zu berücksichtigen:

– Aufstellung der Forderung. Die Begleitung der Tarifverhandlungen/-auseinandersetzungen durch die Mitgliedschaft;

– Umsetzung der Tarifverträge in den Betrieben.

Dieses Konzept ist unverzüglich zu erstellen und den Mitgliedern zur Diskussion zu stellen.

Tarifverträge über eine Zusatzversorgung (A 334)

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, unverzüglich mit den Arbeitgeberverbänden Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, in allen Tarifbereichen eine Zusatzversorgung zur gesetzlichen Rentenversicherung abzuschließen.

Sozialkassen der Bauwirtschaft (A 335)

Der Bundesvorstand der IG Bau-Steine-Erden hat dafür zu sorgen, daß die bestehenden Sozialkassen erhalten bleiben und zugunsten der Betroffenen weiter ausgebaut werden. Jeglicher Abbau und die Rückverlagerung von Leistungen der Sozialkassen in die Betriebe sind abzulehnen und nötigenfalls durch geeignete Maßnahmen zu verhindern.

Tarifvertrag „Neue Technologien“ (A 352)

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, für die Beschäftigten unseres Organisationsbereiches einen Tarifvorschlag für die Arbeit mit den neuen Medien der Informationsverarbeitung und der Telekommunikation unter Einbeziehung des Bundes-Angestelltenausschusses und der Landes-Angestelltenausschüsse auszuarbeiten und mit den Arbeitgeberverbänden in Verhandlungen darüber einzutreten.

In den Tarifvorschlag müssen mindestens folgende Punkte aufgenommen werden:

– Regelungen zum Schutz vor Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen wie Kündigungsschutz und Verdienstabsicherung;

– Regelungen zur Erhaltung bzw. Verbesserung der beruflichen Qualifikation bei Einführung der neuen Medien, wie z. B. tarifvertraglich festgelegte und bezahlte Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, die durch einen überbetrieblichen Fonds finanziert werden;

– Regelungen im Bereich des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit wie

– Einrichtung von Mischarbeitsplätzen;

– zeitliche Begrenzung der Bildschirmarbeit bei Mischarbeitsplätzen;

– Verbot, schwangere Frauen am Bildschirm einzusetzen;

– bezahlte Erholungspausen;

– regelmäßige arbeitsmedizinische Untersuchungen;

– Vereinbarungen über die Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Einführung, Entwicklung und Forschung neuer Technologien im Betrieb;

– Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte bei Verhaltens- und Leistungskontrollen durch Einschränkung der Anwendung und des Ausbaus von Personalinformationssystemen und bei der Kontrolle des Datenschutzes.

Konzept zur Wochenarbeitszeitverkürzung (A 239)

Bei allen anstehenden Verhandlungen über Rahmentarifverträge im Organisationsbereich der IG Bau-Steine-Erden ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zur zentralen Forderung zu erheben. Gleichzeitig wird der Bundesvorstand aufgefordert, umgehend nach Beendigung des Gewerkschaftstages 1985 ein Konzept zu entwickeln und in der Mitgliedschaft zur Diskussion zu stellen.

Dieses Konzept muß u. a. beinhalten:

– die gesellschaftliche Bedeutung der Verkürzung der Wochenarbeitszeit als Instrument der Gewerkschaften zum Abbau der Arbeitslosigkeit,

– Formen der Wochenarbeitszeitverkürzung,

– Umsetzungsstrategien.

Dieses Konzept ist im Rahmen von Bildungsmaßnahmen auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene vorzustellen und zu diskutieren, um die Mitglieder auf die kommenden tarifpolitischen Auseinandersetzungen vorzubereiten.

Arbeitszeitverkürzung (A 250)

Der Bundesvorstand muß weiterhin alle Möglichkeiten wie Verkürzung der Lebensarbeitszeit, Urlaubsverlängerung, Bildungsurlaub usw. vorantreiben.

Qualitative Tarifpolitik – Freizeit statt Erschwerniszuschläge (A 253)

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich im Rahmen der tarifpolitischen Zielsetzungen für den auch im Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB geforderten Abschluß von qualitativen Tarifregelungen einzusetzen.

Hierzu zählen insbesondere:

– bezahlte Schichtfreizeiten für Schicht- und Nachtarbeiter,

– bezahlte Kurzpausen zur Erholung von erhöhten Belastungen durch Tempodruck, durch Umgebungseinflüsse am Arbeitsplatz, dazu gehören u. a. taktgebundene, monotone, lärmintensive Tätigkeiten sowie Tätigkeiten unter extremen klimatischen Bedingungen und Tätigkeiten an Datensichtgeräten,

– verstärkte Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte über Tarifverträge bei der Gestaltung und Einführung neuer Arbeitsorganisationen und Maschinen sowie bei der personellen Besetzung,

– Abbau von Überstunden bzw. deren Vergütung aus gesundheits-, arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Gründen künftig im Freizeitausgleich vorzunehmen.

Jahresurlaub (A 280)

Der Bundesvorstand und die Tarifkommission werden beauftragt, für alle Beschäftigten in der Bauwirtschaft einen Jahresurlaub von 30 Arbeitstagen durchzusetzen. Dabei ist sicherzustellen, daß der Urlaub ganzjährig disponierbar ist.

13. Monatseinkommen (A 290)

Der Bundesvorstand und die Landesvorstände werden beauftragt, im Zusammenwirken mit ihren Tarifkommissionen dafür Sorge zu tragen, daß in künftigen Tarifverhandlungen ein volles 13. Monatseinkommen für alle Beschäftigten in allen Wirtschaftsbereichen durchgesetzt wird.

Vorruhestand (A 310)

Der Bundesvorstand wird beauftragt, alle Möglichkeiten wahrzunehmen, daß auch in den übrigen Wirtschaftszweigen der Bauwirtschaft Vorruhestandsregelungen getroffen werden.

Beschlüsse des GGLF-Gewerkschaftstages

Vom 22. bis 26. September 1985 fand in Westberlin der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) statt. Der Gewerkschaftstag faßte nach lebhafter Diskussion eine Anzahl von Beschlüssen, die von einer regen gesellschaftspolitischen Anteilnahme der GGLF-Mitglieder zeugen.

Für eine lebenswerte Umwelt (U1)

1. Die Erhaltung und die Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt bleiben für die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) vorrangige gewerkschaftspolitische Aufgabenfelder. Die GGLF wird weiterhin alles unternehmen, um ihren Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

2. Die GGLF begrüßt und unterstützt nachdrücklich das Programm des DGB-Bundesvorstandes „Umweltschutz und qualitatives Wachstum“. Dieses Programm hat die umweltpolitische Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland eindrucksvoll unter Beweis gestellt und vor allem deutlich werden lassen, daß es zwischen einem wirksamen Umweltschutz einerseits und der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit andererseits keinen Widerspruch geben muß.

3. Die GGLF bekennt sich zur unumstößlichen Gültigkeit des Vorsorge- und des Verursacherprinzips und tritt nur in Ausnahmefällen auch für die Anwendung des Gemeinlastprinzips ein. Sie fordert von den staatlichen Stellen, bei allen umweltpolitischen Maßnahmen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit konsequent zu beachten.

4. Eine umweltverträglichere Wirtschaftsweise ist nur durch eine weitestgehende Schonung vorhandener Ressourcen zu erreichen; dazu müssen die erforderlichen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine gezielte Steuer-, Abgabe- und Förderungspolitik, Auflagen und Ge- wie Verbote sind dafür das geeignete Instrumentarium. Darüber hinaus ist die Beweislast umzukehren. Wer die Umwelt belastet, muß nachweisen, daß dadurch keine Schäden entstehen!

5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Konzept zum Schutz von Boden, Wasser und Luft vor schädlichen Immissionen vorzulegen und alle Anstrengungen zu unternehmen, diese national und international durchzusetzen. Viele Umweltprobleme sind nationalstaatlich nicht mehr zu lösen.

6. Für die meisten GGLF-Mitglieder ist die natürliche Umwelt vor allem auch Arbeitsplatz. Daher wehrt sich die GGLF insbesondere

mit großem Nachdruck gegen umwelt- und damit arbeitsplatzzerstörende Einwirkungen von „außen“. Zugleich verkennt sie nicht, daß auch aus den von ihr betreuten Wirtschaftsbereichen umweltschädliche Einflüsse ausgehen. Insoweit tragen alle GGLF-Mitglieder eine besondere umweltpolitische Verantwortung. Ihnen müssen von Arbeitgeberseite die Voraussetzungen für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt geschaffen werden. Im Rahmen der bereits heute bestehenden Möglichkeiten kann darüber hinaus jeder Arbeitnehmer im „grünen Bereich“ wirksame Beiträge zum Umwelt- und Naturschutz selbst leisten.

7. Die Delegierten des 13. ordentlichen GGLF-Gewerkschaftstages appellieren an jedes Mitglied, mit der Natur und insofern mit seinem Arbeitsplatz verantwortlich und schonend umzugehen und alle bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten auszuschöpfen, um umweltverträgliche Produktionsverfahren und Produkte durchzusetzen. Sie fordern die zuständigen Tarifkommissionen auf, die umweltbedeutsamen Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer zu stärken und zu erweitern.

8. Die Arbeitgeber des „grünen Bereichs“ bleiben aufgefordert, sich ihrer umweltpolitischen Verantwortung nicht zu entziehen und die GGLF in ihrem Bemühen um eine lebenswerte Umwelt im Interesse der gesamten Gesellschaft zu unterstützen.

Das tarifpolitische Schwerpunktprogramm der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (T 1)

Der 6. ordentliche Gewerkschaftstag der GGLF in Trier 1962 hatte ein 5-Punkte-Programm zur Tarifpolitik verabschiedet. Viele dieser Forderungen konnten bisher durchgesetzt werden. In dieser Tradition verabschieden die Delegierten des 13. ordentlichen GGLF-Gewerkschaftstages in Berlin 1985 das nachstehende tarifpolitische Schwerpunktprogramm für die kommenden Jahre. Dabei handelt es sich um Schwerpunkte, die für alle Tarifbereiche im Gartenbau und in der Land- und Forstwirtschaft Gültigkeit besitzen; Besonderheiten in den einzelnen Tarifbereichen wird in diesem Programm nicht Rechnung getragen.

Lohnpolitik

Die GGLF wird auch weiterhin Löhne und Ausbildungs- sowie Praktikantenvergütungen anstreben, die die effektiven Einkommens-Disparitäten gegenüber den Arbeitnehmern in der gewerblichen Wirtschaft deutlich verringern. In den Tarifverträgen, in denen noch Leichtlohngruppen oder andere Formen der Diskriminierung vorzufinden sind, ist umgehend eine Veränderung der entsprechenden Vorschriften durchzusetzen. Die GGLF strebt für alle Tarifbereiche ein volles 13. Monatsentgelt an.

Lohnformen

Die GGLF bekräftigt ihre Grundauffassung, daß nur ein angemessener Zeitlohn den Arbeits- und Lebensinteressen der Arbeitnehmer dient; in den Tarifbereichen, in denen noch Akkordlohn- bzw. Leistungslohnsysteme bestehen, wird ein schrittweiser Übergang zu einem reinen Zeitlohn angestrebt.

Arbeitszeit

Entsprechend dem Beschluß des Hauptvorstandes vom 26. Januar 1984 betrachtet die GGLF die 35-Stunden-Woche als vorrangiges tarifpolitisches Ziel; sie wird es mit Nachdruck vertreten. Darüber hinaus zielt die GGLF auf den Abbau aller die Arbeitszeit betreffenden Sonderregelungen in den bestehenden Tarifverträgen ab. Dazu gehören insbesondere bestehende Arbeitszeitfächer, Bereitschaftsdienstvorschriften, Vor- und Nacharbeitsregelungen, die Nichtberücksichtigung von Wegezeiten oder witterungsbedingten Ausfallzeiten.

Die GGLF ist auch bereit, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit für ihre Mitglieder tarifpolitisch zu unterstützen, wenn damit nicht eine erhebliche Einkommensminderung für die betreffenden Kolleginnen und Kollegen verbunden ist.

Dem Abbau von Mehrarbeit wird die GGLF besondere Aufmerksamkeit schenken; sie verweist in diesem Zusammenhang auf die weitgehend uneingeschränkte Anordnungsbefugnis der Arbeitgeber im vorwiegend kleinbetrieblich strukturierten „grünen Bereich“ und fordert daher besondere Mitbestimmungsrechte.

Urlaub

Die Jahresarbeitszeit muß durch die Verwirklichung eines sechswöchigen Erholungsurlaubes für jeden Arbeitnehmer weiter verkürzt werden; das Urlaubsgeld muß wenigstens die Höhe eines halben Monatsentgelts erreichen.

Bildungsurlaub

Die Anforderungen an Qualifikation und Verantwortung an die Arbeit im „grünen Bereich“ steigen ständig. Aus diesen und aus gesellschaftspolitischen Gründen ist in allen Tarifbereichen der GGLF ein bezahlter Bildungsurlaub zu vereinbaren.

Aus-, Fort- und Weiterbildung

Die tarifvertraglich vereinbarte, überbetriebliche Ausbildungsförderung (1977) im Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau hat sich bewährt. Vergleichbare Einrichtungen sind auch für die übrigen Tarifbereiche zu schaffen. Für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind Arbeitsplatz- und Einkommensabsicherungsvereinbarungen zu treffen.

Neue Technologien und Arbeitsverfahren

Bei der Einführung neuer Technologien und Arbeitsverfahren müssen die Organe der Betriebsverfassung und des Personalvertretungsrechts bzw. dort, wo sie nicht bestehen, die unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen und ihre Gewerkschaft erweiterte Mitbestimmungsrechte erhalten.

Umweltschutz

Der besonderen Bedeutung der Umweltpolitik für die Gewerkschaft GGLF muß auch ihre Tarifpolitik Rechnung tragen; so sind insbesondere erweiterte Informationsrechte für die Arbeitnehmer/innen zu vereinbaren. Darüber hinaus müssen dem Arbeitnehmer/den Arbeitnehmerinnen umfassende Rechte zur umweltfreundlichen Gestaltung des Arbeitsplatzes geschaffen werden, das heißt insbesondere, daß Arbeitnehmer/innen nicht gezwungen werden können, mit umweltschädlichen Produktionsmitteln umweltschädliche Tätigkeiten zu verrichten.

Ältere Arbeitnehmer/innen

Für die älteren Kolleginnen und Kollegen sind besondere Arbeitsplatz- und Einkommenssicherungstarifverträge zu vereinbaren.

Zusatzversorgung

In den Tarifbereichen, in denen noch keine Zusatzversorgung durchgesetzt werden konnte, ist sie einzuführen. Die bestehenden tarifvertraglichen Zusatzversorgungstarifverträge müssen gesichert und weiter ausgebaut werden.

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

Für alle Tarifbereiche fordert die GGLF den Abschluß von Tarifverträgen über vermögenswirksame Leistungen. Sie weist darauf hin, daß insbesondere Arbeitnehmer mit niedrigeren Einkommen alle gewährten Vorteile kaum auszuschöpfen in der Lage sind, und deshalb müssen überbetriebliche Formen der Vermögensbildung entwickelt und geschaffen werden.

Schlichtung

Zum Tarifvertragswesen gehören Schlichtungsvereinbarungen; sie sind praxisnah zu gestalten und dort einzuführen, wo sie noch nicht vereinbart werden konnten.

A P P E L L Statt Weltraumwaffen – Arbeitsplätze schaffen!

Am 5. Oktober fand in Köln ein Arbeiterkongreß der DKP gegen Sozialabbau und Armut statt (Bericht s. S. 30). Die Teilnehmer beschlossen einen Appell, den wir nachfolgend geringfügig gekürzt dokumentieren.

Wir Teilnehmer des DKP-Arbeiterkongresses gegen Sozialabbau und Armut wenden uns an alle Betroffenen, an Parteien und Gewerkschaften, an Sozialverbände und Initiativgruppen: Laßt uns ge-

meinsam handeln! Gegen die Bedrohung unseres Lebens und unserer Lebensbedingungen. Mit aller Kraft für die Sicherung von Frieden und Arbeit.

Die bedenkenlosen USA-Pläne zur Weltraumrüstung vervielfachen die Kriegsgefahr. Sie bedrohen alles Leben auf unserem Planeten. Sie treiben die Rüstungslasten ins Unermeßliche. Sie verschlingen Milliarden Steuergelder. Sie vergeuden Forschungskapazitäten, die für den Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und soziales Elend in der Welt bitter nötig sind.

Der Kampf gegen die Pläne der USA zur Militarisation des Weltraums, für die Beendigung des Wettrüstens und für Abrüstung auf der ganzen Welt ist daher oberstes Gebot. Er ist die Grundlage jeden aktiven Widerstands gegen Sozialabbau und für die Verteidigung und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Über 200 Milliarden DM hat die sozial-reaktionäre Bonner Politik den Arbeitern und Angestellten, den Arbeitslosen, Jugendlichen, Rentnern, Behinderten, den kinderreichen Familien allein seit 1982 an Lasten und Einschränkungen aufgebürdet. Dabei ist die Bundesrepublik eines der reichsten Länder der Erde. Millionen werden in die Armut getrieben. Aber die Unternehmer erzielen Rekordgewinne. Die Rüstungsausgaben steigen auf schwindende Höhen.

Mit dem brutalen Abbau von sozialen Grundrechten und -leistungen tritt die Regierung das Sozialstaatsgebot mit Füßen. Mit Massenarbeitslosigkeit und millionenfacher Armut sollen Löhne und Lohnkosten weiter gesenkt, sollen die Profitbedingungen der Multimillionäre noch mehr verbessert werden. Mit Massenarbeitslosigkeit und millionenfacher Armut soll der von der Arbeiterbewegung in Jahrzehnten erkämpfte Grundsatz der solidarischen Sicherung durch das kapitalistische Egoismusprinzip „Jeder ist sich selbst der Nächste“ ersetzt werden. Das Ziel ist die Ellbogengesellschaft nach dem Vorbild der USA, in der selbst das soziale Elend noch zur Ware, zu einem Geschäft für Versicherungskonzerne und Kreditinstitute wird.

Mit Angriffen auf das Streikrecht, auf die Mitbestimmung, auf verbrieft Schutzrechte soll jede aktive, organisierte Gegenwehr ausgeschaltet werden. Hochrüstung, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Angriffe auf demokratische Grundrechte sind die Schandmale der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ein Ergebnis der zutiefst reaktionären, lebensbedrohenden Bonner Wendepolitik. Jeder ist betroffen. Keiner kann für sich allein aus diesem Teufelskreis ausbrechen. Sonntagsreden, Versprechungen der Bonner Wendepolitiker, leichte Besserung der Konjunkturlage bringen keine bessere Sozialpolitik. Aber die Regierung ist druckempfindlich. Aktionen der Bevölkerung können Änderungen erzwingen.

Eine entscheidende Ursache des Sozialabbaus sind die hohen Rüstungslasten. Deshalb muß hier gestoppt und gekürzt werden. Armut ist die Folge der Massenarbeitslosigkeit. Deshalb ist ein Beschäftigungsprogramm zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze Gebot der Stunde. Laßt uns mehr Druck machen, unsere Aktionen verstärken, unsere gemeinsamen Anstrengungen für die gemeinsamen Ziele vervielfachen!

Statt Weltraumwaffen – Arbeitsplätze schaffen!

Her mit einem Beschäftigungsprogramm!

Schluß mit dem Sozialabbau!

Hände weg von Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten!

Gegen alle neofaschistischen Aktivitäten! ...

NACHRICHTEN-Leser
werben **NACHRICHTEN-Leser**
Heiße Preise winken!

Betriebsrats- und Personalratsvorsitzende an den Genfer Gipfel

Unter der Überschrift „Die arbeitende Bevölkerung hofft auf Impulse für eine neue Phase von Entspannungspolitik“ richteten Betriebs- und Personalratsvorsitzende aus dem Ruhrgebiet Anfang Oktober einen Appell an den Genfer Gipfel, in dem es u. a. heißt:

„Die Welt treibt auf den Abgrund einer nuklearen Katastrophe zu. Im November kommen die Repräsentanten der USA und der UdSSR in Genf zusammen. Die Menschheit knüpft große Erwartungen an dieses Gipfeltreffen. In dieser bedrohlichen Situation für unser Volk appellieren wir Betriebsräte, Personalräte und Gewerkschaftsvertreter des Ruhrgebiets an US-Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow, alles zu tun, um mit diesem Gipfeltreffen einen Schritt zum Abbau der Konfrontation zu beginnen. Als Repräsentanten der arbeitenden Bevölkerung des Ruhrgebietes, das einmal Waffenschmiede des Deutschen Reiches war, erwarten wir von diesem Genfer Gipfel zunächst eine Vereinbarung, die die Militarisation des Weltraums verhindert. Die arbeitende Bevölkerung hofft auf Impulse für eine neue Phase von Entspannungspolitik.“

Jetzt ist es höchste Zeit, der weltweiten Vergeudung materieller Mittel durch die Produktion neuer Waffensysteme Einhalt zu gebieten. Wir sind davon überzeugt: Damit stünden Milliardensummen zur Verfügung, mit deren Hilfe die Arbeitslosigkeit und der Sozialabbau weltweit gestoppt und überwunden werden könnten. Deswegen unterstützen wir die Kritik prominenter Naturwissenschaftler und des DGB-Bundesvorstandes an den SDI-Plänen. Auch wir fordern von der Bundesregierung,

- sich nicht an der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen,
- sich dafür einzusetzen, daß bestehende Rüstungskontrollverträge eingehalten werden,
- ihren internationalen Einfluß geltend zu machen, damit die bewaffnete Nutzung des Weltraums durch vertragliche Regelungen verhindert wird ...“

Zu den Initiatoren und Unterzeichnern des Appells gehören:

Gerd Geese, Personalratsvorsitzender der Stadtverwaltung Dortmund; Udo Stunz, Sprecher der Vertrauenskörperleitung der Stadtverwaltung Dortmund; Kurt Schrade, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Hoesch Stahl AG, Dortmund; Werner Nass, Betriebsratsvorsitzender, Hoesch Stahl AG Phoenix; Horst Hepp, Hoesch Stahl Union; Erich Kleinhaus, Betriebsratsvorsitzender, Thyssen Stahl AG, Duisburg-Süd Hüttenheim; Rolf Bäcker, Betriebsratsvorsitzender Thyssen Henrichshütte, Hattingen; Karl-Heinz Stommel, Betriebsratsvorsitzender, Mannesmann-Röhrenwerke, Duisburg-Huckingen; Heinz Lukrawka, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Gießerei Meiderich; Hans Sturm, Betriebsratsvorsitzender, Thyssen Niederrhein, Duisburg-Süd; Günter Perschke, Betriebsratsvorsitzender, Adam Opel AG, Bochum; Bruno Willoweit, Betriebsratsvorsitzender, Bergwerk Osterfeld Oberhausen; Norbert Weidlich, Betriebsratsvorsitzender, Hertie, Castrop-Rauxel.

GTB-Frauenkonferenz mit hohem Anspruch

Die 9. zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB), die vom 10. bis 12. Oktober in Duisburg stattfand, hatte die Lösung: „Wir wollen Arbeit – Chancengleichheit – Gleichberechtigung und Frieden.“ Ein anspruchsvolles Motto: ließen doch Reden, Diskussionsbeiträge und Anträge erkennen, wie schwer dieser Anspruch durchgesetzt werden kann. Aber die 130 Delegierten zeigten sich bereit, für diese Ziele einzutreten. Dabei sind sie optimistisch. Eine Modenschau durch die Jahrhunderte untermauerte diesen Optimismus.

In der Gewerkschaft Textil-Bekleidung stellen die Frauen die Mehrheit. Von 260.000 Mitgliedern sind 150.000 Frauen. Sie stellen in den Betrieben 56,3 Prozent aller Betriebsratsmitglieder und 56,1 Prozent aller Betriebsratsvorsitzenden. Frauenarbeit und -politik haben also für diese Gewerkschaft einen besonders hohen Stellenwert.

Die Frauenkonferenz der GTB lag unmittelbar vor der DGB-Aktionswoche. Die Gewerkschaften hätten allen Grund, mit allen Kräften zur sozial- und wirtschaftspolitischen Offensive anzutreten, erklärte dazu der GTB-Vorsitzende Berthold Keller in seinem Referat zu Beginn der Konferenz. Keller sprach sich einerseits für einen „Pakt der Vernunft“ zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften aus, um die anstehenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Gleichzeitig meinte er im Rückblick auf das Dreiergespräch vom 5. September, die Gewerkschaften hätten danach keinen Grund, von der Aktionswoche abzugehen. „Die Regierung soll zu einer wesentlichen Änderung ihrer Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik veranlaßt werden.“

Gerda Linde, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der GTB, prangerte die besondere Benachteiligung der Frauen an, ihre Rolle als industrielle Reservearmee, die ihnen Unternehmer und Bonner Regierung zudiktieren wollen. Als Alternativen zur herrschenden Politik nannte sie vor allem Beschäftigungsprogramme, Arbeitszeitverkürzung, Ausbau der Mitbestimmung, besonders bei der Einführung neuer Technologien. Zur Finanzierung der Beschäftigungsprogramme forderte sie die Senkung der Rüstungsausgaben. Gerda Linde sagte: „Wir brauchen einen sofortigen Stopp der atomaren Aufrüstung und Einfrieren und Senken der Rüstungsausgaben, um mehr Sozialstaat und um Beschäftigungsprogramme zu finanzieren.“ Die Gewerkschaften ständen heute in einer Situation, „in der wir nur noch mit breit angelegten, konzentrierten Aktionen und massivem Widerstand aller Gewerkschaften Einfluß auf die Regierungspolitik nehmen können“.

Irmgard Blättel, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, erinnerte

in ihrer Rede an die Traditionen gewerkschaftlicher Frauenarbeit, in der gerade auch Textilarbeiterinnen eine besondere Rolle gespielt haben. „Wir alle sind die Nachfolgerinnen dieser Frauen, die vor 1933 und auch während der Nazizeit von 1933 bis 1945 als Gewerkschafterinnen mutig für die Verbesserung der Situation der Arbeitnehmerinnen und auch der Arbeitnehmer in jeder Hinsicht eintraten. Wir können dies tun auf der besseren Grundlage der Einheitsgewerkschaft, die uns alle durch den nach dem letzten Krieg erfolgten Zusammenschluß der früheren weltanschaulich/parteipolitisch ausgerichteten gewerkschaftlichen Organisationen stärker machte. Auch uns Gewerkschafterinnen.“

Ein besonderer Höhepunkt war am zweiten Konferenztag der Auftritt von Professorin Heide Pfarr, Vizepräsidentin der Universität Hamburg. In ihrem Referat „Frauen – Beschäftigte zweiter Klasse?“ setzte sie sich vor allem mit dem neuen Beschäftigungsförderungsgesetz auseinander, das am 1. Mai in Kraft getreten ist. Heide Pfarr ordnete das Gesetz und die mit ihm beabsichtigten Folgen für die Frauen der historisch schon mehrfach erlebten Politik zu, bei Krisen mit ganzem oder teilweise Herausdrängen der Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu reagieren.

Im Namen ihrer Kolleginnen beschlossen die Delegierten der Frauenkonferenz einen Forderungskatalog. In ihm verlangen sie unter anderem Arbeitsplätze statt Arbeitslosigkeit, Chancengleichheit und Aufstiegschancen, Erhaltung der Gesundheit statt Abbau des Frauenarbeitsschutzes, Reallohnsicherung für alle statt Lohnabbau sowie Mutterschaftsurlaub und Elternurlaub. Zahlreiche Beschlüsse der Konferenz wenden sich gegen die Bestimmungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes. Die Gewerkschaften müßten alles unternehmen, dieses Gesetz wieder außer Kraft zu setzen. Als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit forderten die Delegierten Beschäftigungsprogramme ebenso wie die 35-Stunden-Woche, nachdem die GTB im vergangenen Jahr eine Vorruhestandsregelung durchgesetzt hatte. Zu den Forderungen zählten auch solche nach Beendigung des Wettrüstens. Ruth Sauerwein

Gefährlicher Versuchsballon

Die erste bundesweite Personalrätekonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die am 8. Oktober im Gewerkschaftshaus Kassel stattfand, diente u. a. der Vorbereitung der DGB-Aktionswoche. Ganz bewußt hatte der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder in seinem Einleitungsreferat die notwendige und langfristige gewerkschaftliche Vorgehensweise, den Konflikt um Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und die Demontage gewerkschaftlicher Rechte in die Betriebe und Dienststellen zu tragen, herausgestellt. Wunder sieht die Gewerkschaften derzeit in einem „grundsätzlichen Machtkampf“ um ihre Stellung in der Gesellschaft. In den Regierungsparteien sammeln sich auch jene Politiker, „die den Gewerkschaften grundsätzlich an den Kragen wollen“. Da aber auch SPD und Grüne derzeit nicht „verlässliche Garantien für gewerkschaftliche Politik“ seien, werden die Gewerkschaften nur dann Erfolg haben, wenn sie ihre Vorstellungen langfristig und sehr nachdrücklich zur Geltung bringen.

Der bundesweiten Bedeutung entsprechend beschäftigte sich die Konferenz auch mit dem Normenkontrollverfahren gegen das hessische Personalvertretungsgesetz vor dem Staatsgerichtshof. Sowohl der Landesvorsitzende Klaus Müller wie der Justiziar der GEW Hessen, Hartwig Schröder, informierten über das Verfahren, das für den 29. bis 31. Oktober in Frankfurt anberaumt war.

Mit dem „Beschäftigungsförderungsgesetz“ und dem „Gesetz über befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen“, das als § 57a-f in das Hochschulrahmengesetz (HRG) eingefügt wurde, werden für die GEW die Probleme mit befristeter Arbeit noch größer. Wie Heinz Putzhammer vom Hauptvorstand der GEW berichtete, hat die Tarifgemeinschaft Deutscher Länder (TDL) ihre Klientel bereits aufgefordert, dieses Gesetz gegen bestehende Tarifverträge anzuwenden. Musterarbeitsverträge für Lehrer seien ausgearbeitet, mit denen Neueinstellende zu unterschreiben haben, daß die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge für sie nicht gelten. Rolf-Hermann Hennings von der Universität Hamburg erläuterte den Personalräten die Einfügungen ins HRG, die ausschließen, daß die Befristungsregelungen durch Tarifverträge im Interesse der Beschäftigten verbessert werden können. Damit seien erstmals vom Gesetzgeber „tarifzwingende Regelungen“ verabschiedet worden, die, als Versuchsballon gedacht, bei Stillhalten später auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden könnten. Hennings empfahl den Gewerkschaften, dagegen verfassungsrechtlich vorzugehen, weil damit die in Artikel 9,3 GG verbrieft Tarifautonomie ausgehöhlt werde. B.K.

Geißlers und Haussmanns Briefe wurden prompt zurückgeschickt

Die 163 stimmberechtigten Delegierten der 8. Bundeshandwerkskonferenz der IG Metall am 3. und 4. Oktober in der Frankfurter Kongreßhalle empfanden den Inhalt der Grußschreiben der Generalsekretäre von CDU und FDP, Heiner Geißler und Helmut Haussmann, als Provokation, sammelten sie in großen Pappkartons ein und schickten sie wieder prompt an die Absender zurück. Nach Meinung der IG Metall werden in keinem Wirtschaftszweig die Arbeitnehmerrechte so mit Füßen getreten, Kollegen ohne Rücksicht auf bestehende Schutzrechte eingesetzt und verheizt wie in den Handwerksbetrieben.

Willi Sturm, für die Handwerkspolitik zuständiges geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, führte in seinem mündlichen Geschäftsbericht aus, daß die 35-Stunden-Woche so lange auf der Tagesordnung bleibe, bis sie verwirklicht sei. Nachdem es seiner Gewerkschaft gelungen sei, in die Unternehmerfront eine Breche zu schlagen, wäre der Tag nicht fern, an dem für alle Bereiche des Metallhandwerks der Einstieg in die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit Realität sein werde.

Es sollte allerdings hier beachtet werden, daß in einer Neuformulierung des Antrags 5 durch die Antragskommission konzeptionelle Änderungen unübersehbar sind. Hieß es ursprünglich, daß keinem Tarifabschluß zugestimmt werden sollte, in dem „flexible Arbeitszeiten vereinbart werden“, so heißt es jetzt: „Einer Flexibilisierung und Differenzierung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der Öffnung von Samstagarbeit ist entgegenzuwirken.“

Als treibende Kräfte des Sozialabbaus bezeichnete Willi Sturm die Unternehmer. Was die Regierung in Gesetzen verankere, sei Ausfluß der Unternehmerpolitik. Wörtlich sagte er: „Widerstand gegen reaktionäre Politik hat dort anzusetzen, wo sie begonnen wurde, in den Betrieben.“

Hans Mayr, der Vorsitzende der IG Metall, berichtete, daß nach wie vor ein Streitpunkt zwischen Einzelgewerkschaften im DGB die Mitwirkung in den privatrechtlichen Zusammenschlüssen der Handwerkskammern sei. Die IG Metall bleibe bei ihrer Auffassung, daß die unzureichenden und formalen Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmervertreter in diesen Kammern den Gedanken der Mitbestimmung nicht förderten, sondern ihm schaden, denn Mitbestimmung sei konkrete Interessenpolitik und habe nichts zu tun „mit der Schaffung von Gremien als Selbstzweck oder von Posten für Funktionäre“.

Gegen die Gesetzespläne, die darauf zielten, das Streikrecht zu beseitigen, sei die umfassende Mobilisierung der Arbeitnehmerschaft notwendig. Die IG Metall müsse auf kollektive Gegenwehr setzen sowohl in der eigenen Organisation als auch über die Grenzen der IG Metall hinaus. Käme

diese nicht zustande, dann würden in Zukunft nicht autonome Tarifverhandlungen geführt, sondern müßten kollektive Bittgänge gemacht werden.

Zu einer hochinteressanten Kontroverse kam es bei der Diskussion um den Initiativantrag 5, der von 66 Delegierten unterzeichnet worden war. In ihm wird der Vorstand aufgefordert, „zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundrechte sowie der Existenz der Gewerkschaften, die durch die Veränderung des § 116 AFG bedroht wären, die Mitglieder aufzufordern, von ihrem Streikrecht Gebrauch zu machen (Widerstandsrecht gem. Art. 20 Abs. 4 GG)“.

Was wir brauchen: Bewegung für Menschenrechte in Betrieben

Im Namen von rund 1,7 Mio. gewerkschaftlich organisierten Angestellten berieten 232 Delegierte vom 17. bis 19. Oktober in Osnabrück die künftige Angestelltenarbeit des DGB. Nicht ohne Grund hatte dieser 11. Bundesangestelltentag das Motto: „Gewerkschaftliche Zukunft und Angestellte“, ist doch der Organisationsgrad dieser Beschäftigtengruppe in den vergangenen Jahrzehnten weit hinter dem Anteil an den abhängig Beschäftigten zurückgeblieben. Ihr Anteil an den DGB-Mitgliedern liegt bei 22 Prozent, während der stets weiter steigende Anteil an den Beschäftigten jetzt ungefähr 45 Prozent beträgt.

Mitte der 50er Jahre hätte der heutige Organisationsgrad von 18 Prozent der damaligen Sozialstruktur entsprochen. Siegfried Bleicher, im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für Angestelltenpolitik zuständig, meinte daher vorab gegenüber der Presse, der Erfolg der angestelltenpolitischen Bemühungen des DGB werde darüber mitentscheiden, „welchen politischen Stellenwert und welchen Einfluß die Gewerkschaftsbewegung zukünftig haben wird.“

Die schonungslose Aufklärung über die sozialen Gefahren der Rationalisierung und des Technikeinsatzes nannte Bleicher als ein bleibendes Element gewerkschaftlicher Politik gerade im Angestelltenbereich. Doch „durch die auch auf Gewerkschaftsveranstaltungen entworfenen „Ka-

Hans Mayr versuchte wortreich, seine im Prinzip ablehnende Position zu begründen. Ob das Widerstandsrecht schon im Falle des § 116 AFG greife, sei noch nicht entschieden: „Ich erkläre offen, frank und frei, der Vorstand der IG Metall ist durch diesen Antrag nicht gebunden.“ Er fand es sogar „unglücklich“, daß dieser Antrag in dieser Form zustande kam.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Hans Preiss vertrat hingegen eine Position, die bei genauerem Betrachten der Mayrs völlig entgegengesetzt war. Jetzt habe, so Preiss, der Kampf um die politische Substanz freier, unabhängiger gewerkschaftlicher Betätigung in unserem Land begonnen. Er wiederholte seine schon früher gestellte Frage, ob die Gewerkschaften bereit seien, „allen, aber auch allen denkbaren Widerstand zu mobilisieren, wenn es um die Grundfesten gewerkschaftlicher Handlungsfreiheit geht“. Es müsse ein Ruck durch die Gewerkschaften gehen, wenn es ans Eingemachte ginge. Zwischen einer Arbeitsniederlegung in der Frühstückspause und einem Generalstreik, bemerkte er, gebe es eine „Fülle von Handlungs- und Aktionsmöglichkeiten“, die alle dem Vorstand, wenn er entscheiden müsse, die entsprechenden Signale gäben. Minutenlang Beifall dankte Preiss. Gegen 6 Stimmen und 16 Enthaltungen wurde der 15 angenommen.

Heinz Schäfer

tastrophenszenarien“ werden Angestellte eher gelähmt und verängstigt, als zur Mitarbeit angeregt.“ Technik erscheine dann als nicht mehr beherrschbar, als unaufhaltsame Naturkatastrophe, und die Aufforderung zur Mitarbeit in den Gewerkschaften komme dann einer „Einladung ins Kartenhaus“ gleich. Zum Einsatz neuer Technologien im Betrieb „müssen (wir) jedoch noch stärker als bisher auch die Handlungsmöglichkeiten und Chancen in diesem Prozeß benennen. Eine Chance der Gewerkschaftsbewegung war doch immer die Entwicklung einer eigenen, positiven Perspektive.“

Die Perspektive sieht der DGB – wie bereits auf der Technologiepolitischen Tagung im September in Bonn herausgestrichen – vor allem in der Beherrschung der

Technologie-Anwendung, in der Beteiligung der abhängig Beschäftigten an der sozialverträglichen Gestaltung des Technikeinsatzes. Anknüpfend an den Bedürfnissen auch der Angestellten, dem Recht auf einen Arbeitsplatz, dem Recht auf Gesundheit und auf persönliche Entfaltung auch in der Arbeit, die von den Gewerkschaften aufgegriffen werden müssen, plädierte Bleicher daher für eine „Menschenrechtsbewegung in Betrieben und Verwaltungen“ als politische Massenbewegung.

Der Handlungsbedarf der Gewerkschaften sei angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung groß wie nie, meinte Bleicher an anderer Stelle seiner Ausführungen, in denen er auch auf den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit und den „alten Anspruch der Gewerkschaftsbewegung“ verwies, den es verstärkt in den Vordergrund zu stellen gelte: „Wir wollen teilhaben an der wirtschaftlichen Macht. Dies ist eine zutiefst demokratische Forderung.“ Eine solche Forderung oder gar die Infragestellung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Kapitalbesitzer verknüpfte Bleicher allerdings an keiner Stelle seiner Rede mit den Ausführungen zur Beherrschung der neuen Technologien.

Im Geschäftsbericht ging der DGB-Bundesangestelltensekretär Caspar von Stosch auch auf die bisherige Struktur der Angestelltenarbeit im DGB ein, der oft noch – „vornehm ausgedrückt“ – nachrangige Bedeutung beigemessen werde. Viele Kreisangestellten-Ausschüsse seien überaltert, kritisierte er, und nur wenige Kolleginnen darin (was die Zusammensetzung der Tagung voll bestätigte!). Man bleibe unter sich, und die Angebote orientierten sich häufig an der traditionellen Bildungsveranstaltungen der 60er Jahre, von der geplanten, zielgruppenorientierten Arbeit könne dann nicht gesprochen werden. Dennoch, so von von Stosch, gebe es bereits positive Beispiele in allen Landesbezirken, wie etwa den Arbeitskreisen zu Personalinformationssystemen.

In der Diskussion wurden weitere Probleme angesprochen: Die Frage der spezifischen Ansprache Jugendlicher, die Ausgrenzung von Minderheiten im Betrieb, die Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Hause, die Arbeit an Berufsschulen usw. Dieter Steinborn (HBV) fragte, ob es denn so sei, daß sich in Betriebs- und Personalräten einer verantwortlich fühle für die Probleme der Berufsausbildung der jungen Kollegen? Gerhard Kirchgäßner (Drupa) meinte, Angestelltenprobleme, obwohl kaum unterschiedlich von denen der Arbeiter, würden in den Betriebsräten weit aus seltener behandelt. Für Probleme der Bildschirmarbeit habe man sich oft erst interessiert, als sie für die Techniker, nicht jedoch als sie Anfang der 70er Jahre für die Lohnbuchhaltung relevant wurden.

Die Antragsdebatte erbrachte erwartungsgemäß den einmütigen Beschluß für eine „Mobilisierungs- und Mitgliederwerbungskampagne des DGB und seiner Mit-

Gewerkschaftliche Aufsichtsräte schossen herrliches Eigentor

Nachdem im Verlaufe des letzten Jahres der Daimler-Benz-Konzern die beiden Rüstungsgiganten MTU Motoren- und Turbinen-Union sowie Dornier aufkaufte und dafür rund 1,2 Milliarden Mark hinblätterte, gelang ihm nun mit dem Erwerb der AEG der bisher größte Coup in der Geschichte des deutschen Kapitalismus. Kostenpunkt: weitere 1,7 Milliarden Mark. Ein Macht- und Rüstungsimperium ist im Entstehen mit annähernd 300.000 Beschäftigten und einem Umsatz von mindestens 60 Milliarden Mark. Da aber Daimler-Benz selbst von der Deutschen Bank kontrolliert wird – diese hat mit einer Kapitalerhöhung ihre „Kriegskasse“ (FAZ) um mehr als eine Milliarde Mark aufgefüllt –, wächst eine finanzkapitalistische Gruppierung und ein Rüstungszentrum von ungeheurer wirtschaftlicher und damit auch politischer Macht heran.

DAS ARGUMENT

Solche Machtzusammenballungen haben stets auch immer die Lage der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Gewerkschaften unmittelbar berührt, denn jeder Machtzuwachs des Kapitals schwächt objektiv die Macht der Gewerkschaften.

Man hätte meinen müssen, daß angesichts der gigantischen Kapitalkonzentration, aber auch der Tatsache, daß diese still und heimlich hinter dem Rücken der Belegschaften, Betriebsräte und der gewerkschaftlichen Aufsichtsräte erfolgte, ein Aufschrei der Empörung zu hören gewesen sei. Nichts von alledem. Brav stimmten die Vertreter der IG Metall im AEG-Aufsichtsrat den Fusionsplänen zu.

Wer aber grundlegende gewerkschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt, daß der Konzentrationsprozeß sich stets gegen die wirtschaftlich Schwächeren richtet, kann sich über ein Interview des Justitiars der IG Metall, Michael Kittner, der auch Aufsichtsratsmitglied bei AEG ist, nur wundern. Seine Zustimmung rechtfertigt er damit, daß damit die Arbeitsplätze bei AEG sicherer geworden seien. Selbst wenn das in diesem spezifischen Fall zuträfe, was aber bezweifelt werden muß, da der Konzentrationsprozeß der letzten Jahrzehnte das Gegenteil bewirkte, so ist doch zu fragen: Wie ist es mit der Sicherheit der Arbeitsplätze in den Klein- und Mittelbetrieben bestellt, die den beiden Konzernen zuliefern? Sind dort die Arbeitsplätze auch sicherer geworden? Wenn nein, muß sich dann die Gewerkschaft nicht auch dort um ihre Mitglieder sorgen?

Auf die Frage des „Vorwärts“, ob angesichts des Machtwachstums einem Gewerkschafter nicht mulmig werden müsse, meinte Kittner: „Entscheidend ist nicht so sehr die Machtzusammenballung, sondern die unkontrollierte Machtzusammenballung.“ Wo aber bestehen wirkliche Kontrollmöglichkeiten? Kittner erklärt, daß „diese Macht durch die Ausnutzung aller Mitbestimmungsmöglichkeiten zu kontrollieren“ sei. Reichen aber hierzu die bescheidenen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Belegschaften und der Gewerkschaften tatsächlich aus? Die konkreten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes verneinen dies. Kann man sich, wie Kittner, mit der Erklärung des Daimler-Vorstandes zufrieden geben, daß er nicht beabsichtige, zum Waffenhändler zu werden. Wer MTU, Dornier und AEG beherrscht, der braucht nicht zum Waffenhändler zu werden, der ist es, und zwar der größte unseres Landes.

Wer aber angesichts solcher Tatsachen dieser Markkonzentration zustimmt, muß Illusionen aufgefressen sein. Die Vertreter der Belegschaften und Gewerkschaften haben ein Eigentor geschossen, zugegebenermaßen ein herrliches, aber dies schmerzt bekanntlich besonders.

Heinz Schäfer

gliedsgewerkschaften im Angestelltenbereich“ (A 1), die sich das Ziel stellt, „in den nächsten Jahren die Angestelltenmitgliederzahl an die 2-Millionen-Grenze heranzuführen.“

Ohne Debatte und gegen die Stimmen der IG-Chemie-Delegierten wurde die Entschliebung E2 „Frieden und Abrüstung“ verabschiedet. Egon Schäfer vom Hauptvorstand der Chemie-Gewerkschaft hatte in einer kurzen Erklärung erläutert, daß man sich hinter den Kulissen auf einige

Änderungen (z. B. Streichung von demonstrativen Arbeitsniederlegungen“ als gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zur Abwehr weiterer Raketen-Stationierungen) habe einigen können. Wegen des „gewaltfreien Widerstandes“ habe man aber dennoch nicht zustimmen können. Wären einige Änderungen nicht erfolgt, so Schäfer, hätte man gegen diese Entschliebung deutlichen Widerstand angemeldet. NACHRICHTEN werden in der nächsten Ausgabe diese und andere Beschlüsse dokumentieren. Bernhard Keßeler

Neuerliche Kündigung von Betriebsräten

Am 9. Oktober hat das Westberliner Arbeitsgericht weitere fünf Kündigungen des BMW-Konzerns gegen den ehemaligen Betriebsrat Peter Vollmer zurückgewiesen. Über einen Weiterbeschäftigungsanspruch wollte es jedoch nicht entscheiden, da hierzu bereits ein Verfahren beim Bundesarbeitsgericht anhängig ist. Währenddessen hat am 23. Oktober der Betriebsratsnachrücker Hans Köbrich eine fristlose Änderungskündigung erhalten, nachdem er im Juli gegen mehrere Kündigungen obsiegt und einen Weiterbeschäftigungsanspruch durchgesetzt hatte. Im Zuge der Zwangsvollstreckung fand sich BMW zwar zur Weiterbeschäftigung bereit, versetzte Hans Köbrich aber in eine rechtlich selbständige Niederlassung. Ein hiergegen angestrebtes Arbeitsgerichtsverfahren brachte beim ersten Termin am 23. Oktober noch keine Entscheidung, wurde von BMW aber mit der Änderungskündigung beantwortet. H.P.

GTB: Bestes Ergebnis seit 1982

Mit 19667 Neuaufnahmen im Zeitraum von Januar bis Ende September konnte die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) ihr bestes Ergebnis seit 1982 verzeichnen. Unter den Beitritten sind 10240 oder 67,6 Prozent junge Leute, darunter wiederum fast 60 Prozent junge Frauen. Den 9773 Jugendlichen aus dem Bereich der gewerblichen Arbeitnehmer stehen allerdings nur 467 junge Leute aus dem Angestelltenbereich gegenüber. „Hier liegen noch Organisationsreserven, die es in der Zukunft auszuschöpfen gilt“, heißt es in der GTB-Pressemitteilung vom 23. Oktober.

Lehlbach: „Nicht zur eigenen Beerdigung“

Hart mit der Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien ins Gericht gegangen ist Julius Lehlbach, DGB-Landesbezirksvorsitzender von Rheinland-Pfalz, Ende Oktober. Die Ankündigung des Bundeskanzlers, er wolle mit den Tarifparteien noch einmal über die Frage der Sicherung staatlicher Neutralität bei Arbeitskämpfen sprechen, bezeichnete er am 25. Oktober in Mainz als „Einladung zur Teilnahme an der eigenen Beerdigung“. Wenn Wirtschaftsminister Bange mann für Ende Oktober einen Gesetzentwurf der Regierung zum § 116 AFG angekündigt und das Inkrafttreten für Anfang 1986 in Aussicht gestellt habe, sei ein Gespräch über die Neutralitätsfrage zwischen bereits festgelegten Teilnehmern eine reine Alibiveranstaltung. Ein Ge-

spräch zwischen Bundeskanzler, Arbeitgebern und Gewerkschaften hat nach Lehlbachs Auffassung nur dann einen Sinn, wenn der Kanzler vorher erkläre, er und seine Regierung seien sowohl hinsichtlich der Veränderung des § 116 AFG als auch der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes völlig offen.

Einen Tag später, auf der Kreisdelegiertenversammlung des DGB Rhein-Mosel-Ahr in Mayen, erklärte Lehlbach: „Die Bundesregierung will aber nicht nur den Abbau der Arbeitnehmerrechte, sondern sie will auch im Auftrag der Unternehmer die Mitbestimmung aushöhlen und die Gewerkschaften schwächen. Diese Bundesregierung ist ein Abbruchunternehmen für den sozialen Rechtsstaat, und ein Teil der Gesamtstrategie ist die Schwächung der gewerkschaftlichen Kraft.“ Abschließend erklärte Lehlbach, die FDP, „jene kleine, aber unfeine Chamäleonpartei“, lebe mittlerweile nur noch vom Kampf gegen die

**NACHRICHTEN-Leser
werben
NACHRICHTEN-Leser
Heiße Preise winken!**

Gewerkschaften. „Diese Partei ist in der Zwischenzeit so liberal, wie der Papst evangelisch ist. Als Wirtschaftspartei, die allein den Interessen des ‚großen Geldes‘ dient, spielt sie Manchester-Kapitalismus ohne Rücksicht auf die Folgen für unsere Gesellschaft. Für den Grafen Lambsdorff, der sich wieder besonders hervortut, ist die Anklagebank die schlechteste Rednertribüne gegen die Gewerkschaften, wie überhaupt die Reaktionen einiger Regierungspolitiker offenlegen, daß die Sponsoren ihr Geld nicht verschwendet haben. Der Kampf der Gewerkschaften geht deshalb auch darum, den Umschlag von einer parlamentarischen Demokratie in eine Plutokratie zu verhindern, die vom Grundgesetz nicht vorgesehen ist.“

Festakt zur Gründung der Mediengewerkschaft

Die Vorstände der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Kunst haben sich im Oktober darauf geeinigt, die Gründung der einheitlichen Mediengewerkschaft, der „Industriegewerkschaft Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst“, am 3. Dezember in Düsseldorf vorzunehmen. Nach der Konstituierung des Vorstandes findet ein presse- und mitgliederöffentlicher Festakt statt, bei dem der Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, die Vorsitzenden der sich zusammenschließenden Gewerkschaften, Erwin Ferlemann und Alfred Horné, sowie der Schriftsteller Martin Walser sprechen werden. Abends schließt sich ein Kulturprogramm an.

PERSONALIEN

Kurt Bass, 41, DGB-Kreisvorsitzender in Hagen, ist auf der Kreisdelegiertenversammlung im Oktober mit 29 zu 28 Stimmen aus seiner Funktion abgewählt worden.

Willi Lojewski, 61, im September wieder gewählter Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF), wurde in Brüssel einstimmig ebenfalls in seiner Eigenschaft als Präsident der Europäischen Föderation der agrarischen Gewerkschaften bestätigt.

Guntram Schneider, 34, Referatsleiter beim DGB-Bundesvorstand und enger Mitarbeiter des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandsmitgliedes **Siegfried Bleicher**, wurde Mitte Oktober zum neuen DGB-Kreisvorsitzenden von Dortmund gewählt.

Helmut Schultz, u.a. zuständig für die Pressearbeit in der Hauptverwaltung der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) in Kassel, ist nach dem Gewerkschaftstag im September in den Ruhestand getreten. Die Pressestelle der GGLF übernahm Anfang Oktober **Günther Horzetzky** zusätzlich zu seinem bisherigen Aufgabenbereich, Tarifpolitik in der Landwirtschaft. Für die Sozial- und Beschäftigungspolitik wurde der bisherige GGLF-Bezirksleiter in Kassel **Erhard Graf** in die Hauptverwaltung berufen.

Hanshorst Viehof, stellvertretender Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Sozialausschüsse in der CDU, sowie Regierungsdirektor im Blümschen Arbeitsministerium, wurde Mitte Oktober auf dem rheinländischen CDU-Parteitag in Düsseldorf nicht mehr in den Vorstand gewählt.

Michael Pagels, DGB-Landesbezirksvorsitzender, **Horst Wagner**, Bevollmächtigter der IG Metall, sowie **Heinz Hackbarth** und **Heinz Uthke**, Landesbezirksvorsitzende der ÖTV und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, alle Westberlin, haben Mitte Oktober aus Protest gegen die Unternehmenspolitik der Neuen Heimat Hamburg ihre Mandate als Aufsichtsratsmitglieder der NH-Berlin niedergelegt. Die vier Gewerkschafter halten den von der NH-Hamburg geforderten Verkauf von 1799 Wohnungen in Westberlin zum Preis von 75 Mio. DM an die gewerkschaftseigene BG-Immobilien-Gesellschaft mbH, Frankfurt, nicht für sinnvoll, da die finanzielle Situation der NH-Berlin dies keinesfalls erforderlich mache. Die nun zurückgetretenen Aufsichtsratsmitglieder sollen erst kurz zuvor erfahren haben, daß im September, noch vor dem förmlich festgestellten Jahresabschluß 1984, bereits 4,8 Mio. DM als Dividende nach Hamburg überwiesen worden seien. Aufsichtsratsvorsitzender der Neuen Heimat Berlin ist der Geschäftsführer der NH-Hamburg und frühere GEW-Vorsitzende **Erich Frister**.

CDA-Sozialausschüsse wollen Image der Regierung aufpolieren

Auf jeder Zusammenkunft der CDA-Sozialausschüsse, der Gruppe der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft innerhalb der CDU, zeigt sich deren innerer Widerspruch zwischen der parteipolitischen Bindung an die Mutterpartei und dem Anspruch, in den Gewerkschaften aktiv zu werden. Unmittelbar vor der Aktionswoche des DGB mußte dieser schier unlösbare Konflikt mit aller Macht hervorbrechen, als sich die Sozialausschüsse zu ihrer 21. Bundestagung trafen. „Technik nutzen – Zukunft sozial gestalten“ lautete das Motto in der Saarbrücker Kongreßhalle vom 4. bis 6. Oktober.

Dieses auch für die Gewerkschaften sicherlich zentrale Thema trat für die Delegierten zunächst einmal zurück hinter die Auseinandersetzung mit den gewerkschaftlichen Demonstrationen gegen die Regierungspolitik. Dabei wurde zugleich das Dilemma der CDA, ihr mangelhaftes Verständnis von Einheitsgewerkschaft, sichtbar. Wie schon Wochen zuvor die „Soziale Ordnung“, die Monatszeitschrift der CDA, so versuchte auch der Bundesvorsitzende Norbert Blüm in seinem politischen Bericht an die Konferenz die Notwendigkeit der Aktionswoche zu bestreiten. Dabei schreckte er vor Demagogie nicht zurück, wenn er im Hinblick auf Sozialhilfe und Renten meinte: „Wir nehmen den materiellen Mangel ernst, doch die größeren Nöte der Wohltätigkeitsgesellschaft haben ihren Grund nicht im leeren Geldbeutel, sondern im kalten Herzen.“

Aber Norbert Blüm hat sich auch vorgenommen, die Gewerkschaften vor falschen Freunden zu bewahren, vor „Theoretikern“, vor „Untergangsspezialisten“, die mit der Arbeiterbewegung nichts gemein hätten. Offensichtlich ist das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) hier ins Visier geraten, dessen Untersuchungen über die neue Armut in der Bundesrepublik einfach nicht in sein Bild der „offenen und solidarischen Gesellschaft“ passen. Und vollends auffällig wird das IG-Metall-Mitglied Blüm gegenüber seiner Mitgliederzeitung, der er „primitive Hetze“ von „hochbezahlten Schmierern“ unterstellt.

Schon in der Septemberausgabe hatte die „Soziale Ordnung“ sowohl „metall“ als auch die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ unter Beschuß genommen. Kritik am Sozialabbau, an den sozialen Demontagen durch Hochrüstungspolitik wird als „Politikampf mit der journalistischen Klobürste“ bezeichnet. Und wem hier noch nicht der Schreck in allen Gliedern sitzt, erfährt vom „DKP-geübten Scharfblick“ und der „politischen Goebbelei“ der Redakteure. Solche Diffamierungen von Kontrahenten war man bisher hauptsächlich von dem CDU-Generalsekretär Geißler gewohnt. Das CDA-Blatt verbreitet sie nun unter dem Anspruch der Einheitsgewerkschaft auf parteipolitische Unabhängigkeit. Kritik an der Bundesregierung – wohlgerichtet nur,

wenn sie von der CDU geführt wird – verdreht man in „systematische Ausgrenzung“ von christdemokratischen Gewerkschaften. Daß selbst die sich aber häufig genug eine andere, weniger unternehmerfreundliche Regierungspolitik vorstellen können, bewies nicht zuletzt die Diskussion mit dem Bundeskanzler auf dieser Konferenz. Die selbsternannten Hüter der Einheitsgewerkschaft sollten vor allem nicht vergessen, daß zum Grundgedanken der weltanschaulichen Toleranz auch die Unabhängigkeit von Regierungen zählt. Und die verpflichtet geradezu zum Protest gegenüber der unsocialen Regierungspolitik.

Daß im Zweifelsfall die CDA als organisatorische Parteigliederung auf CDU-Kurs getrimmt wird, zeigte sich nicht nur in den verstärkten Angriffen auf die DGB-Gewerkschaften und ihre Interessenvertretung. Es mußte schon als politische Demonstration gewertet werden, wenn Kohl das CDU-Mitglied Gustav Fehrenbach, immerhin stellvertretender DGB-Vorsitzender, wie Luft behandeln wollte. Und Irmgard Blättel, ebenfalls im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, erhielt als Beisitzer zum CDA-Bundesvorstand noch nicht einmal die Hälfte der Stimmen. Auf der Bundestagung vor zwei Jahren war sie noch zur Stellvertreterin Blüms gewählt worden.

So kristallisiert sich denn auch erneut als zentrale Aufgabe der Sozialausschüsse heraus, CDU-Politik in die Betriebe und in die Gewerkschaften zu tragen, um Stimmen für die nächsten Wahlen zu beschaffen. Der Geschäftsbericht hebt dies hervor. Gleichzeitig reklamieren die Sozialausschüsse entsprechend einem Proporzsystem hauptamtliche Funktionen innerhalb der DGB-Gewerkschaften. In den Publikationen wird jedoch die mangelnde Bereitschaft zum Engagement in den Gewerkschaften konstatiert: „Wir könnten mehr Ämter in den Gewerkschaften besetzen, wenn wir in den eigenen Reihen mehr Bereitschaft hätten.“ Mit gewerkschaftlichen Positionen hat man es indes bei der CDU schwer. Das zeigt sich an der Forderung der Konferenz nach Mitbestimmung bei der Einführung neuer Techniken. Die Bundestagung war kaum zu Ende, da folgte schon die parteipolitische Schelte. Renate Bastian

Aufklärung

Nach Auffassung der IG Metall ist das am 1. Mai dieses Jahres in Kraft getretene sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz ein wichtiges Glied in der Kette arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlicher Maßnahmen der Bundesregierung. Mit diesem Gesetz sind wichtige Schutzrechte der Arbeiter und Angestellten, die über Jahrzehnte bestanden, rücksichtslos abgebaut worden. Dies gilt insbesondere für die nahezu uneingeschränkte Zulassung befristeter Arbeitsverträge bei allen Neueinstellungen.

Die IG Metall geht davon aus, daß in den kommenden Jahren eine immer größer werdende Zahl der Beschäftigten keinen Kündigungsschutz mehr hat. Zwangsläufig werde es zu einem Zweiklassenrecht in den Betrieben kommen mit der Gefahr einer Aufspaltung der Belegschaften.

Bisher hat sich gezeigt, daß der Informationsstand der Funktionäre zu dieser Problematik zu wünschen übrig läßt. Sie sind daher nicht in der Lage, die ganze politische Tragweite der neuen gesetzlichen Bestimmungen zu überblicken. Da Gegenwehr Aufklärung voraussetzt, hat die IG Metall umfangreiche „Materialien zum Beschäftigungsförderungsgesetz“ veröffentlicht. Sie sollen die notwendige Aufklärungsarbeit vor Ort unterstützen und dazu beitragen, den möglichen Schaden in den Betrieben in so engen Grenzen wie möglich zu halten.

Nach einer gründlichen Einschätzung dieses Gesetzes als „Kernbereich der Politik der Wende“ wird der Gesetzestext veröffentlicht, die wichtigsten Änderungen des Gesetzes auf einen Blick dargestellt sowie das Gesetz kommentiert. Es schließen sich praktische Hinweise für Betriebsräte und Vertrauensleute an, die helfen sollen, den Schaden zu begrenzen. Nach einem Musterreferat werden rechtliche Probleme zeitlich befristeter und zeitlich variabler Arbeitsverträge behandelt. Es folgen abschließend wichtige Literaturhinweise.

In dem Musterreferat heißt es: „Heuern und feuern, der kostenlose Personalabbau, die Schutzlosigkeit des einzelnen sollen zur Normalität werden. Das gehört zur Flexibilität wie die Arbeit zum Arbeitsplatz. Massenentlassungen werden doch nicht erleichtert, damit weniger Massenentlassungen stattfinden. Der Kündigungsschutz wird doch nicht eingeschränkt, damit weniger gekündigt wird. Befristete Verträge werden doch nicht gefördert, damit unbefristete Verträge abgeschlossen werden. Das planen die Flexibilisierer bewußt ein: daß Millionen deutscher Arbeitnehmer zu Pendlern zwischen Jobs und Arbeitsamt werden. So schlecht bezahlt, daß sie das alles auch noch mitmachen. Freiheit durch Flexibilität? Ausschließlich für die Unternehmer.“ Der Aufklärung müssen bald Taten folgen. Widerstand ist geboten. Vor allem sollten Betriebsräte generell Zeitverträgen ihre Zustimmung versagen. H. Sch.

Der DKP-Arbeiterkongreß . . . und die erschrecklichen Erkenntnisse

Ein Arbeiterkongreß der DKP unter der Losung „Statt Weltraumwaffen – Arbeitsplätze schaffen“, muß den führenden Blättern des Großkapitals mächtig an die Nieren gegangen sein. Fünf Tage nach der Veranstaltung, die am 5. Oktober mit 700 Teilnehmern in der Köln-Mülheimer Stadthalle stattfand, befaßten sich gleich drei Gazetten (FAZ, Handelsblatt und Welt) in ausführlichen Beiträgen mit der sooft verhöhten „kleinen Partei“ und bescheinigten ihr „bemerkenswerte politische Erfolge“ (so wörtlich die FAZ).

Allerdings war diese nüchterne Feststellung mit wilder Polemik verbunden, bei der man auf die DKP einprügelte, aber offenkundig Gewerkschafter und Sozialdemokraten treffen wollte. So gab die FAZ am 10. Oktober, einige Tage vor der DGB-Aktionswoche, polemisch zu Protokoll, daß ihr aufgefallen sei, wie sehr auch „sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre sich eines Tones befleißigen, der sie kaum von Kommunisten unterscheidet“.

Als Beweis für diese erschreckliche Entdeckung führt das Blatt reihenweise Zitate führender Gewerkschafter (Steinkühler, Eisenmann, Lehlbach u.a.) an, die es dem DKP-Organ „Unsere Zeit“ entnommen hatte. Aus den Zitaten läßt sich in der Tat erkennen, daß der Protest gegen Sozialabbau und Einschränkung von Gewerkschaftsrechten Sozialdemokraten und Kommunisten in der Sache und in der Sprache verbindet.

Ein bißchen gründlicher recherchiert, wären die klugen Köpfchen der FAZ möglicherweise sogar darauf gekommen, daß es auch christliche Gewerkschafter, Arbeitslose, Rentner und Sozialempfänger in Massen gibt, die mit ihren Forderungen nahe am Gedankengut der DKP liegen. Man könnte auch umgekehrt feststellen, wie nahe die Kommunisten mit den gleichgerichteten Interessen all dieser vom Sozialabbau betroffenen Bevölkerungsgruppen verbunden sind. Und daß dementsprechend der von Werner Cieslak, Mitglied des Präsidiums und Sekretariats der DKP, auf dem Arbeiterkongreß geforderte „Pakt der Solidarität“ die reale Chance beinhaltet, die Bonner Wende gemeinsam zu stoppen. Genau das bereitet den Herrschenden ja solche Kopfschmerzen.

Eine Passage in Cieslaks Rede hat es der FAZ offensichtlich besonders angetan, die sie allerdings irrtümlich – man sollte doch wohl besser mit einem Berichterstatter vor Ort sein, als sich auf den Verfassungsschutz zu verlassen – in den Wortlaut des Appells der Tagung verlegt hat. Immerhin: wenigstens der Wortlaut stimmt. Cieslak erklärte: „Das kapitalistische System hat sich als unfähig erwiesen, Vollbeschäftigung zu sichern, auch in der Bundesrepublik. Deshalb sind wir gefordert, im Zusammenwirken von politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung unse-

re Kräfte zu vervielfachen für die gerechteste Sache der Welt, für Frieden, Arbeit und demokratische und soziale Sicherheit. Jetzt brauchen wir einen solchen Pakt der Solidarität.“

Der FAZ fällt auf, daß der rheinland-pfälzische DGB-Landesvorsitzende Julius Lehlbach schon eine Woche zuvor eine ähnliche Aussage gemacht hat: „Die Bundesregierung ist ein Abbruchunternehmen für den sozialen Rechtsstaat. Es ist besser und patriotischer, für Frieden und Abrüstung zu kämpfen, als das deutsche Volk im Giftgasnebel und im atomaren Holocaust untergehen zu lassen.“

Diese deutliche Sprache tut der FAZ weh. Da wir jedoch keinen Anlaß haben, sie zu schonen, möchten wir sie mit weiteren Zitaten aus Werner Cieslaks Rede traktieren, die man gewiß auch auf jeder Gewerkschaftsversammlung aussprechen könnte. Cieslak erklärte vor dem Arbeiterkongreß:

- „In Bonn weiß man heute schon, wie der Abfangjäger der 90er Jahre und der Panzer der Zukunft aussieht. Darum weiß man in Bonn nicht, wie heute und morgen die Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden soll ...“

- Niemals zuvor wurden in unserem Land so viele Sozialhilfeempfänger gezählt – und noch nie so viele Millionäre ...

- Niemals zuvor gab es so viele Arbeitslose in der Bundesrepublik wie heute – und noch nie so hohe Profite des Großkapitals. Von 1980 bis 1985 stiegen die realen Nettoprofite um 36,8 Prozent ...

- Sozialabbau und Armut sind das Ergebnis einer Politik, in der der Profit für wenige und eine lebensgefährliche Hochrüstung das Maß aller Dinge ist ...“

In der intensiven Diskussion wurden aus der täglichen Betriebspraxis, aus den Erfahrungen auf dem Arbeits- und Sozialamt praktische Schlußfolgerungen für den Widerstandskampf gezogen. Das Resultat dieser Aussprache faßte der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann Gautier in vier Punkten zusammen:

1. Der Kampf gegen den Sozialabbau sei

nur dann erfolgreich zu führen, wenn zugleich gegen die Politik der Hochrüstung gekämpft werde.

2. Wie ein roter Faden habe sich durch alle Diskussionsbeiträge der Gedanke gezogen, daß Sozialabbau und Armut auf der einen Seite mit Profitexplosion und Reichtum auf der anderen Seite verbunden sind. Beides seien Bestandteile des kapitalistischen Systems.

3. Zur Palette der Desorientierung gehörten alle Methoden der Spaltung der Arbeiterbewegung, die entschlossen zurückgewiesen werden mußten, und

4. sei zu Recht unterstrichen worden, daß soziale Sicherung und Frieden uns nicht geschenkt würden, sondern im gemeinsamen Kampf errungen werden müßten.

Als eine bedeutsame internationale Hilfe im Kampf um die Friedenssicherung hob Hermann Gautier die jüngsten Vorschläge der Sowjetunion hervor, die KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow anlässlich seines Besuches in Frankreich unterbreitete. Der Vorschlag, durch eine Vereinbarung zwischen der UdSSR und den USA die Weltraumwaffen vollständig zu verbieten und jene nuklearen Waffen, die das Territorium der jeweils anderen Seite erreichen können, um 50 Prozent zu reduzieren, findet weltweit Beachtung. Ebenso die Bereitschaft der Sowjetunion, mit Frankreich und Großbritannien über die Mittelstreckenpotentiale zu verhandeln. „Diese neuen Vorschläge beweisen“, sagte Hermann Gautier, „wie verlogen alle Reden über eine angebliche Bedrohung aus dem Osten sind.“ Hans-Peter Scherff

„Praktikertreffen“

Etwa 80 Arbeitsrechtler, vor allem Rechtsanwälte, aber auch viele Gewerkschaftsjuristen und Arbeitsrichter, waren einer Einladung der Vereinigung Demokratischer Juristen (VdJ) zu einem „Praktikertreffen Arbeitsrecht“ am 28. September 1985 in Frankfurt gefolgt. Dem einleitenden Referat und den Thesen von Rechtsanwalt Dr. Nies, München, zu den betrieblichen Handlungsmöglichkeiten bei Personalabbau, Flexibilisierungen und befristeten Verträgen, schloß sich eine intensive Diskussion über juristische Strategien in diesen Themenbereichen an.

Sehr schnell kristallisierte sich bei der Diskussion heraus, daß die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten im Einzelfall bei Kündigungen so gering sind, daß es unbedingt erforderlich ist, diese Fragen im Betrieb zu „kollektivieren“. Erst wenn dem Betriebsrat bewußt wird, daß Einzelkündigungen immer auch Teil einer unternehmerischen Gesamtstrategie sind und er rechtzeitig – also vor dem unternehmerischen Kündigungsentschluß – Handlungsinitiativen ergreift, sei eine vorausschauende, an den Interessen der Beleg-

Rentenversicherung im Jahre 2005: 314 bis 895 Mrd. DM Schulden

Projektionen der Finanzlage der Rentenversicherung bis zum Jahr 2005 haben in den Medien der Bundesrepublik Schlagzeilen gemacht. Während Minister Blüm kürzlich erklärte, das leichte Ansteigen der Beschäftigung wirke sich bei der Rentenversicherung so günstig aus, daß vielleicht im nächsten Jahr die letzte Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrages zurückgenommen werden könnte, soll es nach den drei Varianten dieser Projektionen im Jahr 2005 bei der Rentenversicherung überhaupt keine finanziellen Rücklagen mehr geben, sondern einen riesigen Schuldenberg.

Dieser Schuldenberg wird für die günstigste Variante mit 314 Mrd. DM, für die mittlere mit 656 Mrd. DM und für die ungünstigste Variante mit 895 Mrd. DM beziffert. So zu lesen in den Projektionen des den Unternehmern nahestehenden Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW).

Die Berechnungen des IW gehen davon aus, daß bei weiterem Rückgang der Geburten (der sich aber auf die Rentenversicherung in den nächsten 20 Jahren nicht auswirkt) und zunehmender Lebenserwartung sowie steigendem Versicherungsgrad der Frauen die Zahl der Renten von rund 12,8 Mio. 1984 auf 17 Mio. im Jahr 2005 anwächst. Den Vorausberechnungen über die Entwicklung der Schwankungsreserven der Rentenversicherung werden weitere Annahmen über die jahresdurchschnittlichen Veränderungsraten des nominalen Wirtschaftswachstums, der Preise, der Produktivität, der Zahl der Erwerbstätigen und der durchschnittlichen Bruttoarbeitsverdienste sowie über die absolute Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen – alles in drei Varianten – zugrunde gelegt.

Für die nächsten Jahre ergibt sich dabei zunächst ein minimales (Variante 1) bis

schaft orientierte Betriebsratsarbeit möglich. Dabei sei – das wurde immer wieder betont – eine eigenständige Informationspolitik des Betriebsrats unerlässlich.

Einen zweiten Schwerpunkt der Diskussion bildeten die neuen betrieblichen Entwicklungen nach Inkrafttreten des sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes. Neben der Aufforderung an die Gewerkschaften, verstärkt tarifvertragliche Schutzregelungen und günstige Betriebsvereinbarungen im Bereich der Teilzeitarbeit und der befristeten Arbeitsverträge anzustreben, vertraten insbesondere die anwesenden Gewerkschaftsjuristen die These, es dürfe „kein Zustand der praktischen Akzeptanz“ geschaffen werden. Überall dort, wo befristete Arbeitsverträge vom Unternehmer geplant seien, sollten die Betriebsräte auf jeden Fall nach § 99 BetrVG Widerspruch einlegen. Florett

kräftiges (Variante 3) Ansteigen der Schwankungsreserven. Doch das Anliegen der Projektionen des IW ist es, auf die danach – wenn es nach den Projektionen verläuft – einsetzende geradezu katastrophale Entwicklung der Finanzen der Rentenversicherung hinzuweisen und die Politiker zu entsprechenden Gegenmaßnahmen zu ermuntern. Als Alternativen werden dazu – auch in drei Varianten – dargestellt:

- eine Erhöhung des Beitragssatzes für die Rentenversicherung auf – im Jahr 2005 – 21 (Variante 3) bis 26 Prozent (Variante 1);

- ein Absenken des Bruttorentenniveaus um 13 bis 28 Prozent;

- eine Erhöhung des Bundeszuschusses auf einen Anteil von 23,3 bis 36,7 Prozent der Gesamtausgaben der Rentenversicherung. Nach den jetzt gültigen Regelungen soll der Anteil des Bundeszuschusses weiter bis auf etwas mehr als 12 Prozent im Jahr 2005 absinken.

In den Projektionen wird davon ausgegangen, daß nicht eine dieser drei Gegenmaßnahmen, sondern eine Kombination – Beitragssatzerhöhung, Absenken des Rentenniveaus und Anhebung des Bundeszuschusses – in Frage kommen dürfte: das heißt, so oder so, eine erneute Belastung der Arbeiter, Angestellten und Rentner durch Beitragserhöhungen und Renten Kürzungen.

An weiteren Gegenmaßnahmen werden eine modifizierte Brutto Lohnanpassung der Renten (Anpassung an vorjährigen Bruttoarbeitsverdienst nach Abzug des „Arbeitnehmerbeitrages“ zur Rentenversicherung), die Nettolohnanpassung und eine Heraufsetzung des Rentenalters diskutiert. Die Anhebung der Altersgrenze aber sei, so die Verfasser des IW-Papiers, bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage kaum zu realisieren, sondern frühestens in den 90er Jahren, wenn möglicherweise die Arbeitskräfte als Folge des Bevölkerungsrückgangs knapp werden könnten.

Bewußt, so heißt es, werden in den IW-Projektionen keine konkreten Empfehlungen ausgesprochen. Doch bleiben die darin dargestellten Gegenmaßnahmen im

Rahmen der Vorstellungen, die im Unternehmerlager dazu entwickelt wurden. So wird zwar auch die Rücknahme der Kürzung des Beitrages erörtert, den die Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslose an die Rentenversicherung zahlt und dazu festgestellt, daß dadurch das Defizit der Rentenversicherung spürbar vermindert, aber bei weitem nicht völlig abgebaut werden könnte. In diesem Zusammenhang wird gesagt, daß „die Abdeckung des Arbeitsmarktrisikos nicht Sache der Rentenversicherung ist“.

Doch dazu, daß die Bundesanstalt für Arbeit nur für eine Minderheit der Arbeitslosen überhaupt einen Beitrag zur Rentenversicherung zahlt, nämlich nur für die, die Leistungen nach dem AFG erhalten, schweigen die Verfasser des Unternehmerpapiers, ebenso zu den Forderungen der Gewerkschaften, die Unternehmer, die massenhaft Arbeitsplätze wegrationalisieren, nicht auch noch dadurch zu belohnen, daß sie weniger „Arbeitgeberbeitrag“ zur Rentenversicherung zahlen müssen, und diesen Beitrag nicht mehr nach der Lohnsumme, sondern der Wertschöpfung, dem Kapitaleinsatz oder Gewinn der Betriebe zu berechnen.

Von den Verfassern der Projektionen wird darauf hingewiesen, daß der Entlastungseffekt einer Heraufsetzung des Rentenalters größer wäre, wenn nicht „fast die Hälfte der Zugänge (bei den Renten – A.B.) auf die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente entfallen“ würden. Doch Maßnahmen zur Bekämpfung der Frühinvalidität, wie der DGB sie fordert, werden in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Zwar wird festgestellt, daß die Einnahmeseite der Rentenversicherung belastet wird, wenn in Tarifverträgen statt Lohnerhöhungen Verminderungen der Arbeitszeit vereinbart werden, aber es wird den Unternehmern nicht empfohlen, zugleich kürzere Arbeitszeiten und kräftigere Lohn- und Gehaltsverbesserungen mit den Gewerkschaften zu tarifieren.

Nicht verhehlt wird, daß der Realitätswert langfristiger Prognosen (unter den bei uns gegebenen Bedingungen – A.B.) begrenzt oder sogar fragwürdig ist. Die Verfasser der Projektionen schreiben dazu: „Mittelfristige Vorausberechnungen der Rentenfina nzen sollten den Zeitraum von etwa 20 Jahren abdecken. Über einen derartigen Zeitraum lassen sich allerdings keine Prognosen mehr mit befriedigender Eintrittswahrscheinlichkeit aufstellen. Es ist nicht einmal möglich, den Verlauf zu bestimmen, der am wahrscheinlichsten ist.“

Ist die Projektion eines riesigen Schuldenbergs der Rentenversicherung durch das IW also nur eine Horroration, um die Arbeiter, Angestellten, Rentner und Gewerkschaften für weitere Belastungen durch die von Blüm angekündigte „Rentenstrukturreform“ weichzuklopfen? Für die Gewerkschaften und Rentnervverbände sollte sie ein Alarmsignal sein, drohenden neuen Demontagen im Bereich der Rentenversicherung rechtzeitig entgegenzutreten.

A. Böpple

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Anpassung von Betriebsrenten: Grundsatzurteil des BAG

Gesetzlich ist vorgeschrieben (§ 16 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung), daß der Unternehmer die Anpassung der Betriebsrenten alle drei Jahre zu prüfen und vorzunehmen hat. Die entsprechende Vorschrift lautet: „Der Arbeitgeber hat alle drei Jahre eine Anpassung der laufenden Leistungen der betrieblichen Altersversorgung zu prüfen und hierüber nach billigem Ermessen zu entscheiden; dabei sind insbesondere die Belange des Versorgungsempfängers und die wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers zu berücksichtigen.“ Daß eine derartige Prüfung den Unternehmer im allgemeinen dazu veranlaßt, in Anbetracht seiner „schwierigen wirtschaftlichen“ Lage von einer Anpassung abzusehen, versteht sich fast von selbst. Lediglich durch langwierige Prozesse besteht dann überhaupt eine Chance, eine Anpassung durchzusetzen.

In einer Grundsatzentscheidung hat das BAG mit Urteil vom 23. April 1985 (3 AZR 156/83) § 16 des Betriebsrentengesetzes präzisiert und folgende Regelungen aufgestellt:

1. Die Anpassung von Betriebsrenten an die Kaufkraftentwicklung kann nach § 16 BetrAVG ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn und soweit dadurch eine übermäßige Belastung des Unternehmens verursacht würde. Um eine Anpassung verweigern zu können, muß keine wirtschaftliche Notlage gegeben oder absehbar sein. Das versorgungspflichtige Unternehmen soll vielmehr langfristig nicht so geschwächt werden, daß es aufgezehrt wird oder durch die Anpassungsbelastung Arbeitsplätze in Gefahr geraten.

2. Als übermäßig ist die Belastung dann anzusehen, wenn es mit einiger Wahrscheinlichkeit unmöglich sein wird, den Teuerungsausgleich aus dem Wertzuwachs des Unternehmens und dessen Erträgen in der Zeit nach dem Anpassungsstichtag aufzubringen.

3. Die dazu erforderliche Prognose muß auf die Unternehmensentwicklung der zurückliegenden Zeit gestützt werden. Hat sich die Anpassungsentscheidung verzögert, oder findet eine gerichtliche Nachprüfung statt, so darf die positive oder negative Entwicklung nach dem Anpassungsstichtag nicht außer Betracht bleiben.

4. Die Einschränkung des Personalbestandes erlaubt für sich betrachtet keine Voraussagen für die Unternehmensentwicklung. Ebenso können negative Bilanzergebnisse in einzelnen zurückliegenden Jahren nur in Verbindung mit anderen Daten aussagekräftig sein.

5. Soweit das Unternehmen Versorgungsrückstellungen in seiner Bilanz ausweist, sind die steuerlichen und wirtschaftlichen Vorteile, die sich auf diese Weise erzielen lassen, bei der Anpassungsprüfung zu berücksichtigen.

In einem weiteren Urteil vom gleichen Tag (BAG, Urteil vom 23. April 1985 – 3 AZR 548/82) legt das BAG fest, daß der Unternehmer die Darlegungs- und Beweislast dafür trägt, daß eine Anpassung der Betriebsrenten zu einer übermäßigen wirtschaftlichen Belastung führen würde. Weder Bilanzverluste noch Personalreduzierungen seien allein geeignet, diesen Nachweis zu führen, wenn die dazugehörigen Berechnungsgrundlagen nicht offengelegt würden. Florett

Befristete Arbeitsverträge

Fortsetzung aus 10/85

Aus der Formulierung, daß bei Neueinstellungen zu „einem“ Arbeitsverhältnis mit „demselben Arbeitgeber“ ein enger sachlicher Zusammenhang nicht bestehen darf, ist zu schließen, daß die Befristung auch dann unzulässig ist, wenn etwa aufgrund längerfristigen Arbeitsbedarfs auf dem gleichen Arbeitsplatz und mit den gleichen Arbeitsaufgaben zunächst der Arbeitnehmer A beschäftigt wurde und dann der Arbeitnehmer B befristet gem. § 1 Abs. 1 Ziff. 1 neu eingestellt werden soll. Da wäre rechtswidrig denn es ist im Gesetz nicht davon die Rede, daß das vorhergehende Arbeitsverhältnis mit demselben Arbeitnehmer bestanden haben muß (so Arbeitshilfen der HBV zum Beschäftigungsförderungsgesetz).

Diese Auslegung ist nicht nur aufgrund des Wortlauts, sondern auch nach Sinn und Zweck des Gesetzes geboten: Zweck des Gesetzes soll es nicht sein, Dauerarbeitsplätze zu vernichten, sondern neue Arbeitsplätze dort einzurichten, wo dies der Unternehmer sonst nicht getan hätte, z.B. bei Neuinvestitionen. Es ist ohnehin zu fragen, ob eine befristete Neueinstellung nicht immer dann gegen das Beschäftigungsförderungsgesetz verstößt, wenn der Unternehmer nicht nachweisen kann, daß er damit im Betrieb einen zusätzlichen Arbeitsplatz schafft, ohne jedoch bestehende Arbeitsverhältnisse zu gefährden.

Widerspruchsgründe können auch nach

Ziff. 3 und 4 des § 99 Abs. 2 gegeben sein. Besteht die Gefahr, daß Personalüberhänge geschaffen werden, die später zur Entlassung unbefristet Beschäftigter führen sollen, oder sollen durch Zeitarbeitsverträge zwei Gruppen von Beschäftigten geschaffen werden, die gegeneinander ausgespielt werden können, so sollte Widerspruch auch nach Ziff. 3 eingelegt werden. Ziff. 4 ist dann gegeben, wenn die neu eingestellten Arbeitnehmer benachteiligt werden. Dies ist zwar bei allen befristeten Neueinstellungen der Fall, ein Widerspruch auch nach Ziff. 4 sollte aber zumindest dann eingelegt werden, wenn besondere Gründe hinzukommen, etwa befristete Neueinstellungen nur von Frauen und Ausländern. Auch wenn die Arbeitslosigkeit das einzige Kriterium ist, warum befristet eingestellt wird, ohne daß ein arbeitsmarktpolitischer Effekt gegeben ist, liegt ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot und gegen § 75 BetrVG vor.

Der Widerspruch des Betriebsrats – so empfehlen es die Gewerkschaftsjuristen – sollte sich nicht gegen die Neueinstellung generell, sondern gegen die Befristung richten und ausführlich, konkret und detailliert begründet werden. Die frühere Rechtsprechung und Literaturmeinung, daß ein Widerspruch gegen die Befristung allein nicht möglich sei, ist nach dem Inkrafttreten des Beschäftigungsförderungsgesetzes nicht mehr haltbar.

Legt der Betriebsrat gegen die Befristung Widerspruch ein, so muß der Unternehmer gem. § 99 Abs. 4 das Arbeitsgericht anrufen, um die Zustimmung zur Befristung zu erhalten. Abgesehen davon, daß zweifelhaft ist, wann und in welchem Umfang die Arbeitsgerichte dem Betriebsrat recht geben, besteht die Gefahr, daß der Unternehmer diesen Weg schlicht umgeht und den Betriebsrat vor die Alternative „Pest oder Cholera“ – Zustimmung zu befristeten Verträgen oder überhaupt keine Neueinstellungen – stellt. Hier hilft nur eine Mobilisierungskampagne des Betriebsrats und der Vertrauensleute (Diskussionen auf Betriebsversammlungen, Unterschriftenaktionen usw.) und eine härtere Linie bei der Zustimmung zu Überstunden.

Endet ein befristetes Arbeitsverhältnis, so bedarf es nach herrschender Meinung keiner Kündigung; auch muß der Betriebsrat nach § 102 BetrVG nicht angehört werden. Dies widerspricht allerdings der erklärten Absicht des Gesetzes, über die befristeten Verträge langfristige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Unter diesen Umständen sollte der Betriebsrat verlangen, bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses angehört zu werden. Einen Informationsanspruch bei der Frage, warum ein befristeter Vertrag beendet und nicht fortgesetzt wird, haben die Betriebsräte aus allgemeinen Grundsätzen (§§ 92, 80, 75 BetrVG). Bei der Verlängerung des Vertrages ist das Mitbestimmungsrecht nach § 99 gegeben. Bei Kündigungen mit dem Ziel, Stammbesellschaften abzubauen, sollten Betriebsräte auf jeden Fall Widerspruch einlegen. Florett

Beim Thomson-Konzern der erste multinationale Betriebsrat

Eine neue Struktur gewerkschaftlicher Interessenvertretung in multinationalen Konzernen wird gegenwärtig ins Leben gerufen. Der im Elektronikbereich tätige Konzern Thomson Grand Public (TGP) und der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) haben am 7. Oktober 1985 in der Nähe von Paris ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet.

Vorgesehen ist die Bildung von zwei Organen, nämlich eines „Verbindungsausschusses TGP-EMB“ und einer „Europäischen Branchenkommission TGP“. Bei dem Verbindungsausschuß handelt es sich um ein Organ, das auf der Ebene der Gewerkschaften und Konzernleitung tätig werden soll. Ihm sollen 15 Vertreter der zuständigen EMB-Mitgliedsgewerkschaften aus den vier westeuropäischen Ländern angehören, in denen der Konzern Betriebe hat: Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien und Spanien. Vorgesehen sind zwei Sitzungen im Jahr mit Vertretern des Konzerns.

Die zu bildende Europäische Branchenkommission TGP wird in einer Pressemitteilung des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes als „der erste europäische Betriebsrat“ bezeichnet. Er soll sich aus 26 gewählten Belegschaftsvertretern aus TGP-Betrieben in den genannten Ländern zusammensetzen und einmal jährlich tagen. Beide Organe, so erläutert der EMB, „sollen den Gewerkschaften und Belegschaftsvertretern der Branche Thomson Grand Public auf europäischer Ebene Informationen über die wirtschaftliche, industrielle und kommerzielle Lage vermitteln“.

Das Ganze ist ein Versuch für die Dauer von zwei Jahren. Danach soll neu entschieden werden, ob und wie man weitermachen will. Bislang gibt es auf internationaler Ebene bereits sogenannte Konzern- oder Branchenausschüsse, mit deren Hilfe die Gewerkschaften versuchen, eine betriebs- und unternehmensübergreifende Interessenvertretung zu organisieren. Solche Ausschüsse existieren in der Automobilindustrie (VW, Ford, Opel) und anderen Branchen der Metallindustrie, in der chemischen und auch in der Nahrungsmittelindustrie. Selbst einen Konzernbetriebsrat oder vergleichbare Organe in anderen Ländern gibt es jeweils nur in den Konzernbetrieben eines Landes, ohne grenzüberschreitende Kompetenz.

Die Bildung eines „Europäischen Betriebsrats“ in Form der Branchenkommission bei Thomson kann gewiß den Zusammenhalt und die Solidarität der Beschäftigten eines multinationalen Unternehmens stärken. Informationen können ausgetauscht, soziale Standards verglichen und Aktionen besser koordiniert werden. Auch kann auf diesem Wege die gewerkschaftliche Zusammenarbeit gewinnen.

Voraussetzung ist jedoch, daß die neu zu bildenden Organe von den beteiligten Gewerkschaften nicht als sozialpartnerschaftliche Institutionen verstanden und angelegt werden.

Nach Mitteilung des EMB sollen beide Organe – der Verbindungsausschuß und die Branchenkommission – von der Konzernleitung „vor ihrer Durchführung über umfassende strukturelle, industrielle und kommerzielle Veränderungen sowie über die ergriffenen bzw. geplanten Maßnahmen zur Anpassung der Organisation und der Belegschaften an die technologischen Entwicklungen unterrichtet“ werden. EMB-Generalsekretär Bert Thierron würdigte bei der Unterzeichnung der Vereinbarung „die Bereitschaft des Konzerns TGP, mit den Gewerkschaften und den Belegschaftsvertretern den Versuch eines sozialen Dialogs auf europäischer Ebene zu starten“. Das klingt verdächtig nach einvernehmlicher Stillegehaltspolitik ohne Reibungsverluste, anders als im Falle Video-Color, 1981 in Ulm.

Der Europäische Metallgewerkschaftsbund forderte die Thomson-Geschäftsleitung auf, angesichts der Schwierigkeiten in der Unterhaltungselektronik-Industrie „in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Belegschaftsvertretern nach neuen sozialverträglichen Wegen zu suchen“. So denke man u.a. an Produkt-Diversifizierung, Aufbau von Ersatzarbeitsplätzen, an Umschulungsprogramme, Maßnahmen zur Qualifizierung der Belegschaften und zur menschengerechten Gestaltung der Arbeitsbedingungen sowie an die Verkürzung der Arbeitszeit. – Der europäische Betriebsrat wird sich bei der Umsetzung dieser Forderungen zu bewähren haben. G. Siebert

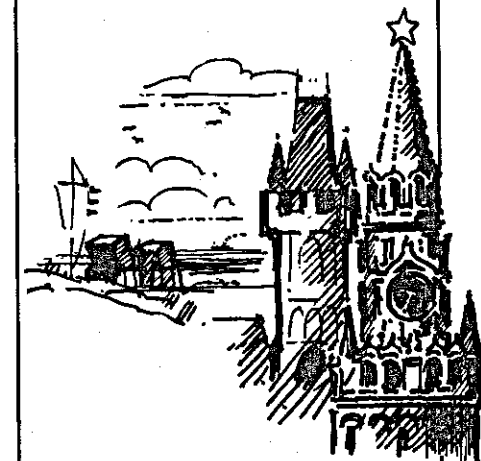
EGB-Protest an Türkei

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat aus Anlaß des Jahrestages der Proklamation der Republik in der Türkei, dem 29. Oktober, an den türkischen Staat die Forderung nach Respektierung der Menschenrechte und Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit gerichtet. In einem von EGB-Präsident Ernst Breit unterzeichneten Schreiben wird die Einstellung der Prozesse gegen den Gewerkschaftsbund DISK und seine Repräsentanten und eine Amnestie für die politischen Gefangenen gefordert.

Buchprämie und 1 Los

für die Endverlosung toller Preise

erhält jeder NACHRICHTEN-Leser, der einen neuen Abonnenten wirbt



Gewinnen Sie

- 7 Tage UdSSR
- 14 Tage Ostsee/DDR
- oder 5 Tage Prag

für jeweils 2 Personen (dazu 17 weitere, wertvolle Sachpreise; siehe NACHRICHTEN 10/85, Seite 24)

Für jedes Abonnement jeweils ein Los.

Die Chancen sind riesengroß!

Zusätzlich 3 Büchergutscheine im Wert von je 100 DM werden unter den Werbern verlost, die vor dem 1. 12. 85 erfolgreich waren. Letzter Einsendetag insgesamt ist der 1. 6. 86. Dann werden NACHRICHTEN 25 Jahre alt.

Fordern Sie beim Verlag kostenlose Werbeexemplare an. Anforderungsschein und Abo-Bestellschein auf Seite 34

Sie brauchen

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Wir alle brauchen neue Abonnenten!

„Vermögensbildung“ auf schwedisch: Ein fragliches Experiment

Rund zehn Jahre lang hat man in Schweden in sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen über einen Plan zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer diskutiert. Der Meidner-Plan, benannt nach dem Ökonomen Rudolf Meidner, der die Bildung von sogenannten Arbeitnehmerfonds vorsieht, die von bestimmten Unternehmen zu finanzieren sind, soll nunmehr in die Tat umgesetzt werden.

Die erklärte Absicht ist, durch den Kauf von Aktien für die Fonds den Arbeitnehmern größeren Einfluß in den Betrieben zu verschaffen. Der erste Entwurf aus der ersten Hälfte der 70er Jahre, der seitdem mehrmals geändert wurde, ist auch von führenden Politikern der bürgerlichen Parteien und Vertretern des Unternehmerverbandes SAF befürwortet worden. Das geschah offenbar, weil die Finanzierung der Fonds auch von den Arbeitnehmern durch eine Art von Lohnabzug geschehen sollte. Vielleicht lag es aber auch daran, daß die Investitionen in der Industrie in dieser Zeit um rund 30 Prozent abgesunken waren.

Eine wesentliche Ursache für die positive Einstellung war aber auch, daß die bürgerlichen Parteien für die Wahlen 1976 und 1979 Arbeiterstimmen brauchten, um ihre parlamentarische Mehrheit zu behalten. Nach 1982, als die Sozialdemokraten die Parlamentswahl gewannen und mit Hilfe der Linkspartei/Kommunisten in die Regierungsverantwortung zurückkehren konnten, erlosch das Interesse der Bürgerlichen und Unternehmer an den Fonds. Vielmehr entwickelten sie in dem Maße einen erbitterten Widerstand dagegen, wie die Sozialdemokraten und Gewerkschafter die Vermögensbildungspläne wieder aufgriffen.

Inzwischen hatten diese die Fondspläne verschiedentlich umgearbeitet, abgeschwächt. 1983 schließlich verabschiedete der schwedische Reichstag das Gesetz über die Bildung von Arbeitnehmerfonds, und seit gut einem Jahr ist man dabei, sie zu schaffen. Das Ganze ist eine höchst komplizierte Konstruktion, und man muß zum besseren Verständnis zunächst etwas zum schwedischen Rentensystem sagen.

Im Jahre 1959 wurde in Schweden eine „allgemeine Dienstrente“, kurz ATP-Rente genannt, eingeführt. Im Unterschied zur Volksrente, die für alle gleich ist, wird die ATP-Rente, die man neben der Volksrente bekommt, nach Einkommen und Arbeitsjahren berechnet. Finanziert wird diese Rente durch eine Unternehmersteuer in Höhe von 9,8 Prozent der Lohnsumme. Die Gelder fließen in drei Fonds, die von einem Vorstand verwaltet werden. 1973 wurde noch ein vierter Fonds gegründet, der mit einem Teil der Rentengelder an der Börse mit Aktien handelt.

Dieser vierte Fonds war sozusagen das Modell für die späteren sogenannten Ver-

mögensbildungsfonds für Arbeitnehmer. Davon gibt es fünf Fonds, Pensionsfonds oder AP-Fonds genannt. Jeder Fonds hat einen Vorstand von neun Mitgliedern; fünf müssen Vertreter einer Arbeitnehmerorganisation bzw. der Gewerkschaften sein. Die Vorstände werden von der Regierung berufen. Weiter ist bestimmt, daß die Fonds regional und unabhängig voneinander arbeiten.

Die Finanzierung der Fonds erfolgt einmal durch eine Gewinnabgabe, und zwar in Form einer 20prozentigen Steuer vom Realgewinn der Unternehmer. Bevor die Steuer errechnet wird, darf das Unternehmen bis 500000 Kronen oder 6 Prozent der Lohnsumme vom Realgewinn abziehen. Damit soll erreicht werden, daß nur die größeren Unternehmen von der Gewinnabgabe betroffen werden. Private Unternehmen, Handelsgesellschaften und Stiftungen sowie ausländische Unternehmen brauchen diese Steuer ohnehin nicht zu bezahlen.

Zum anderen geschieht die Fondsfinanzierung durch eine Abgabe in Höhe von 0,2 Prozent der an die ATP-Rentenfonds abgeführten Steuer, die zu diesem Zweck von ursprünglich 9,8 auf 10 Prozent erhöht wurde. Diese 0,2 Prozent und die Abgabe vom Realgewinn, die die fünf AP-Fonds speisen, erbringen nach dem Geldwert von 1983 rund 400 Millionen Kronen pro Jahr und bis 1990 für jeden Fonds 2,8 Milliarden Kronen. Das heißt, alle fünf Fonds könnten dann über 7 Prozent des Aktienwertes aller an der Börse notierten Unternehmen verfügen.

Jeder einzelne Fonds darf aber nur bis zu 8 Prozent der Aktien eines Unternehmens kaufen. Theoretisch könnten die fünf Fonds zusammen fünf mal 8 Prozent = 40 Prozent der Aktien eines Unternehmens erwerben. Sollen von Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten Aktien erworben werden, so muß der Eigentümer seine Zustimmung geben. Es sind also mehrere Sicherungen eingebaut, damit die Gewerkschaften mit den Fonds keinen nennenswerten Einfluß auf die Wirtschaft nehmen können. Auch dürfen sie im jeweiligen Betrieb nur 50 Prozent des mit dem Aktienkauf erworbenen Stimmrechts ausüben. Die Zinsen aus den Fondsvermögen müssen an die Rentenfonds abgeführt werden. Persönliche Anteile an den Arbeitnehmerfonds kann kein schwedischer Arbeitnehmer erwerben.

Heinz Seeger

Begegnungen

Die vielfältigen Kontakte, die es im Laufe dieses Jahres zwischen Vertretern von DGB-Gewerkschaften und solchen aus sozialistischen Ländern gab, sind kaum noch zu zählen. Den Massenmedien hierzu sind sie keine Zeile wert, obwohl die diskutierten Probleme im Interesse der arbeitenden Menschen liegen. So war es auch beim Besuch einer vierköpfigen Spitzendelegation der IG Chemie, Glas und Keramik im FDGB vom 14. bis 18. Oktober bei der Schwestergewerkschaft der Bundesrepublik.

Neben Besuchen in Bad Münster, Düsseldorf, Köln und Ludwigshafen mit Betriebsbesichtigungen und vielen Begegnungen gehörten offizielle Gespräche der DDR-Gäste mit dem IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe und weiteren Funktionären zum Besuchsprogramm.

Fast zur gleichen Zeit weilte eine Delegation der Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst der DDR unter Leitung des Vorsitzenden Horst Zimmermann zu Gast bei der GGLF. Nach einer Studienreise wurde „freimütig und konstruktiv“ über solche Fragen diskutiert wie der wirksamen gewerkschaftlichen Interessenvertretung, des Umwelt- und Naturschutzes und vor allem des Schutzes der Wälder. Sie kamen zu dem Ergebnis: „Anstatt Krieg der Sterne, wollen die Gewerkschaften beider deutscher Staaten Frieden auf Erden.“

Nach einem Besuch von Vertretern der bulgarischen Handelsgewerkschaft wurde mit der Gewerkschaft HBV ein Ausbau der Beziehungen sowie ein regelmäßiger Informations- und Meinungsaustausch vereinbart.

Vier Wochen zuvor, vom 16. bis 22. September, hatte die FDGB-Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder und ihre Vorsitzende Charlotte Bombal Gäste aus der Bundesrepublik: eine Delegation der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Hermann Paschen. Bei ihren Betriebsbesuchen und den Gesprächen standen Fragen der Gleichberechtigung der Frauen im Berufsleben in beiden deutschen Staaten im Mittelpunkt.

Kurz vor Redaktionsschluß am 28. und 29. Oktober fand im thüringischen Oberhof ein friedenspädagogisches Treffen der Lehrer-gewerkschaften beider deutscher Staaten statt. Die DGB-Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft war mit 15 Vorstandsmitgliedern vertreten. Das Thema des Treffens lautete: „Die Verantwortung der Pädagogen und ihrer Gewerkschaften für die Erhaltung des Friedens und der Erziehung der Jugend zu Frieden und Humanität.“ Dem Treffen selbst – über dessen Verlauf noch keine Einzelheiten vorliegen – schloß sich ein zweitägiges Seminar mit Hospitationen im gesellschaftspolitischen Unterricht in DDR-Schulen an. Geleitet wurde die Delegation vom GEW-Vorsitzenden Dieter Wunder.

G. M.

Flüssige Arbeitskräfte / Gen-Geschäft

WSI (Hrsg.): Der Angriff auf den Sozialstaat. Beiträge zum Sozialabbau und zur Aushöhlung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Arbeitsmaterialien Nr. 9, Düsseldorf, September 1985, 182 Seiten.

Auch nach der Aktionswoche des DGB im Oktober muß der Kampf um die Abwehr der Sozialdemontage und die Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte fortgeführt werden. Eine wichtige Arbeitshilfe legte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB mit dieser Broschüre vor, in der überarbeitete Materialien zusammengefaßt werden, die das Institut bereits an anderer Stelle publiziert. Besonders interessant die Aufsätze von Reinhard Bispinck, „Flüssige Arbeitskräfte – überflüssige Gewerkschaften. Zur Strategie von Kapital und Koalition für flexible Arbeitsbedingungen“, und Manfred H. Bobke, „Angriffe auf das Streikrecht – Zur Auseinandersetzung um die Neutralität des Staates im Arbeitskampf“.

Ruben Scheller: Das Gen-Geschäft. Chancen und Gefahren der Bio-Technologie. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1985, 286 Seiten, 16,80 DM.

Der Autor, Biologe aus Heidelberg, erklärt in diesem Buch allgemeinverständlich, aber doch wissenschaftlich exakt, was es mit Bio- und Gentechnologie auf sich hat, wie sie funktionieren, auf welchen Gebieten sie derzeit angewendet werden und welche Potenzen mit den biologischen Produktivkräften absehbar noch erschlossen werden können. Zweifellos stehen wir erst am Beginn einer Entwicklung, in deren Verlauf Biotechnologie auf fast allen Gebieten der Produktion angewandt werden kann und die daher weitreichende Veränderungen in der Arbeitswelt auslösen wird. Was segensreich bei der Be-

kämpfung des Hungers in der Welt, für den Stopp der Umweltzerstörung sein kann, bietet – wie bei jeder Technik – aber zugleich die Gefahr des Mißbrauchs, so z. B. zur Selektion gesunder Arbeitskräfte oder zur Entwicklung neuer militärischer Massenvernichtungswaffen. Scheller untersucht in diesem Buch daher auch, von wem und mit welchen Zielen Gentechnologie und die weitere Forschung auf diesem Gebiet vorangetrieben werden, und entwickelt daraus Forderungen für eine sichere Biotechnologie. Alfred Fischer, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Heidelberg, schreibt im Vorwort: „In allen Gliederungen der Gewerkschaftsorganisationen müssen wir die Diskussion zu diesem Thema weiter voranbringen.“ Scheller hat dafür eine gute Grundlage geliefert.

Lothar Peter: Zwischen Reformpolitik und Krise – Gewerkschaften in Frankreich 1980 bis 1985. Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M. 1985, Reihe Soziale Bewegungen 17, 139 Seiten, 8 DM.

Trotz unterschiedlicher Bedingungen in Frankreich kann diese Schrift dem Leser eine Fülle von Anregungen für die gewerkschaftspolitische Diskussion auch in der Bundesrepublik vermitteln. Der Bremer Hochschullehrer hat die Erfahrungen der verschiedenen Strömungen der französischen Gewerkschaftsbewegung in den vergangenen sechs Jahren untersucht, in einer Zeit, in der sich (ab 1981) mit der Linksbewegung einerseits neue Möglichkeiten staatlicher Reformpolitik eröffneten, andererseits der Krisendruck auf die abhängig Beschäftigten zunahm. Im Anhang sind umfangreiche Materialien zur Sozialstruktur, zur sozialen Lage der abhängig Beschäftigten sowie zur Stärke und zu den programmatischen Positionen der Gewerkschaften enthalten.

B. K.

VERLAGSINTERNES

Mit dieser Ausgabe von NACHRICHTEN haben wir wieder einmal einen Anschlag auf unsere Leser vor. Wir wollen nämlich ihre Meinung wissen, ganz genau ihre kritische Meinung zu unserer Zeitschrift. Deshalb haben wir einen Fragebogen beigeheftet und bitten, daß möglichst viele Leser ihn an uns zurücksenden. Die „alten NACHRICHTEN-Hasen“ werden sich noch daran erinnern, daß wir vor einigen Jahren schon einmal eine ähnliche Umfrageaktion gestartet haben. Damit wir nicht betriebsblind werden, wollen wir uns nun wieder einmal mit unseren Lesern auseinandersetzen, um herauszufinden, ob die Zeitschrift im notwendigen Maße ihren eigenen Ansprüchen gerecht wird, nämlich eine Hilfe in der tagtäglichen Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten zu sein. Falls Sie sich irgendwann einmal über NACHRICHTEN geärgert haben, schreiben Sie es uns. Wir werden alle Vorschläge, alle kritischen Einwände genau diskutieren. Natürlich sind wir auch nicht verärgert, wenn wir gelobt werden. Und noch eins: Absichtlich gibt es keine Frage nach Name und Adresse. Uns interessiert nur der Inhalt, so daß auch keine Bedenken in bezug auf Datenschutz entstehen können.

Ganz eng mit dieser Fragebogenaktion hängt unsere Werbekampagne zusammen. Ständige Verbesserung der Zeitschrift und Gewinnung neuer Abonnenten sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb auch der zeitliche Zusammenhang. Nun sollen sich nicht nur unsere Werber anstrengen, auch wir haben uns Mühe gegeben und einige tolle Preise aufgetrieben. Nur: Es kommt immer wieder vor, daß neue Abonnenten bei uns eintrudeln, ohne daß die Werber bei uns die entsprechende Anzahl Lose einfordern. Natürlich bekommen alle diese Lose von uns auch unaufgefordert zugesandt. Nehmen Sie sich also noch einmal das Oktober-Heft vor. Dort sind alle Bedingungen des Preisausschreibens genau aufgelistet.

Unvermeidlich ist es, in der November-Ausgabe von NACHRICHTEN noch einmal auf die Buchmesse zurückzukommen. Wir haben uns – wie in den vergangenen Jahren auch – beteiligt und die Messe genutzt, um uns mit Buchhändlern etwas intensiver, als das sonst per Telefon möglich ist, über verlagstechnische Angelegenheiten zu unterhalten. Schwerpunkt war natürlich das Streik-Buch, das pünktlich zur Buchmesse erschienen ist. Auch das neue Verlagsprogramm konnten wir vorlegen. Wahrscheinlich haben es alle Abonnenten bei Erscheinen der Zeitschrift schon zu Hause. Wenn nicht, gleich im Fragebogen kritisieren!

Häufig ist für uns der erfreulichste Teil der Buchmesse, wenn die HBV-Kollegen bei ihrem alternativen Messerundgang auch an unserem Stand vorbeikommen. So war es auch in diesem Jahr.

jaco

Bestellschein

11/85

Hiermit bestelle ich

- ☐ Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich einschließlich Porto.
- ☐ Senden Sie mir bitte ein kostenloses Probeheft.

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Vertrauensgarantie:
Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche nach Absendung gegenüber der Nachrichten-Verlags-Gesellschaft mbH, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

(Falls erworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

TERMINKALENDER

- **18. bis 20. November**
12. ordentliche Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Köln
- **23. bis 24. November**
„Zukunftsdiskussion“ – wissenschaftliche Konferenz des IMSF in Frankfurt
- **27. bis 28. November**
12. Deutscher Beamtentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bonn
- **4. bis 6. Dezember**
Personalrätekonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Augsburg
- **24. bis 25. Januar 1986**
DGB-Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordrhein-Westfalen in Mönchengladbach
- **24. bis 25. Januar**
DGB-Landesbezirksdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg in Mannheim
- **25. Januar**
DGB-Landesbezirksdelegiertenkonferenz Saar in Saarbrücken
- **31. Januar**
DGB-Landesbezirksdelegiertenkonferenz Berlin in Westberlin
- **31. Januar bis 1. Februar**
DGB-Landesbezirksdelegiertenkonferenz Hessen in Baunatal
- **14. bis 15. Februar**
DGB-Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern in München
- **14. bis 15. Februar**
DGB-Landesbezirksdelegiertenkonferenz Nordmark in Malente
- **14. bis 15. Februar**
DGB-Landesbezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz in Mainz
- **15. Februar**
DGB-Landesbezirksdelegiertenkonferenz Niedersachsen in Hannover
- **7. bis 9. März**
Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD in Hannover
- **13. bis 15. März**
12. Angestelltenkonferenz der IG Metall in Frankfurt
- **14. bis 16. März**
Kongreß des Verbandes der Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier in Westberlin
- **3. bis 5. April**
14. Bundesjugendkonferenz der IG Metall in Hannover
- **2. bis 4. Mai**
8. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Hamburg
- **25. bis 31. Mai**
13. ordentlicher DGB-Bundeskongreß in Hamburg

0603650 N1 85.011 0039 14
FREIE UNIVERSITÄT B.
VOM OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21
1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

„Unverblühtes“

Bei ihren Erfolgen könnte die CDU ein Faß aufmachen und feiern. Statt dessen sind wir im Keller und murmeln rum... Die Wende ist kein saltomortale, sondern ein mühsames Geschäft. Dazu gehört Ausdauer. Wir leben in einer aufgeregten Zeit, da darf man sich nicht anstecken lassen. Die Ideologen arbeiten am Reißbrett, wir am Schraubstock.

★

Wir sind in einer schwierigen Zeit. Aber andererseits, laßt uns das doch hier nicht so in einem Untergangston verkünden, so mit einem larmoyanten, sich im Grunde selbst bespiegelnden Trübsinn. Ich halte das für eine Art von politischer Eitelkeit und Selbstliebe. Was soll denn eigentlich dieses Jammern? Ich glaube, daß Optimismus nicht nur etwas mit Hormonen zu tun hat, Optimismus ist auch eine Sache von Willen und Entschlossenheit.

★

Der Mensch wird seine Arbeit nicht verlieren. Sie kann ihm fremd werden. Sie kann ihn vorübergehend überholen, verlassen, zurücklassen, überwältigen, demütigen. Jedes Menschen Arbeit ist nicht nur Broterwerb. Sie ist schicksalhafte Verwobenheit in Menschheit und Schöpfung.

★

Ich sehe im Schöpfungsbericht das erste Arbeitsprogramm.

★

Von ruinierten Unternehmen haben nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeitnehmer nichts. Also: Was den Unternehmern hilft, hilft auch den Arbeitnehmern... Unter dem biblischen Blickwinkel gibt es nur einen wirklichen Arbeitgeber, und das ist der, der diesen Arbeitsauftrag ausgesprochen hat. Alle anderen sind bestenfalls Filialleiter des Unternehmens „Schöpfung“, an der alle Kinder Gottes als Mitarbeiter beteiligt sind.

★

Ich kann nicht finden, daß der Beruf der Hausfrau einfältiger und langweiliger ist als beispielsweise der Beruf eines Politikers. Bei mir gibt es mindestens soviel Routine und Monotonie wie im Beruf der Hausfrau.

(Aus: „Unverblühtes“ von Norbert Blüm, Bastei-Lübke-Verlag)

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Leonhard Mahlein, Stuttgart; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 900749, Kurfürstenstr. 18,
6000 Frankfurt/M. 90, Telefon (069)
77 80 79, Konto-Nr. 16 15 61 29 00,
Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.,
Postcheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Kurfürstenstraße 18,
6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Kurfürstenstraße 18,
6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 1. November 1985

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



Nachrichten-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main

NACHRICHTEN-Fragebogen

November 1985

Lieber Leser, lieber Abonnent! Verlag und Redaktion sind ständig bemüht, die Zeitschrift NACHRICHTEN zu verbessern. Für Ihre kritische Mithilfe wären wir Ihnen dankbar. Bitte füllen Sie diesen Fragebogen aus und senden Sie ihn bis spätestens 31. 12. 1985 an: Nachrichten-Verlags-GmbH, Postfach 900749, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt a. M. 90. Zutreffendes bitte ankreuzen. Auf Angabe Ihres Namens und Ihrer Unterschrift haben wir bewußt verzichtet. Besten Dank für Ihre Mühe!

Beruf _____ Alter _____

männlich ☐ weiblich ☐

In welchem Postleitzahlgebiet wohnen Sie?

- | | | |
|--------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|
| ☐ PLZ 1 | ☐ PLZ 4 | ☐ PLZ 7 |
| ☐ PLZ 2 | ☐ PLZ 5 | ☐ PLZ 8 |
| ☐ PLZ 3 | ☐ PLZ 6 | ☐ PLZ 9 |

Gewerkschaft _____

Gewerkschaftliche Funktion _____

Betriebliche Funktion _____

In welchem Betrieb arbeiten Sie?

Großbetrieb mit _____
 Mittlerer Betrieb mit _____
 Kleinbetrieb mit _____

} Beschäftigten

Ich bin:

- Arbeiter ☐
 Angestellter ☐
 Beamter ☐

Sonstiges: _____

Seit wann sind Sie Leser der NACHRICHTEN? _____

Angeregt durch:

NACHRICHTEN-Werbung ☐
 persönliche Werbung ☐

im Betrieb ☐
 sonstiger Anlaß _____

Gesamteindruck der Zeitschrift:

gut ☐
 zufriedenstellend ☐

mäßig ☐
 nicht zufriedenstellend ☐

Wie finden Sie die Behandlung der einzelnen gewerkschaftlichen Themen?
 Bitte jeweils Ihre Note ankreuzen (1 = gut, 2 = genügend, 3 = nicht genügend)

	1	2	3
Lohn- und Tarifpolitik			
Sozialpolitik			
Arbeits- und Sozialrecht			
Gewerkschaftliche Veranstaltungen/Konferenzen			
Bildung/Ausbildung			
Gewerkschaftliche Programmatik			
Mitbestimmungsfragen			
Gewerkschaftliche Strategien			
Betriebliche Fragen			
Internationale Fragen			
Arbeitslosenprobleme			
Probleme der verschiedenen Gruppen (Frauen, Angestellte, Beamte, Jugend usw.)			
Probleme der Einzelgewerkschaften			

nungen als unrealistische „Horroszenarien“ erscheinen. Gefordert wäre demnach für unterschiedliche fachliche und hierarchische Gruppen von Angestellten eine nüchterne Aufklärung über ihre berufliche Perspektive. Hierin müßte eingeschlossen sein die Aufklärung darüber, daß die negativen Auswirkungen der Rationalisierungsprozesse nicht der Technik an sich, sondern ihrem profitorientierten Einsatz anzulasten sind.

Erst dann wird es für die Gewerkschaften möglich, diesen Beschäftigtengruppen sowohl für die „kleinen“ Probleme des Arbeitsalltags als auch für weiterreichende gewerkschaftspolitische Forderungen eine Perspektive aufzuzeigen, die sich mit ihren Erfahrungen am Arbeitsplatz und ihrer Berufsauffassung verbindet. In der Angestelltenaktion wären die Gewerkschaften demnach nicht nur organisationspolitisch, sondern auch programmatisch gefordert.

Renate Bastian

Wieder Krieg von deutschem Boden?

Glaubt man den Versicherungen vieler Bonner Spitzenpolitiker: „von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen“, so könnte man beruhigt sein. Die gewaltige Zerstörungskraft der Atomwaffen verdeutlicht die Konsequenz, daß der Ersteinsatz dieser schrecklichen Massenvernichtungsmittel in Hiroshima und Nagasaki 1945 der nukleare Letzteinsatz gewesen sein sollte. Wie aber reimt sich das mit der Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik, durchgesetzt gegen rund 70 Prozent der Menschen in unserem Land? Diese neuartige Atomrakete ist nach Konstruktionsart, Einsatzplanung und Wirkungsweise für die überraschende Liquidierung unterirdisch-verbunkelter politischer und militärischer Führungen der Warschauer-Vertrags-Staaten bereitgestellt. Für den atomaren Erstschatz also, an dem die NATO festhält. „Enthauptung des Drachens“ wird die Funktion der Pershing II in den USA beschrieben. Die einen sprechen vom „Sieg im Atomkrieg“, die Kritiker in der NATO warnen vor rapid wachsendem Atomkriegsrisiko.

Diese und viele andere Probleme untersucht in einer leicht verständlichen Sprache ein Autor, der in Arbeiterversammlungen und vor wissenschaftlichen Gremien gleichermaßen gut verstanden wird. Als Vizepräsident des Internationalen Verbindungsforums der Friedenskräfte erklärt er seine Argumente auch in anderen europäischen und außereuropäischen Staaten.

Lorenz Knorr begnügt sich nicht mit der gründlichen Analyse der US-Globalstrategie unter Präsident Reagan (Kap. XII). Er lenkt die Aufmerksamkeit vor allem auf die Interessen der Bonner Rechtskoalition. Um fundiert zu belegen, worauf es den antikommunistischen Kräften in Bonn ankommt, untersucht er vor den Funktionen erst einmal die Voraussetzungen der Stationierung. Diese erkennt er nicht nur im öffentlich erklärten Streben militaristisch-revanchistischer Kräfte in der Bundesrepublik nach 1949, als sie durch Wiederaufrüstung und mit Hilfe der USA „Osteuropa neu ordnen“, spricht: wieder kapitalistisch organisieren wollten.

Der Autor wendet den Blick zurück ins deutsche Kaiserreich, als der gleiche Imperialismus entstand, der die Besitz- und Machtverhältnisse der Bundesrepublik wesensmäßig charakterisiert, trotz internationaler und innenpolitischer Veränderungen. Der Zusammenhang von Großbesitz-, Herrschafts-, Expansions-, Rüstungs- und Kriegsinteressen sei heute ebenso wirksam wie damals. Nur die aktive Wahrnehmung der Gerechtigkeits-, Solidar-, Abrüstungs- und Friedensinteressen der Völker führte zu einer tiefgreifenden Veränderung der weltpolitischen Kräfteverhältnisse. Eben dies hindere expansions- und kriegsbereite Mächte an der Realisierung ihrer abenteuerlichen Pläne. Dem Verfasser gelingt es, eine acht Jahrzehnte lange kontinuierliche Entwicklung in fünf präzise gefaßten Thesen (S. 51/52, 58 und 115) nachzuweisen. Diese reichen von der Jahrhundertwende und dem ersten Weltkrieg über Faschismus und zweiten Weltkrieg bis zur CDU/CSU Adenauers

und Strauß' und bis zur Rechtskoalition dieser Tage. Nur die äußeren Erscheinungen, nicht der Kern der Sache veränderte sich.

Dabei übersieht der Verfasser keineswegs die realistischeren Kräfte, die – insbesondere nach 1969 – in Kooperation mit den sozialistischen Staaten die Entspannung und die Ostverträge der Bundesrepublik als friedensfestigende Instrumente durchsetzen halfen (S. 59 ff).

Mit vielen Fakten und Zitaten wird nachgewiesen, daß die „Sicherheit der BRD“ nicht militärisch und nicht konfrontativ zum sozialistischen Lager, sondern nur noch politisch und kooperativ mit der Systemalternative zu gewährleisten ist. Belegt wird, daß das Bonner Streben nach größerer Macht in den internationalen Beziehungen mit der Stationierung ursächlich verknüpft ist. Auch Versuche, die UdSSR mit qualitativ neuen Vernichtungssystemen „totzurüsten“, analysiert der Autor. Ergebnis: das wirkt längst als Bumerang; wir spüren es in den NATO-Staaten am Rüstungs- und krisenbedingten Sozialabbau. Die UdSSR war früher nicht und ist heute um so weniger „totzurüsten“. Spekuliert man in Bonn etwa auf eine Teilhabe an der atomaren Erpressung der UdSSR, um die östlichen Territorien bei Stillhalten der UdSSR wieder „heimzuholen“? Ein gefährliches Spiel mit dem atomaren Holocaust! Oder soll die Systemalternative von der NATO liquidiert werden?

Der Verfasser verzichtet auf jede Polemik. Manches versteht er mit Fragezeichen und regt den Leser an, sich ein eigenes Urteil zu bilden, nachdem Fakten präsentiert sind. Er läßt jedoch keinen Zweifel daran: mit der vertieften Krise des Imperialismus und mit den weltpolitischen Niederlagen (z. B. Vietnam!) verschärft man die irrationale Aggressivität. Atomkriegsdrohung kennzeichnet die gegenwärtige Lage. Dazu trägt die Pershing II entscheidend bei (Kap. VII bis XI).

Die Wirkungen der Stationierung sieht der Autor nicht nur als politischen Druck der Friedensbewegung auf die SPD-Führung und deren Wandel von der Stationierungspartei zu einer Partei gegen die Stationierung. Nach wie vor ist die Antikriegsbewegung die größte Massenerscheinung seit Bestehen der Bundesrepublik, auch wenn z. Zt. vor allem intensive Basisarbeit statt imposanter Großkundgebungen dominiert. Die Friedensbewegung bewirkte eine Sensibilität für atomare Kriegsgefahr und ein sicherheitspolitisches Bewußtsein, das nicht mehr zurückzudrehen ist – trotz Rechtskoalition (Kap. XIV).

Aufschlußreich sind die „Weltpolitischen Perspektiven der Friedenskräfte“ (Kap. XV). Eine tiefgreifende Verschiebung der Interessenkonstellation wird aufgezeigt: während einst systemgleiche Mächte mit Expansions-, Rüstungs- und Kriegsinteressen miteinander um die Vorherrschaft rivalisierten, stehen sich heute weltweit und quer durch die NATO hindurch prinzipiell verschiedene Kräfte

Lorenz Knorr, Wieder Krieg von deutschem Boden? Voraussetzungen, Funktionen und Wirkungen der Stationierung, Röderberg-Verlag, Frankfurt a.M. 1985, 184 Seiten, DIN A5, 14,- DM.

gegenüber: solche mit Friedens-, Abrüstungs- und Gerechtigkeitsinteressen kontra im Luxus lebende, an der Rüstungseskalation profitierende Minderheiten. So ist die Hauptfrage unserer Zeit tatsächlich „Atomkrieg oder gesicherter Frieden“. Die Menschen und Völker haben nur eine Zukunftsperspektive, wenn sie ihre Aktivität für Frieden, Abrüstung und intersystemare Zusammenarbeit verstärken.

Mit vielen leicht verständlichen Tabellen und Zahlenvergleichen untermauert der Verfasser seine Aussagen. Mit über 300 Quellenangaben sind Analysen und Aussagen abgesichert. Wer die Bonner Irreführungen vom „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ besser durchschauen und überzeugend widerlegen will, der lese dieses Buch.

E. K.